

Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts:
Arbeitsschwerpunkt Politik

Olena Ponomarenko

Transparenting Transparency:
Transparenz in den Energiesektoren
postsowjetischer Staaten
an den Beispielen Aserbaidschan
und Ukraine.

76 (2013)

Freie Universität Berlin

Olena Ponomarenko

Transparenting Transparency:

Transparenz in den

Energiesektoren postsowjetischer

Staaten an den Beispielen

Aserbaidshan und Ukraine.

76_{/2013}

Arbeitspapiere
des Osteuropa-Instituts der Freien Universität Berlin

ARBEITSCHWERPUNKT POLITIK

Das Osteuropa-Institut der Freien Universität beschäftigt sich als multidisziplinäres regionalwissenschaftliches Zentralinstitut in Forschung und Lehre mit dem Wandel in den Räumen Ost-, Ostmittel- und Südosteuropas.

Mit der Reihe „**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts: Arbeitsschwerpunkt Politik**“ stellt der Arbeitsschwerpunkt Politik aktuelle Ergebnisse aus seiner Arbeit der Öffentlichkeit zur Verfügung.

Die Arbeitspapiere erscheinen in unregelmäßiger Folge. Einzelne Papiere können gegen eine Schutzgebühr bezogen werden bei:

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin
Garystr. 55
14195 Berlin
<http://www.oei.fu-berlin.de/politik>

Tel.: +49 30 838 54058
Fax: +49 30 838 53616

**Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts
der Freien Universität Berlin**

Arbeitsschwerpunkt Politik

Olena Ponomarenko

**Transparenting Transparency:
Transparenz in den
Energiesektoren postsowjetischer
Staaten an den Beispielen
Aserbaidshan und Ukraine**

Heft 76/2013

© 2013 by Olena Ponomarenko

Osteuropa-Institut der Freien Universität Berlin

Arbeitsschwerpunkt Politik

Herausgeber: Klaus Segbers

ISSN 1434 – 419X

INHALTSVERZEICHNIS

<i>Abkürzungsverzeichnis</i>	8
1. <i>Einleitung</i>	10
1.1 Relevanz der Fragestellung	12
1.2 Methodologisches Vorgehen.....	13
1.3 Aufbau der Arbeit.....	14
2. <i>Forschungsgegenstand</i>	15
2.1 Theoretische Annäherung an den Transparenzbegriff	15
2.2 Konzeption der AV: Grad der Transparenz im Energiesektor.....	17
2.3 Operationalisierung der AV.....	21
3. <i>Theoretische Grundlagen</i>	26
3.1 Forschungsstand	26
3.2 Transparenz und Ressourcenrente.....	28
3.3 Transparenz und FDI.....	32
3.4 Transparenz und externe Einflüsse der EU.....	36
4. <i>Forschungsdesign</i>	40
4.1 Unabhängige Variablen.....	40
4.1.1 UV1: Höhe der Renten im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung	40
4.1.2 UV2: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung	42
4.1.3 UV 3 Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung.....	45
4.2 Zusammenfassung der Hypothesen	49
4.3 Methode, Fallauswahl und Untersuchungszeitraum	49

5. Empirische Überprüfung	53
5.1 AV Grad der Transparenz im Energiesektor	53
5.1.1 Aserbaidshan	53
5.1.2 Ukraine	56
5.1.3 Reliabilität der Messung.....	60
5.2 UV1: Höhe der Renten im Energiesektor	61
5.2.1 Aserbaidshan	61
5.3 Ukraine	63
5.3.1 Zwischenfazit: Renten – Viel Lärm um Nichts?.....	67
5.4 UV 2: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor	68
5.4.1 Aserbaidshan	68
5.4.2 Ukraine	71
5.4.3 Zwischenfazit: FDI als <i>Magic Bullet</i> zur Verwirklichung der Transparenz	74
5.5 UV3 Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor.....	74
5.5.1 Aserbaidshan	74
5.5.2 Ukraine	79
5.5.3 Zwischenfazit: Grenzen des Politiktransfers	83
6. Diskussion der Ergebnisse	84
7. Fazit	88
Literaturverzeichnis.....	91
Annex.....	109

Abbildungsverzeichnis

Tabelle 1: AV Grad der Transparenz im Energiesektor: Konzeption.....	21
Tabelle 2: AV Grad der Transparenz im Energiesektor: Operationalisierung.....	25
Tabelle 3: Modelle der Demokratieförderung im Vergleich.....	37
Tabelle 4: Ausprägung der Kontrollvariable „Qualität der Institutionen“.....	50
Tabelle 5: Ausprägung der Kontrollvariable „wirtschaftliche Entwicklung“.....	51
Tabelle 6: Grad der Transparenz im Energiesektor, Aserbaidshon.....	53
Tabelle 7: Grad der Transparenz im Energiesektor, Ukraine.....	56
Tabelle 8: Vergleich der Transparenz-Scores aus ESTI/RWI und dieser Arbeit.....	60
Tabelle 9: Grad der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor (Ukraine und Aserbaidshon im Vergleich).....	83

Tabellenverzeichnis

Abbildung 1: Grad der Transparenz im Energiesektor, Aserbaidshon.....	54
Abbildung 2: Grad der Transparenz im Energiesektor, Ukraine.....	59
Abbildung 3: Höhe der Renten, Aserbaidshon.....	62
Abbildung 4: Höhe der Renten, Ukraine.....	67
Abbildung 5: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, Aserbaidshon.....	70
Abbildung 6: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, Ukraine.....	72

Abkürzungsverzeichnis

ACG	Azeri-Chirag-Gunashli
AIOC	Azerbaijan International Operating Company
AV	Abhängige Variable
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BP	British Petroleum
BSEC	Organization of Black Sea Economic Cooperation
BTC	Baku-Tbilisi-Ceyhan (Pipeline)
BTE	Baku-Tbilisi-Erzurum (Pipeline)
BWS	Bruttowertschöpfung
EBRD	European Bank for Reconstruction and Development
EIA	Energy Information Administration
EIB	Europäische Investitionsbank
EITI	Extractive Industries Transparency Initiative
ENP	Europäische Nachbarschaftspolitik
ENPI	European Neighbourhood Policy Instrument
ERA	Energy Regulatory Authority
ERSP	Energy Reform Support Programm
ESTI	Energy Sector Transparency Index
EU	Europäische Union
FDI	Foreign Direct Investment
FSU	Former Soviet Union
INOGATE	Interstate Oil und Gas Transport to Europe
IWF	Internationaler Währungsfonds
JV	Joint Venture
MoUE	Memorandum of Understanding on Energy
NERK	Nationale Energieregulierungskommission
NGO	Non-Governmental Organization

OECD	Organisation for Economic Co-operation and Development
PKA	Partnerschafts- und Kooperationsabkommen
PSA	Production Sharing Agreement
PWYP	Publish What You Pay
RWI	Revenue Watch Index
SD	Shah-Deniz
SOCAR	State Oil Company of the Republic of Azerbaijan
SOFAZ	State Oil Fund of Azerbaijan
TAEIX	Technical Assistance and Information Exchange Instrument
TRACECA	Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia
UN	United Nations
UNCTAD	United Nations Conference on Trade and Development
UV	Unabhängige Variable
WDI	World Development Indicators
WGI	Worldwide Governance Indicators

1. Einleitung

Secrecy in the extractive industries is so commonplace that until recently, neither states nor companies have felt compelled to develop sophisticated arguments to defend it.¹

Heutzutage offenbart sich die Forderung nach Transparenz in so diversen Zusammenhängen des öffentlichen Lebens wie in der Geldpolitik, der Unternehmensführung, den Medien, der Umweltproblematik, der demokratischen Staatsführung und – neuerdings – in Energiesektoren. Diese Entwicklung wird durch das Aufkommen zahlreicher internationaler Organisationen untermauert, die sich der Durchsetzung von Transparenz widmen.²

In der wissenschaftlichen Debatte und in der internationalen Politik wird Transparenz als integraler Teil von Governance³ bzw. *Good Governance*⁴ betrachtet, denn sie funktioniert als Instrument für die öffentliche Kontrolle des staatlichen Regierens, erhöht somit die Rechenschaftspflicht (Accountability) von Regierungen und trägt zur Korruptionsbekämpfung, zur Verbesserung der wirtschaftlichen Leistung, zur Bildung von Vertrauen und demnach zur Verbesserung der gesamten Performanz der Governance bei.⁵ Somit ist Transparenz politische Direktive und ein Schlüsselbegriff der Gegenwart.⁶

Während sich Transparenz in ihrer weitesten Auslegung auf alle Faktoren bezieht, die den Informationsfluss auf der *Polity*-Ebene⁷ beeinflussen können⁸, liegt der besondere Fokus dieser Arbeit auf einer enger gefassten Interpretation der Transparenz, die sich vor allem auf die Offenlegung von *Policy*-relevanten Informationen und deren Qualität bezieht. Diese sogenannte institutionelle Transparenz⁹ stellt einen wesentlichen Bestandteil des

¹ Rosenblum, Maples 2009: 12.

² etwa Transparency International, EITI, EITI plus plus, Publish What You Pay.

³ vgl. Hood 2006: 3. Governance wird an dieser Stelle in Anlehnung an March und Olsen als Prozess der Bestimmung, Anwendung und Durchführung der Regeln definiert, vgl. March und Olsen 1995: 6. Im Rahmen dieser Arbeit werden Governance Performanz und institutionelle Qualität als Synonyme verwendet.

⁴ vgl. Mwenda 2008: 17. Im Deutschen etwa „verantwortungsvolle Regierungsführung“.

⁵ vgl. O`Neil 2006: 76.

⁶ vgl. Stehr, Wallner 2010: 10.

⁷ Hierbei handelt es sich um eine in der angelsächsischen Literatur verbreitete sprachliche Trias: *Polity* bezieht sich auf Betrachtung von Strukturen und konstitutiven Normen des gesamten politischen Systems; *Politics* bezieht sich auf die Analyse politischer Prozesse, während sich *Policy* auf Planung, Durchführung und Überprüfung konkreter politischer Gestaltung richtet, vgl. Mols 2009: 27.

⁸ vgl. Hollyer et al. 2011: 8.

⁹ vgl. Bellver, Kaufmann 2005: 20.

Informationsflusses in der Gesellschaft dar, da ohne eine angemessene Bereitstellung von Informationen hinsichtlich der durchgeführten Politik die Gesellschaft nicht dazu fähig ist, ihre Regierung zur Verantwortung für ihre Aktivitäten zu ziehen. Denn selbst in einem Staat, in dem Presse- und Redefreiheit geschützt werden, kann eine Regierung, die imstande ist ihre Politik zu verschleiern, sich der Kontrolle ihrer Aktivitäten entziehen.

Die wenigen Studien, die sich mit dem Thema der Transparenz befassen, stellen fest, dass ein signifikant positiver Zusammenhang zwischen der Qualität der Institutionen¹⁰ und Transparenz existiert¹¹: Staaten, die eine hohe Governance-Perfomanz bzw. Qualität der politischen Institutionen aufweisen können, sind prinzipiell viel transparenter als Staaten, die mit Governance-Problemen, wie Korruption, mangelnder Rechtsstaatlichkeit oder Regierungseffektivität konfrontiert sind. Aus diesen empirischen Beobachtungen ist es plausibel anzunehmen, dass alle Staaten, die von Governance-Problemen in gleichem Maße betroffen sind, gleich intransparent regiert werden.

Der Blick auf die Regulierung der Energiesektoren in solchen Staaten ist besonders relevant, denn einerseits stellt dieser Sektor oft das Rückgrat der Wirtschaft dar, andererseits ist gerade dieser Sektor mit den meisten Korruptionsproblemen behaftet. Vor diesem Hintergrund entwickelte sich neuerdings eine Debatte über die Transparenz im Energiesektor. Dies wird durch folgende Überlegungen begründet: Zum einen handelt es sich um einen Sektor, in dem Monopolrenten aufgrund des eingeschränkten Wettbewerbs generiert werden können, in deren Folge *rent-seeking* Aktivitäten entstehen.¹² Zum anderen lassen sich solche Aktivitäten gerade in Staaten mit schwachen politischen Institutionen, wie ausgehöhlter Gewaltenteilung und -kontrolle bzw. schwacher Rechtsstaatlichkeit, mühelos entweder zur Profitmaximierung oder sogar zur Konsolidierung von autokratischen Strukturen instrumentalisieren.¹³

Jedoch deuten aktuelle Indizien, die sich explizit mit Transparenz im Energiesektor befassen, auf ein hochinteressantes Puzzle hin: Staaten, die durch willkürliches politisches Handeln und Korruption im gleichen Maße geprägt sind, gestalten ihre Energiesektoren unterschiedlich transparent und weisen somit unterschiedliche Erfolgsbilanzen bei deren

¹⁰ Der Institutionsbegriff wird in Anlehnung an North definiert: „[...] die Spielregeln einer Gesellschaft oder, förmlicher ausgedrückt, die von Menschen erdachten Beschränkungen menschlicher Interaktion“. North 1992: 3. Außerdem unterscheidet North zwischen formgebundenen (formellen) und formlosen (informellen) Institutionen.

¹¹ Bellver, Kaufmann 2005; Islam 2006.

¹² Leite, Weidmann 1999. Der Begriff *rent-seeking* ist definiert als Versuch der Erschließung, Sicherung und Verbesserung von Einkommenschancen im Marktbereich mit Hilfe politisch erwirkter Privilegien, wobei die Maximierung des eigenen Wohlstandes auf Kosten der übrigen Gesellschaft durchgesetzt wird. vgl. Eggertsson 1990: 279.

¹³ vgl. Gawrich, Franke 2011: 12.

Verwirklichung auf. Einige verpflichten sich zu international anerkannten Transparenzstandards, unter anderem der EITI (*Extractive Industry Transparency Initiative*), die in erster Linie die Bekanntmachung der Einnahmen aus dem Energiesektor umfasst, und rangieren als Spitzenreiter im Bereich der finanziellen Transparenz der staatlichen Energieunternehmen.¹⁴ Andere Länder bleiben trotz der Appelle oder gar Forderungen von internationalen Organisationen, wie der EU, der EBRD oder dem IWF, gegenüber der Einführung von Transparenzstandards im eigenen Energiesektor resistent. Daraus resultiert folgende Fragestellung, der die vorliegende Arbeit nachgeht: *Warum sind Energiesektoren in Staaten mit gleich niedriger Governance-Performanz unterschiedlich transparent?*

1.1 Relevanz der Fragestellung

Das Thema der Arbeit ist die Transparenz im Energiesektor mit besonderem Augenmerk auf Staaten mit schwachen politischen Institutionen, denn wie die vorangegangenen Überlegungen zeigen, gilt Transparenz für diese Ländergruppe als besonders heikles Thema. Haufler bemerkt in diesem Zusammenhang: „[A]ctivism surrounding transparency in resource management is aimed at the most difficult countries to penetrate, and those with the most severe governance problems“.¹⁵

Der existierende Forschungsstand, der einen Zusammenhang zwischen institutioneller Qualität und Transparenz postuliert, kann jedoch das bestehende Puzzle hinsichtlich der stark divergierenden Transparenzgrade in den Energie sektoren einer auf den ersten Blick homogenen Gruppe von Staaten mit schwachen politischen Institutionen nicht erklären. Daher gilt es in dieser Arbeit, die Faktoren für das bestehende Puzzle herauszuarbeiten und auf ihre Erklärungskraft zu überprüfen.

Trotz einer hohen Brisanz des Themas weist die einschlägige Literatur eine bemerkenswerte Kluft zwischen theoretisch-konzeptionellen Beiträgen und dem Fortschritt in Bezug auf Messung und empirischer Überprüfung der Transparenz auf.¹⁶ Dies steht im Kontrast zu anderen Dimensionen der Governance, wie Korruption oder Rechtsstaatlichkeit, für die bereits eine Vielzahl an Indizes existiert und deren Erklärung bereits in einer Fülle empirischer Studien detaillierter Untersuchung unterzogen wurde.

¹⁴ vgl. Revenue Watch Institute 2010a.

¹⁵ Haufler 2010: 58.

¹⁶ vgl. Bellver, Kaufmann 2005: 1.

Einige Studien untersuchen neuerdings die Haushaltstransparenz¹⁷, jedoch existiert bis jetzt keine Untersuchungen, die sich mit der Transparenz im Energiesektor auseinandersetzen. Diese Arbeit versteht sich als Versuch, diese empirische Lücke zu schließen.

1.2 Methodologisches Vorgehen

Das Ziel der Arbeit ist die Erklärung der unterschiedlichen Transparenzgrade in Energiesektoren mit dem besonderen Fokus auf Staaten mit gleich niedriger Governance-Perfomanz. Der regionale Fokus der Arbeit wird auf postsowjetische Staaten gelegt. Dieser Eingrenzung liegen folgende Überlegungen zugrunde: Wenn man sich die Entwicklung der postsowjetischen Staaten vor Augen führt, stellt man fest, dass die Etablierung von institutioneller Qualität – und Transparenz insbesondere – durch „informelle Institutionalisierung“¹⁸, also die Vorherrschaft informeller Regeln und Normen über die formellen Institutionen der politischen Regime erschwert wird.¹⁹ Die informelle Institutionalisierung basiert in erster Linie auf Klientelismus und Korruption und wird in der Transformationsforschung als Folge des sowjetischen Erbes angesehen. Dazu kommt ein anderer Faktor, der ebenfalls als Erbe der kommunistischen Planwirtschaft gilt und eine transparente Verwaltung der Energiesektoren unwahrscheinlich macht: Die Beständigkeit der gesellschaftlichen Aversion gegenüber formellen Institutionen und die Abwesenheit von Vertrauen: „[S]ocieties in the states of the FSU in reality neither deemed official rules relevant in spite of their multitude nor did they trust public authority“.²⁰ Aus diesen Überlegungen wird ersichtlich, dass einerseits die Einführung von Transparenz unter solchen Rahmenbedingungen mit einer Reihe von Herausforderungen konfrontiert ist. Andererseits ist zu erwarten, dass gerade Staaten, die mit diesen Herausforderungen im gleichen Maße konfrontiert sind, auch gleich intransparent regiert werden. Wie jedoch die vorangegangenen Ausführungen zeigen, ist das nicht der Fall. Ich möchte mich in dieser Arbeit auf die Spur dieser Diskrepanzen begeben.

Der vorliegenden Arbeit liegt ein positivistische Forschungsdesign zugrunde. Das positivistische Forschungsdesign verwendet naturwissenschaftlich orientierte Modelle auch in den Sozialwissenschaften, um empirische Beobachtungen mit den Mitteln theoretischer

¹⁷ Hameed 2005; Renzio et al. 2009; Ross 2011.

¹⁸ O'Donnell 1996: 35.

¹⁹ vgl. Gel'man 2004.

²⁰ Weißenberg 2003: 28, zit. nach Flegel 2012: 9; vgl. Gawrich, Franke 2011: 15.

Ansätze zu erklären, vorherzusagen oder zu kontrollieren.²¹ Es verwendet die Regeln der formalen Logik, um aus den zugrundeliegenden Theorien²² testbare Hypothesen zu generieren und diese auf Ihre Erklärungskraft zu überprüfen. Das Forschungsdesign dieser Studie beruht auf der Herausarbeitung dreier Hypothesen. Aus dem theoretischen Forschungsstand heraus werden daher drei unabhängige Variablen (UVs) definiert und auf ihre Auswirkung auf die zu untersuchende abhängige Variable (AV) Grad der Transparenz im Energiesektor analysiert. Um die „omitted variable bias“²³ zu vermeiden, werden außerdem Kontrollvariablen in das Forschungsdesign einbezogen. Die Fälle werden hinsichtlich der höchsten Varianz auf der Seite der UVs ausgewählt. Die ursprüngliche Gesamtheit der Fälle umfasst alle postsowjetischen Staaten, außer der Baltischen Länder, die hinsichtlich der institutionellen Qualität europaweit zu den Spitzenreitern gehören.

1.3 Aufbau der Arbeit

Die Arbeit gliedert sich in sieben Kapitel. Wie bereits angedeutet, stellt die Transparenz einen komplexen Begriff dar, der einer Präzisierung für die vorliegende Arbeit bedarf. Vor diesem Hintergrund werde ich mich zunächst im Kapitel 2 theoretisch an den Transparenzbegriff annähern und für die vorliegende Untersuchung eingrenzen. Im Anschluss folgt die Darlegung des existierenden Diskurses über die Transparenz im Energiesektor, um daraus für die Arbeit die zu untersuchende Variable (AV) zu konzeptionalisieren und anschließend messbar zu machen. Hier greife ich auf den Fundus bis dato erarbeiteten Indizes für die Messung von Transparenz bzw. Transparenz im Energiesektor zurück, um einen validen Index zu entwickeln. Es wird ein aggregierter Transparenzindex entwickelt, der sich aus zwei Subkomponenten zusammensetzt: Transparenz auf der Staatsebene (*governance transparency*) sowie Transparenz der Staatsunternehmen (*corporate transparency*) im Energiesektor.

In Kapitel 3 werden theoretische Zugänge zum Thema Transparenz erörtert. Zunächst wird ein kurzer Überblick über den existierenden Forschungsstand gegeben, gefolgt von einer ausführlichen Diskussion der theoretischen Ansätze zur Erklärung der Transparenz im Energiesektor.

²¹ vgl. Lee 1991: 343.

²² Unter Theorien versteht man im Positivismus einen Satz von Kausalgesetzen und Hypothesen. vgl. van Evera 1997: 12.

²³ Munck 1998: 21.

Im vierten Kapitel wird das der Arbeit zugrundeliegende Forschungsdesign vorgestellt, indem die erklärenden Faktoren (UVs) konzipiert und operationalisiert werden und in Form von Hypothesen mit der zu erklärenden Variable (AV) in Verbindung gebracht werden. Die Vorstellung des Forschungsdesigns rundet der methodologische Teil ab, in dem die Fallauswahl durchgeführt und der Untersuchungszeitraum eingegrenzt wird. Im fünften Kapitel widme ich mich der empirischen Überprüfung der zuvor aufgestellten Hypothesen. Die Ergebnisse der Untersuchung werden in Kapitel 6 diskutiert und abschließend in Kapitel 7 zusammengefasst.

2. Forschungsgegenstand

Der Transparenzbegriff ist vielschichtig und weist eine Fülle von Definition auf. Um eine nachvollziehbare Konzeption der zu untersuchenden Variable zu ermöglichen, gebe ich im Folgenden einen kurzen Überblick über deren Definitionen, um den Transparenzbegriff für die vorliegende Arbeit einzugrenzen.

2.1 Theoretische Annäherung an den Transparenzbegriff

The more closely we are watched, the better we behave²⁴

Seit den 90er Jahren hat sich die internationale akademische Welt mit dem Thema Transparenz ausführlich auseinandergesetzt.²⁵ Ihr wird eine quasi-religiöse Bedeutung in der Debatte über Governance und institutionelles Design zugeschrieben.²⁶

Laut Ball stellt Transparenz nicht „a clear film for an overhead or something that is visible“²⁷ dar, sondern sie verkörpert eher ein Symbol oder eine Metapher für zahlreiche Ideen. Es sind daher nicht nur die Vorstellungen vom Wesen der Transparenz, sondern auch ihre Definitionen sehr vielfältig. Finel und Lord geben folgende umfassende Definition:

„Transparency comprises the legal, political, and institutional structures that make information about the internal characteristics of a government and society available to actors both inside and outside the domestic political system. Transparency is increased by any mechanism that leads to the public disclosure of information, whether a free press, open government, hearings, or the existence of

²⁴ Prat 2006: 91.

²⁵ vgl. Heald 2006a: 40.

²⁶ vgl. Hood 2006: 3.

²⁷ Ball 2009: 296.

nongovernmental organizations with an incentive to release objective information about the government".²⁸

Mitchell definiert Transparenz als regelmäßige und sorgfältige Verbreitung von Informationen.²⁹ Vishwanath und Kaufmann verstehen unter Transparenz den „increased flow of timely and reliable economic, social and political information, which is accessible to all relevant stakeholders“.³⁰ Bellver und Kaufman machen zudem Beobachtungen über einen wichtigen Eckpfeiler der Transparenz: "Because transparency is a tool to facilitate the evaluation of public institutions, the information provided needs to account for their performance."³¹

In der wirtschaftswissenschaftlichen Literatur wurde die Bedeutung des Informationsflusses für ein reibungsloses Funktionieren der Märkte analysiert.³² Hierbei wird die Transparenz durch die Linse des Prinzipal-Agent-Modells untersucht, laut welchem eine Erhöhung der Transparenz, was einer Reduzierung der Informationsasymmetrie entspricht, Maßstab und Folgen des Prinzipal-Agent-Problems³³ reduzieren kann und folglich zu einer effizienten Allokation der Ressourcen nicht nur in Finanzmärkten, sondern auch in Politikmärkten führen kann.³⁴

Diese Logik auf die politische Ebene übertagend unterscheidet Heald hinsichtlich der Richtung des Informationsflusses folgende Typen der Transparenz: Aufwärtstransparenz, mit der ein Prinzipal Kontrolle über seine Agenten hält, und Abwärtstransparenz, mit welcher die Regierten das Verhalten und/oder die Ergebnisse ihrer Regierung verfolgen können und die daher mit *Accountability* gleichgesetzt wird.³⁵ Außerdem fügt er hinzu, dass der Informationsfluss jeweils von außen in die Organisation (Transparenz nach innen) oder von der Organisation nach außen (Transparenz nach außen) verlaufen kann. Letzteres erlaubt Außenseitern, zu verfolgen, was innerhalb einer Organisation geschieht.³⁶

²⁸ Finel, Lord 1999: 316.

²⁹ vgl. Mitchell 1998: 109.

³⁰ Vishwanath, Kaufmann 1999: 3.

³¹ Bellver, Kaufmann 2005: 4.

³² Stiglitz, Weiss 1981; Prat 2006.

³³ Das Prinzipal-Agent Problem findet seinen Ausdruck in der Beziehung zwischen einem Auftraggeber (Prinzipal) und einem Auftragnehmer (Agent). Letzterer wird vom Prinzipal im gegenseitigen Einvernehmen gegen Entlohnung mit einer Aufgabe beauftragt, in der Hoffnung, dass dieser seine Aufgabe im Sinne des Prinzipals erledigt. Dieser ist jedoch nur teilweise imstande, die Qualitäten seines Agenten erkennen. Der Agent hingegen hat gegenüber seinem Prinzipal einen Informationsvorsprung, da er die eigene Qualität besser kennt und das eigene Verhalten selbst festlegen kann. Der Agent kann diese Informationsasymmetrie ggf. zu Ungunsten des Prinzipals instrumentalisieren.

³⁴ vgl. Bellver, Kaufman 2005: 5; Islam 2006: 121.

³⁵ vgl. Heald 2006a: 27.

³⁶ vgl. Heald 2006a: 28.

Transparenz wird gerade in der nach außen gerichteten Form oft mit Offenheit „*openness*“ und Offenlegung „*disclosure*“ gleichgesetzt.³⁷

Genauso wie das Demokratie-Konzept, stellt das Transparenz-Konzept ein Kontinuum zwischen einer minimalistischen Definition und mehrfach eingebetteten Bedeutungen dar.³⁸ In ihrer minimalistischen Auslegung versteht sich Transparenz lediglich als Vorhandensein von Informationen, während die „Einbettungs“-Auslegung darüber hinaus auf die Qualität der zur Verfügung gestellten Informationen schaut. Ich werde beide Faktoren – Vorhandensein und Qualität von Informationen – hier gleichberechtigt untersuchen.

Da ich in dieser Arbeit die Transparenz eines Wirtschaftssektors untersuche, scheint es mir außerdem sinnvoll, zwischen der Transparenz der staatlichen Organe und derjenigen der im Sektor tätigen Firmen zu unterscheiden. Gelos und Wei nehmen ebenfalls eine Staatstransparenz und eine Firmentransparenz³⁹ an, wobei die Staatstransparenz die Veröffentlichung makroökonomischer Daten und die Transparenz makroökonomischer Entscheidungen umfasst und die Firmentransparenz die Verfügbarkeit von finanziellen und anderen Informationen über die Unternehmen.

Für diese Arbeit nehme ich also an, dass sich Transparenz aus der Transparenz der im Sektor arbeitenden Firmen und der Transparenz der zuständigen staatlichen Organe zusammensetzt. Transparenz ist dabei jeweils nach außen gerichtet und umfasst sowohl die reine Offenlegung von Informationen als auch die Einhaltung von Qualitätsstandards bezüglich der publizierten Informationen und (im Falle des Staates) dem gewährleisteten Informationszugang. Transparenz wird als Zustand konzipiert⁴⁰ und umfasst daher nicht die simple Verabschiedung von Gesetzen und Zusage von Transparenzstandards.

2.2 Konzeption der AV: Grad der Transparenz im Energiesektor

Obwohl es meines Wissens keinen wissenschaftlichen Diskurs über eine Transparenz im Energiesektor insgesamt gibt, so finden sich sowohl in der Literatur als auch in den Veröffentlichungen internationaler Organisationen doch viele Abhandlungen zu Transparenz in verschiedenen Teilbereichen des Energiesektors. In der Mehrzahl aller Fälle wird von Transparenz in Bezug auf die Rohstoffindustrie gesprochen, da ihr eine wichtige

³⁷ vgl. Etzioni 2010: 389.

³⁸ vgl. Michener, Bersch 2011: 7.

³⁹ eigtl. „government and corporate transparency“, Gelos, Wei 2002: 4

⁴⁰ vgl. Michener, Bersch 2011: 7.

Rolle in der Eindämmung des Ressourcenfluches⁴¹ zugeschrieben wird. Auch hier findet sich wiederum keine übergreifend akzeptierte, klare Definition von Transparenz. Das Thema wird, im Gegenteil, meist etwas oberflächlicher gehandhabt und in wissenschaftlichen wie praktischen Ausführungen schlicht mit Veröffentlichung gleichgesetzt.⁴² Die Qualität und Verständlichkeit des publizierten Materials wird dagegen selten in den Vordergrund gestellt.

Auf der anderen Seite nehmen die Forderungen nach Transparenz in der Rohstoffindustrie durchaus sehr konkrete Formen an, da im Prinzip an allen Punkten der überschaubaren Wertschöpfungskette eine Veröffentlichungspflicht gefordert werden kann.

Ahmadov⁴³ fasst zusammen, dass das Hauptinteresse in den Transparenzbestrebungen die Nachvollziehbarkeit von Geldströmen ist, welche aus dem Verkauf von Rohstoffen resultieren.⁴⁴ Dies spiegelt sich auch in der Mehrzahl der Formulierungen wieder. So schreibt die G8 in ihrem Aktionsplan *Fighting Corruption and Improving Transparency*: „[We will] encourage governments and companies, both private and state-owned, to disclose to the IMF or another agreed independent third party such as the World Bank or Multilateral Development Banks, in a consistent fashion and common format, revenue flows and payments from the extractive sectors“. Die gesamte Kette der Schritte, welche der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden sollten, umfasst laut Ahmadov⁴⁵:

- die Vergabe von Lizenzen und Abschlüsse von Verträgen
- die Erforschung, Produktion und den Verkauf von Rohstoffen sowie die Einnahme von Verkaufserlösen
- die Verteilung und Verwendung der Erträge

Vor allem die Forderung nach klaren Regeln der Lizenzvergabe und nach der Veröffentlichung von Verträgen findet des öfteren Widerhall. Die G8-Staaten gehen darauf in ihrem Aktionsplan ebenfalls ein: „[E]stablishing high standards of transparency [...] with respect to the awarding of government contracts and concessions“.⁴⁶

Kolstad und Wiig⁴⁷ stellten ebenfalls eine nicht-erschöpfende Liste von Feldern zusammen, in denen Transparenz von Bedeutung sein kann. Diese umfasst neben der

⁴¹ Zum Begriff siehe Kap. 3.2.

⁴² vgl. Williams 2011: 491; Healy et al. 2011; Gončar 2008: 17; Mol 2010.

⁴³ vgl. Ahmadov 2009.

⁴⁴ vgl. Flegel 2012: 1; Tsalik 2003.

⁴⁵ vgl. Ahmadov 2009.

⁴⁶ vgl. G8 Aktionsplan.

⁴⁷ Kolstad, Wiig 2009: 526.

Veröffentlichung von Einnahmen und Ausgaben erneut eine offene Vertrags bzw. Lizenzvergabe, aber auch Informationen über Besitzverhältnisse und Personalien.

Lange Zeit gab es jedoch keine ausgearbeiteten Normen, welche als Leitlinie und Grundlage für die Einschätzung des Transparenzgrades hätten dienen können. Erst 2005 veröffentlichte der Internationale Währungsfonds einen Regelkodex, der die *Good Practice* eines transparenten Umgangs mit Erlösen aus Rohstoffverkäufen umreißt. Die 2007 aktualisierte Version listet folgende Eckpunkte auf, die als solche eine eigene Definition von Transparenz darstellen:⁴⁸

- Klarheit der Zuständigkeiten und Verantwortlichkeiten
- Offenes Haushaltsverfahren
- Öffentliche Zugänglichkeit von Informationen
- Gewährleistung von Integrität

Die 2002 gegründete *Extractive Industry Transparency Initiative* (EITI) konzentriert sich darauf, von den Mitgliedsstaaten ausführliche und verständliche Berichte über die von den rohstofffördernden Unternehmen erhaltenen Zahlungen zu fordern, welche wiederum nach internationalen Standards geprüft sein sollten. In diesen Prozess ist nicht nur die Regierung, sondern alle im Sektor arbeitenden Firmen und die Zivilgesellschaft in Form von NGOs eingebunden. Erst 2008 wurde eine eigene Methodologie für die Validierung der Mitgliedschaft entwickelt, welche allerdings zum größten Teil auf Eigenauskunft beruht. Es gilt aber auch hier, ebenso wie beim IWF-Kodex, dass hauptsächlich die Einnahmen veröffentlicht werden sollen, wobei der Fokus auf Staaten und etwaige Staatsfonds liegt. Da die EITI auf Freiwilligkeit beruht, ist man im Laufe der Jahre nach einigen Diskussionen sogar davon abgekommen, Einzelabrechnungen zu fordern.⁴⁹ Die EITI hat starken internationalen Rückhalt und wird sowohl von der EU als auch von der UN⁵⁰ unterstützt und propagiert.

In ähnlicher Weise wie die EITI konzentriert sich die ebenfalls 2002 gegründete Kampagne *Publish What You Pay* darauf, „for companies to 'publish what you pay' and for governments to 'publish what you earn'⁵¹ zu fordern.

Das *Revenue Watch Institute* (RWI) hat 2010 in enger Zusammenarbeit mit *Publish What You Pay* einen *Revenue Watch Index* erstellt, welcher ebenfalls Aufschluss über das

⁴⁸ vgl. IMF 2007.

⁴⁹ vgl. Healy et al 2011: 7

⁵⁰ vgl. United Nations General Assembly 2008.

⁵¹ vgl. PublishWhatYouPay: Objectives. Online <http://www.publishwhatyoupay.org/about/objectives>, zuletzt geprüft am 10.08.2012

zugrundeliegende Verständnis von Transparenz gibt. Demnach gliedert das RWI Transparenz in sieben verschiedene Bereiche:

- Klarheit über den Zugang zu Ressourcen (Verträge, Lizenzen, Rechtsgrundlagen)
- Offenlegung von Einnahmen und Produktionsmengen
- Klare Rollen- und Zuständigkeitsverteilung, interne Kontrolle derselben
- Informationen über die Governance-Strukturen und Berichte von Staatsunternehmen
- Veröffentlichung der Funktion und Operationen von Staatsfonds
- Offenheit über die Verteilung der Einnahmen auf der subnationalen Ebene
- Erfüllung der Normen der EITI-Berichterstattung

Die meisten dieser Kataloge spiegeln eine mehr oder weniger direkte Entsprechung von Transparenz mit Veröffentlichung von Informationen wider. Unterschiedliche Autoren haben jedoch hervorgehoben, dass Transparenz nicht allein durch das Vorhandensein von Informationen hergestellt wird. Von entscheidender Bedeutung sind darüber hinaus „scope, accuracy and timeliness of such information“⁵² sowie die Zugänglichkeit und Nachvollziehbarkeit derselben.⁵³ Dieser Forderung kommt das RWI in einer 2011 vorgenommenen Analyse der Qualität aller bisher veröffentlichten EITI-Berichte nach.⁵⁴ Dort werden die Papiere auf u.a. Regelmäßigkeit und Pünktlichkeit, Angemessenheit und Reliabilität, Umfang und Einzeldarstellung sowie Verständlichkeit und Zugänglichkeit hin überprüft. Die Tatsache, dass keines der Länder in allen Kriterien zufriedenstellende Berichte publiziert, wird von der EITI allerdings lediglich kritisiert, hat für die teilnehmenden Staaten bisher aber keine Konsequenzen.

Neuerdings spricht auch die EU von Transparenz in Energiesektoren. Neben den Verweisen auf die EITI versucht sie, eigene Regeln zu entwickeln und als Grundlage in den Energiepartnerschaften mit den Partnerländern zu etablieren. Als solche gilt die Richtlinie 2003/55/EC⁵⁵, die in erster Linie auf einheitliche Richtlinien für den Erdgasbinnenmarkt abzielt: Hierbei handelt es sich unter anderem um die Liberalisierung des Gasmarktes und die Gründung einer unabhängigen Regulierungsbehörde, die die Einhaltung von Nicht-Diskriminierungsprinzipien, Transparenz und Wettbewerb auf dem

⁵² Bellver, Kaufmann 2005: 4.

⁵³ Michener, Bersch 2011: 2.

⁵⁴ vgl. Revenue Watch Institute: EITI Reports: Results & Analysis. Online: <http://data.revenuewatch.org/eiti/>, zuletzt geprüft am 10.08.2012.

⁵⁵ vgl. Revenue Watch Institute 2009: 9f; Gončar, Malinovsky 2010: 33.

Gasmarkt fördern soll. Hervorzuheben ist, dass diese Richtlinie auch konkrete Forderungen in Bezug auf die Transparenz der Rechnungslegung im Gassektor beinhaltet.⁵⁶

2.3 Operationalisierung der AV

Die Operationalisierung der AV basiert konzeptuell auf der in Kapitel 2.1 erarbeiteten Arbeitsdefinition von Transparenz. Die genauen Kriterien für die Bewertung der Transparenz sollen nun anhand der im vorangegangenen Kapitel erörterten Transparenzstandards im Energiesektor entwickelt werden.

Die hier verwendete Konzeption von Transparenz umfasst auf der einen Seite sowohl die Transparenz von (Staats-)Unternehmen als auch die des Staates, auf der anderen Seite aber auch zwei Seiten der Transparenz selbst: Die bloße Offenlegung von Informationen und die Qualität der Informationen und des Zugangs zu ihnen. Um Transparenz zu messen, müssen daher vier Bereiche beachtet werden: a) Die Informationstätigkeit von Unternehmen, b) die Qualität der korporativen Informationen, c) die Offenlegung von Daten seitens des Staates und d) die Qualität dieser Informationen sowie die Qualität des Zugangs zu diesen Daten.

Im vorangegangenen Kapitel habe ich die üblichen Kriterien für Transparenz im Energiesektor zusammengetragen. Ordnet man diese den hier angenommenen vier Kategorien zu, so ergibt sich in etwa folgendes Bild:

Tabelle 1: AV Grad der Transparenz im Energiesektor: Konzeption

	Staat	Staatsunternehmen
Information	Klarheit über Lizenzvergabe und Vertragsabschlüsse Informationen über Verteilung und Verwendung der Erträge	Offenlegung von Einnahmen und Produktionsmengen
Qualität	Klare Rollen- und Zuständigkeitsverteilung Kontrolle der Ausgaben und Zuständigkeiten Erreichbarkeit der Informationen	Kontrolle der Einnahmen nach internat. Standard (Audit) Zugänglichkeit der Berichte

⁵⁶ vgl. Directive 2003/55/EC of the European Parliament and of the Council, Art. 16, 17.

Während die Offenlegung von Informationen relativ direkt einschätzbar ist, bereitet vor allem die Wertung der Qualität Schwierigkeiten. Um diesen Zweck zu erfüllen sind für den Energiesektor verschiedene Indizes entwickelt worden, die stark auf der Expertise von Fachleuten beruhen. Die meisten dieser Indizes sind allerdings, wie auch Ross⁵⁷ hervorhebt, jüngeren Datums, und erlauben somit zwar synchrone Vergleiche über Länder hinweg, jedoch keine diachronen Analysen. Islam⁵⁸ misst Transparenz anhand der Pünktlichkeit, mit der Länder ihre statistischen Informationen an den IWF senden. Hier fehlt jedoch aufgrund der fehlenden nachträglichen Nachvollziehbarkeit die zeitliche Dimension; der Ansatz ist daher nur für synchrone Untersuchungen mit großen Fallzahlen geeignet.

Williams⁵⁹ entwickelte einen Indikator, der darauf beruht, die Anzahl der an die Weltbank übermittelten Daten für den *World Development Indicators* (WDI) zu zählen.⁶⁰ Aus dem Verhältnis von gelieferten zu nicht gelieferten Daten bildet Williams einen *Release of Information*-Indikator, welcher aufgrund der zeitlichen Tiefe und der großen Abdeckung des WDIs sehr gut anwendbar ist. Während Williams „transparency across the whole of the government“⁶¹ misst, möchte ich seine Methode für diese Arbeit auf den Energiesektor eingrenzen. Dazu selektiere ich alle Daten, die sich direkt auf den Energiesektor beziehen, außerdem die Felder zu Steuern auf Primärprodukte, Einnahmen, Ausgaben, Lizenzgebühren und Renten. Da diese Informationen vom Staat veröffentlicht werden, nutze ich sie hier für die Messung der Informationsoffenlegung des Staates.

Williams räumt selbst ein, dass ein „simple 'count' measure may ignore the fact that quality is likely to be an equally, if not more, important issue“.⁶² Indizes, die qualitative Aussagen zur Transparenz tätigen, sind allerdings ebenfalls rar. Der *Revenue Watch Index*⁶³ bietet zwar eine sehr gute Kombination von quantitativen und qualitativen Parametern, entbehrt jedoch erneut einer zeitlichen Dimension. Der von der ukrainischen NGO „DiXi Group“ entwickelte *Energy Sector Transparency Index* (ESTI)⁶⁴ für die Schwarzmeerregion ist ein gutes Beispiel für die Integration aller Dimensionen von Transparenz, weist bisher allerdings erst eine Ausgabe auf. Ebenfalls sehr jung ist der *Linaburg-Maduell Transparency Index* für *Sovereign Wealth Funds*. Darüber hinaus

⁵⁷ vgl. Ross 2011: 2.

⁵⁸ Islam 2006.

⁵⁹ vgl. Williams 2011.

⁶⁰ Diese Methode wenden auch Hollyer et al. 2011 an.

⁶¹ Williams 2011: 492.

⁶² Williams 2011: 491.

⁶³ vgl. Revenue Watch Institute 2010a.

⁶⁴ vgl. Dixi Group 2012a.

beschränken sich alle diese Indizes auf eine Auswahl von Ländern, die sich für die hier untersuchte Region nicht überschneidet.

Bellver und Kaufmann lösten diese Herausforderung, indem sie ein Komponentenmodell aus einer Vielzahl von Quellindizes entwickelten. Ich werde diese Methode übernehmen.⁶⁵ Da, wie gezeigt, alle Indizes mit einem direkten Bezug zum Energiesektor erst vor kurzem entstanden, werde ich jedoch andere Quellen nutzen, die nur in einigen Unterfragen auf Transparenz oder den Energiesektor eingehen: Den *Open Budget Index* (ab 2006), den *Global Integrity Report* (ab 2004) und den *Global Competitiveness Report* (ab 2008).

Der *Open Budget Index*⁶⁶ wird von der *International Budget Partnership* erstellt, um das Niveau der Öffnung des Haushaltswesens zu messen. Ziel des seit 2006 alle zwei Jahre erhobenen Indexes ist es, Transparenz- und Rechenschaftspflichten nationaler Haushalte vergleichbar zu machen. Anhand eines standardisierten Fragebogens bewerten Fachleute aus der Zivilgesellschaft die Performanz der Staaten. Dabei wird untersucht, ob die entsprechenden Informationen öffentlich zugänglich sind, also ob „all members of the public might be able to obtain through a request to the public authority issuing the document“.⁶⁷ Zu den einzelnen Fragen werden zwischen 0 und 100 Punkte vergeben, wobei 100 eine vollständige Entsprechung darstellt. Ich skaliere diese Werte im Sinne der Vergleichbarkeit auf den Bereich 0 bis 1 in den selben Abstufungen herunter und errechne den Mittelwert der Bewertungen aller für die Untersuchung ausgewählten Fragen.

Der *Global Integrity Report*⁶⁸ der NGO *Global Integrity* ist der Analyse von Governance und Anti-Korruptions-Mechanismen gewidmet. Da die direkte Messung von Korruption nach Meinung der Autoren jedoch praktisch unmöglich ist, messen sie „the opposite of corruption, that is, the access that citizens and businesses have to a country's government“.⁶⁹ Darunter fallen viele Elemente der von mir definierten Transparenz, die auch hier von lokalen Wissenschaftlern oder Journalisten bewertet werden. Die verwendete Skala von 0 bis 100 transponiere ich ebenfalls auf die Skala 0-1 und errechne den Mittelwert der ausgewählten Fragen.

Aus dem *Global Competitiveness Report*⁷⁰ des Weltwirtschaftsforums (ab 2008) übernehme ich nur den Punkt „Transparency of government policymaking“. Dass die in diesem Bericht gemessene *Competitiveness* prinzipiell positiv und relativ linear mit

⁶⁵ vgl. Bellver, Kaufmann 2005.

⁶⁶ vgl. International Budget Partnership 2010a.

⁶⁷ vgl. International Budget Partnership 2010b.

⁶⁸ vgl. Global Integrity Report 2011.

⁶⁹ vgl. Global Integrity Report 2011.

⁷⁰ vgl. World Economic Forum: Global Competitiveness Reports. Online: <http://www.weforum.org/issues/global-competitiveness>, zuletzt geprüft am 10.08.2012.

Transparenz korreliert, zeigen Bellver & Kaufmann.⁷¹ Die hier angewandte Skala von 0-10 wird auf den Bereich 0-1 herunterskaliert.

Ich verwende alle Fragen dieser Indizes, die sich mit der Informationstätigkeit beschäftigen, um die Qualität der Informationen des Staates und teilweise der Staatsunternehmen zu bewerten.

Für die Messung der Informationsoffenlegung der Staatsunternehmen prüfe ich, ob diese öffentlich zugängliche Berichte publiziert haben. Die Qualität dieser Berichte (Audit, evtl. nach internationalen Standards) fließt in die Bewertung der Qualität der Informationen ein.

Eines der wichtigsten Elemente der Transparenz im Energiesektor ist die EITI, welche bei einer Messung des Transparenzgrades auf keinen Fall außen vor gelassen werden sollte. Allerdings bezieht sich die Initiative und deren Transparenzstandards auf alle Akteure des Sektors, also Staat und Unternehmen. Ich erweitere daher die Messung des Grades der Transparenz um den Grad der Erfüllung von EITI-Transparenzstandards.⁷² Dieser hat im Prinzip zwei Stufen: Die einfache Anfertigung von Berichten zum Energiesektor und die Aufnahme als EITI-Mitglied. Erfüllt ein Land beide Anforderungen, erhält es den Wert 1, bei Erfüllung nur eines Kriteriums erhält es den Wert 0,5.

Zusammengefasst messe ich die oben vorgestellten Teilelemente der Transparenz des Energiesektors mit folgenden Indikatoren:

⁷¹ vgl. Bellver, Kaufmann 2005: 28 f.

⁷² Auch der Revenue Watch Index verwendet dieses Kriterium.

Tabelle 2: AV Grad der Transparenz im Energiesektor: Operationalisierung

	Staat	Staatsunternehmen
Information	Messung der vorhandenen Daten im WDI aus den Bereichen Energie, Renten, Steuern auf Primärprodukte sowie übergreifend zu Einnahmen und Ausgaben	Veröffentlichung von Finanzberichten nationaler Audit
Qualität	Fragen zu Recht auf Informationsanfragen, Offenem Haushaltsprozess, Interner Kontrolle der Ausgaben, Effizienz und Offenheit von Strafen, Rolle des Ombudsmanns und Internem Audit aus dem Global Integrity Report Fragen über das Staatseinkommen, sub-nationale Transfers, Staatsfonds und die Pünktlichkeit der Abrechnung aus dem Open Budget Index Stellung im Ranking der Frage „Transparency of government policy making“ (Frage 1.12) des Global Competitiveness Reports)	Einhaltung Internationaler Standards bei Bericht und Audit Fragen zur finanziellen Transparenz von Staatsunternehmen aus dem Global Integrity Report
EITI	Erstellung von EITI-Berichten Validierung als EITI-Mitglied	

Alle Indizes werden auf eine Skala zwischen 0 und 1 normalisiert, wobei 1 der höchste zu erreichende Wert ist. Aus allen Indizes wird getrennt nach Unternehmen und Staat ein Durchschnittswert gebildet. Da die Daten aus den Verschiedenen Indizes frühestens ab 2004 vorhanden sind, beruhen die davor liegenden Jahre allein auf quantitativen Ergebnissen. Im Falle dass ein Index für ein Jahr keinen Wert liefert, wurden die Ergebnisse der angrenzenden Jahre extrapoliert, um die Daten zu glätten. Für die Operationalisierung gehe ich davon aus, dass der Energiesektor eines Landes zu gleichen Teilen vom Staat und den im Energiesektor operierenden Unternehmen charakterisiert wird. Das Ergebnis bildet der Durchschnitt aus Unternehmens- und Staatsindex sowie dem Grad der Erfüllung der EITI-Normen.

3. Theoretische Grundlagen

3.1 Forschungsstand

Obwohl Transparenz als Forschungsthema in den letzten Jahren eine enorme Aufmerksamkeit auf sich gezogen hat, ist die Zahl der Untersuchungen, welche Transparenz als abhängige Variable ins Spiel bringen, überschaubar geblieben. Außerdem weisen die folgenden Studien nur selten auf Kausalzusammenhänge hin; sondern zeigen meist nur Korrelationen auf.⁷³ Das ist umso erstaunlicher, als Transparenz beinah als Wundermittel gegen eine Vielzahl von Problemen auf den wirtschaftlichen sowie politischen Märkten propagiert wird.

Zunächst zur Transparenz von Institutionen und Staaten. Es ist nicht verwunderlich, dass demokratische Staaten im allgemeinen einen höheren Grad an institutioneller Transparenz aufweisen. Hollyer et al. haben gezeigt, dass selbst eine minimalistische Definition von Demokratie in Form der Anwesenheit von freien Wahlen ganz klar mit dem Vorhandensein von Informationen zur durchgeführten Politik des Regimes korreliert.⁷⁴ Darüber hinaus scheint die wirtschaftliche Situation eines Landes einen Einfluss auf die Transparenz seiner Institutionen zu haben. In einer für die Operationalisierung von Transparenz bemerkenswerten Studie fanden Bellver & Kaufmann, dass Transparenz sehr stark mit dem durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommen korreliert.⁷⁵ Allerdings heben Hollyer et al. in der erwähnten Arbeit hervor, dass diese Variable im Verhältnis zum Regimetyp keine eindeutige Rolle spielt. Vielmehr ist der Regimetyp selbst dann entscheidend, wenn das Durchschnittseinkommen kontrolliert wird.⁷⁶

Einer der Gründe dafür ist offensichtlich, dass gerade ressourcenreiche Staaten zwar im Allgemeinen ein hohes Pro-Kopf-Einkommen haben, dieses aber häufig nicht mit einem hohen Demokratiesierungsgrad des Regimes zusammenfällt. Folgerichtig sind Ressourcenrenten ein weiterer wichtiger Faktor, dem bei der Untersuchung nicht nur von Demokratie, sondern auch Transparenz Beachtung geschenkt wird. Williams⁷⁷ konnte eine robuste negative Korrelation zwischen der Höhe der Ressourcenrenten und Transparenz nachweisen. Luong fasst die üblichen Erklärungen für diesen Zusammenhang wie folgt

⁷³ Ross weist in diesem Zusammenhang auf „both the limited number of years for which transparency data are available (which limits our ability to make within-country inferences), and the observational nature of these data“, Ross 2011: 2.

⁷⁴ Hollyer et al. 2011.

⁷⁵ Bellver, Kaufmann 2005: 26ff.

⁷⁶ vgl. Hollyer et al. 2011: 21.

⁷⁷ vgl. Williams 2011: 490.

zusammen: „Another common explanation is that mineral wealth encourages state leaders to resist building institutions, especially institutions that promote transparency and accountability, because they prefer to maximize their discretion over both the policy-making process and the distribution of export rents“.⁷⁸

In den einschlägigen Untersuchungen werden außerdem verschiedene sozio-ökonomische Faktoren genannt, die die institutionelle Transparenz beeinflussen. Meistens handelt es sich hier um die Möglichkeit der Bevölkerung, Transparenz in Form von Informationsoffenlegung einzufordern und kritisch zu rezipieren. Islam nennt hier beispielsweise den Bildungsgrad, während Bellver und Kaufmann⁷⁹ die durchschnittliche Anzahl von Radios als starkes Korrelat der Transparenz identifizieren.

Die interne institutionelle Transparenz eines Regimes tritt in dem Augenblick in Interaktion mit internationalen Entwicklungen, wenn sich das Land für verschiedene Einflüsse von außen öffnet. Einer der wichtigsten Faktoren ist hierbei die Öffnung für ausländische Investitionen (*foreign direct investment*, FDI).⁸⁰ Weitverbreitet ist die Auffassung, dass bei der Realisierung von FDI eine Prinzipal-Agent-Situation zustandekommt. Florini beschreibt die Rolle der Transparenz in diesem Geflecht wie folgt: „In the corporate world, firm managers are supposed to be agents of the owners, who hold stock, but without transparency owners cannot know whether the company is being well- managed, and investors have poor grounds for determining whether they should become owners“.⁸¹ Die Wunsch von Investoren nach klaren Regeln und offenen Informationen wird, dieser Gedankenführung folgend, oft als entscheidende Motivation für die Schaffung institutioneller Transparenz beschrieben.⁸²

Die Verbindung von FDI mit Transparenz setzt allerdings voraus, dass die investierenden Unternehmen selbst an Transparenz interessiert sind. Das ist vor allem für den Energiesektor keine Selbstverständlichkeit, einem Sektor „previously characterized by carefully guarded opacity“.⁸³ Hier hat jedoch seit ca. 1999 ein massives Umdenken bei einigen großen internationalen Unternehmen und Organisationen eingesetzt, welches Gillies als von der Sorge um die eigene Reputation getragen analysiert.⁸⁴ Es ist daher nicht verwunderlich, dass die zunehmende Transparenzförderung zeitlich einhergeht mit der Entstehung von NGOs wie *Publish What You Pay* oder *Revenue Watch*. Wie gut die

⁷⁸ vgl. Luong, Weinthal 2006: 245.

⁷⁹ vgl. Bellver, Kaufmann 2005.

⁸⁰ vgl. Gelos, Wei 2002.

⁸¹ Florini 1999: 5.

⁸² vgl. z.B. Svetlova 2010, Wei 2000, Gelos, Wei 2002.

⁸³ Gillies 2008: 1.

⁸⁴ Dazu auch Gulbrandsen, More 2007: 813f.

Qualität der Transparenz der Tätigkeit eines internationalen Unternehmens in einem ressourcenreichen Land tatsächlich ist, scheint jedoch nicht nur ein Ergebnis der eigenen Ausrichtung zu sein. Healy et al.⁸⁵ fanden heraus, dass die Transparenz von einigen Charakteristika des Landes selber abhängig ist, so von der jeweiligen Rolle der Korruption, der Anzahl ausländischer Unternehmen im Land und der Anzahl von bis dato durchgesetzten Verstaatlichungen.

Es lässt sich also festhalten, dass die wenigen Arbeiten, die Transparenz als abhängige Variable führen, vor allem den wirtschaftlichen Wohlstand, die Höhe der Ressourcenrenten, die Rolle ausländischer Direktinvestitionen, die Qualität der Institutionen, das Vorhandensein von freien Wahlen und einige sozio-ökonomische Faktoren als Impetus für die Entwicklung derselben identifiziert haben.

Neuerdings wird außerdem der EU das Potenzial zugeschrieben, Transparenz in Partnerländern zu fördern.⁸⁶ In diesem Forschungsstrang wird Transparenz als Teil des demokratischen Regierens betrachtet. Die Förderung der Transparenz kann infolge des Ausbaus der funktionalen Kooperation, in erster Linie im Rahmen der ENP, auftreten. Relevant für die vorliegende Arbeit ist die Erkenntnis, dass durch solche Interaktionen innerhalb einzelner Sektoren bzw. auf der *Policy*-Ebene Transparenz durch die EU gefördert werden kann.

Nachdem die möglichen theoretischen Anknüpfungspunkte an den Forschungsgegenstand dargelegt wurden, werden im Folgenden die Erklärungsansätze einzeln erörtert, die ich der Arbeit zugrunde lege und auf ihre Erklärungskraft hin überprüfen möchte.

3.2 Transparenz und Ressourcenrente

It is useful to contrast the conduct of governments in resource-rich nations with that of governments in nations less favorably endowed. In both, governments search for revenues; but they do so in different ways. Those in resource-rich economies tend to secure revenues by extracting them; those in resource poor nations, by promoting the creation of wealth. Differences in natural endowments thus appear to shape the behavior of governments.⁸⁷

Die Idee, dass Ressourcenreichtum nicht Segen, sondern Fluch ist, ist in der Literatur nahezu vorbehaltlos akzeptiert. In diesem Zusammenhang bezieht sich die Theorie des

⁸⁵ Healy et al. 2011.

⁸⁶ vgl. Freyburg et al. 2009.

⁸⁷ Bates 2000 zit. nach Isham et al. 2005: 142.

Ressourcenfluches⁸⁸ auf das Paradox, dass Länder mit einem beträchtlichen Ressourcenreichtum nicht imstande sind, die enormen Gewinne in wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Wohlstand und politische Stabilität bzw. Demokratisierung umzuwandeln. Vielmehr entfaltet der Ressourcenreichtum vielfältige negative Konsequenzen für die Staaten und deren Gesellschaften. Darunter werden solche wirtschaftlichen und politischen Deformationen wie die „holländische Krankheit“ oder allgemein niedriges Wirtschaftswachstum⁸⁹, Bürgerkriege⁹⁰, Abnahme der Qualität der politischen Institutionen⁹¹, besonders Erhöhung der Korruption⁹² sowie Erosion der Demokratisierung⁹³ aufgefasst. Diese destruktiven Erscheinungen entwickeln sich allerdings nicht durch Ressourcenreichtum *per se*, vielmehr werden sie durch schwache Institutionen begünstigt.⁹⁴ Eine geringe institutionelle Qualität, wie Abwesenheit von *Checks and Balances* und demokratischer *Accountability*, begünstigt das *Rent-seeking* Verhalten der Akteure.

Wenn die politischen Institutionen, wie etwa in Autokratien, dauerhafte Defizite aufweisen und dadurch keine Kontrolle der Regierung mehr möglich ist, kommt letztere leicht in Versuchung, die Verfügungsmacht über die Renten zu eigenen Zwecken auszunutzen. Da die Ressourcenausbeutung hauptsächlich durch die Staatsmacht erfolgt, werden Renten oft als Instrument zur Konsolidierung autokratischer Macht betrachtet.⁹⁵

Vor diesem Hintergrund wurde der politökonomische Rentierstaatsansatz⁹⁶ entwickelt, der annimmt, dass eine überdurchschnittlich hohe Ausstattung mit materiellen Ressourcen aus dem Export von mineralischen Rohstoffen die Wahrscheinlichkeit der Demokratisierung dieser Staaten maßgeblich verringert. Als Rentierstaaten werden demnach die Staaten bezeichnet, deren Staatsbudget hauptsächlich aus dem Export von natürlichen Ressourcen finanziert werden, so dass der Rentenbezug alle anderen Einkommensarten drastisch überträgt.

Der Energiesektor stellt einen zentralen Ort dar, in dem Renten generiert werden können. Es existiert eine Bandbreite von Rente-Definitionen, die je nach Traditionsstrang der

⁸⁸ Aus dem Englischen resource curse. Richard Auty prägte den Begriff für die Gesamtheit der Deformationen, die mit negativen Folgen des Ressourcenreichtums in Verbindung gebracht werden. Karl benannte dieses Phänomen paradox of plenty vgl. Karl 1997.

⁸⁹ Auty 1993; Sachs, Warner 1995; Isham et al. 2005.

⁹⁰ Collier, Hoeffler 1998.

⁹¹ Antonsen et al. 2012.

⁹² Leite, Weidmann 1999; Sala-i-Martin, Subramanian 2003; Arezki, Gylfason 2011.

⁹³ Ross 2001; Jensen, Wantchekon 2004; Ulfelder 2007; Tsui 2011.

⁹⁴ Sala-i-Martin and Subramanian 2003; Mehlum et al. 2006.

⁹⁵ vgl. Gawrich, Franke 2011: 12.

⁹⁶ Die ersten Arbeiten, die diese Forschungsperspektive einnehmen, gehen auf Mahdavy 1970 und Beblawi, Luciani 1987 zurück.

Rententheorie variiert.⁹⁷ Zusammengefasst kann unter einer Rente eine besondere Form von Einkommen aufgefasst werden: Einkünfte, die auch ohne Einsatz von Produktionsmitteln oder ohne direkte Gegenleistungen erreicht werden können.⁹⁸ Klafkowski versteht unter Rente überhöhte Erträge oder Mehreinkommen, das „entweder durch Überpreise oder Unterkosten hervorgerufen wird“.⁹⁹ Warum aber kann so ein Übergewinn beständig existieren, während Extragewinne in der Wirtschaft (wie durch die Neueinführung eines Produktes) durch den Wettbewerb der Nachahmer bald wieder verschwinden? Dies lässt sich durch die Exklusivität des Zugangs zu nicht reproduzierbaren (und daher knappen) Ressourcen und niedrige Produktionskosten erklären: Wer über sie verfügt und andere von ihrer Nutzung ausschließen kann, erzielt auf Dauer ein hohes „müheloses“ Einkommen.¹⁰⁰ Ein weiteres Merkmal dieser Ressourcen besteht in der Konzentration des Vorkommens auf einen relativ engen Raum (*point resources*)¹⁰¹, die es Regierungen oder anderen *rent-seekern* ermöglicht, die Ressourcen leichter zu kontrollieren. Im Fokus der Aufmerksamkeit steht also die „externe Rente“, die überwiegend mit dem Export von Naturressourcen erzielt wird. Darunter fallen in erster Linie Erdöl und Erdgas, aber auch Diamanten, Gold und Kupfer. Diesen Rententypen wird im Rahmen der Ressourcenfluchttheorie eine negative Wirkung hinsichtlich Korruption und wirtschaftlichem Wachstum zugeschrieben.¹⁰² Sie unterscheiden sich in ihrer Wirkung von normalen Einkommensarten (Besteuerung oder Einkommen aus der Landwirtschaft) insofern, als ihre Generierung einen geringen Bevölkerungsanteil involviert. Die Gewinne sind enorm und werden durch den Staat abgeschöpft und kontrolliert.¹⁰³

Wie sich Renten auf die demokratische Entwicklung auswirkt, prägte Ross mit der Formel „*oil impedes democracy*“ und skizzierte den Rentier-Effekt, der für die Erklärung von Transparenz von besonderer Relevanz ist.¹⁰⁴ Der Rentier-Effekt besagt, dass der Rentenzufluss das demokratiefördernde Prinzip *no taxation without representation* – also die Notwendigkeit, politische Rechenschaftspflicht zu garantieren, unterminiert. Denn der Staat ist dank der hohen Exporteinnahmen nicht auf Steuererhebung angewiesen. Diese Autonomie gegenüber der Gesellschaft macht jeden Anreiz zunichte, eine transparente und verantwortungsvolle Politik zu führen. Da das Einkommen dem Staat zur freien

⁹⁷ Für die Theoriengeschichte des Rentenbegriffes vgl. Schmid 1991; Schmid 1997.

⁹⁸ vgl. Schmid 1997: 41.

⁹⁹ Klafkowski 1963: 179, zit. nach Schmid 1991: 33.

¹⁰⁰ vgl. Götz 2011: 5. Die Offshore-Förderung kann zwar nicht als „unkompliziert“ bezeichnet werden, jedoch sind die Gewinne teilweise so immens, dass man durchaus von einem „einfachen Einkommen“ sprechen kann.

¹⁰¹ Isham et al. 2005; Sala-i-Martin, Subramanian 2003.

¹⁰² Leite and Weidmann 1999; Sala-i-Martin, Subramanian 2003.

¹⁰³ Beblawi 1990.

¹⁰⁴ vgl. Ross 2001: 327f.

Disposition steht, wird es nach den politischen Maximen des Machterhaltes verwendet: Sei es als materielle Alimentierung der Gesellschaft zur Legitimationsbeschaffung, sei es durch Privilegierung von Gruppen, die für den politischen Machterhalt der Staatsbürokratie durch Sicherung von Loyalität bzw. Patronage von strategischer Bedeutung sind.¹⁰⁵

Außerdem erhöht das Vorhandensein von Renten den Wert der Herrschaftsabsicherung zwangsläufig: „[R]esource booms, by raising the value of being in power and by providing politicians with more resources which they can use to influence the outcome of elections, increase resource misallocation in the rest of the economy“.¹⁰⁶

Wie oben dargestellt, konzentriert sich diese Forschungsperspektive primär auf die Beziehung zwischen Ressourcenreichtum und die Unterminierung demokratischer *Accountability*. Daraus kann man jedoch eine indirekte Beziehung zwischen hohen Ressourcenrenten und Transparenz ableiten. So kommen Egorov et al. zum Ergebnis, dass Staaten, die mit Erdölressourcen und schwachen Institutionen ausgestattet sind, politisch intransparenter (im Sinne von unfreier Presse) agieren.¹⁰⁷ Deren Machthabenden relativierten die Transparenz, um das Risiko des eigenen Sturzes zu minimieren.

Ross untersucht in einer aktuellen Studie, inwieweit sich Öleinnahmen auf Haushaltstransparenz auswirken und kommt zum Schluss, dass die Erdölausstattung einen negativen Effekt auf die Entfaltung von Transparenz hat.¹⁰⁸ Einerseits ermöglicht Informationsentzug die Verschleierung der tatsächlichen Ressourceneinnahmen und kaschiert somit blühende Korruption und Ineffizienz. Dadurch kann gegenüber der Gesellschaft der Eindruck vermittelt werden, dass die Ressourcen zu ihrem Wohl eingesetzt werden.¹⁰⁹ Andererseits kann angenommen werden, dass Politiker unter anderem auch im Energiesektor die Veruntreuung der Ressourcen durch Intransparenz erst ermöglichen, denn gerade staatliche Öl- und Gasunternehmen bieten die größten Schlupflöcher, durch die Renten gesichert werden können.¹¹⁰ So verwenden Regierungen vieler öl- und gasfördernder Staaten ihre nationale Ölgesellschaften (*National Oil Companies*) oder spezielle Stabilisierungsfonds um Ressourceneinnahmen außerhalb des Haushaltes zu verwalten oder vor der Öffentlichkeit geheimzuhalten.¹¹¹

Intransparenz im Energiesektor ist für ressourcenreiche Staaten mit schwachen politischen Institutionen also ein Schlüssel zur Machtsicherung. Sie hilft, die Renten in politische

¹⁰⁵ vgl. Beck, Schlumberger 1998: 129.

¹⁰⁶ Robinson et al. 2006: 447.

¹⁰⁷ Egorov et al. 2009.

¹⁰⁸ vgl. Ross 2011: 4.

¹⁰⁹ Ross 2012, zit. nach Ross 2011: 7.

¹¹⁰ vgl. Ross 2011: 3.

¹¹¹ vgl. Gawrich, Franke 2011: 13.

Macht umzuwandeln und stellt sicher, dass die Mittel keinesfalls zur Opposition gelangen. Ross wendet dieses Argument vor allem auf autokratische Staaten an, jedoch kann es durchaus auf hybride Regime mit schwachen demokratischen Institutionen erweitert werden. Denn in Staaten, in denen unabhängige Justiz, eingeschränkte Macht der Exekutive, freie Presse und kompetitive Wahlen nur als Fassade und nicht als Kontrollkanäle dienen, sind die Machthabenden versucht, ihre Systemstabilisierungsstrategien durch das Schaffen von Intransparenz im vollen Umfang nutzen. Das heißt, dass nicht nur der Haushalt intransparent verwaltet wird, so wie Ross es annimmt, sondern dass Intransparenz bereits im rentengenerierenden Energiesektor strategisch eingesetzt wird. Entsprechend diesen Überlegungen sollte also Grad der Transparenz im Energiesektor negativ mit dem Ressourcenreichtum bzw. der Höhe der Renten eines Staates korrelieren.

3.3 Transparenz und FDI

Vor dem Hintergrund der enormen Bedeutung und Verbreitung von ausländischen Direktinvestitionen (FDI) hat die Forschung in den letzten Jahren FDI zunehmend als interessantes Phänomen erkannt. Der Blick auf die einschlägige Literatur lässt zwei Forschungsstränge erkennen: Einerseits beschäftigen sich Wissenschaftler mit den Determinanten bzw. ausschlaggebenden Faktoren für die Heranziehung von FDI, andererseits stehen die Auswirkungen der FDI selbst auf dem Prüfstand. Im Zentrum des ersten Forschungsstranges stehen Institutionen, deren Qualität für die Anwerbung von FDI eine primäre Rolle spielt: "Poor quality of institutions necessary for well-functioning markets (and/or corruption) increases the cost of doing business and, thus, should also diminish FDI activity".¹¹² Wei kommt zum Schluss, dass ausländische Investoren vor allem Korruption und Intransparenz meiden: Der Übergang von einem niedrigen Korruptionsniveau (wie im Singapur) zu einem hohen Korruptionsniveau (wie in Mexiko) brächte einem Land in etwa einen Rückgang an FDI mit sich, der einer Erhöhung des Grenzsteuersatzes um 50% äquivalent wäre.¹¹³

Transparenz kommt in der Debatte über die Qualität von Institutionen eine prominente Rolle zu. Glos und Wei kommen zum Schluss, dass Intransparenz (sowohl auf der Staats-, als auch auf der Unternehmensebene) internationale Investitionen senkt.¹¹⁴ Investoren

¹¹² Bloningen 2005: 14, zit. nach Pinto Zhu 2008: 2; vgl. auch Mauro 1995; Wei 1997; Wei 2000; Daude, Stein 2007.

¹¹³ vgl. Wei 2000: 1.

¹¹⁴ vgl. Gelos, Wei 2002: 5.

reagieren bei nicht transparenten Ländern weitaus skeptischer auf Neuigkeiten über Änderungen und sind eher dazu geneigt, bei Krisen ihre Investition in transparente Länder umzulenken. Kim untersucht den Zusammenhang zwischen *corporate governance* bzw. der Transparenz eines Landes und der Höhe der angeworbenen FDI. Im Rahmen der Untersuchung von Paneldaten aus 28 Ländern zwischen 1990 und 2002 bestätigt sich seine Hypothese, dass Empfängerländer mit einer besseren *corporate governance* und höherer Transparenz eine bessere FDI-Perfomanz aufweisen.¹¹⁵

Während die Determinanten der FDI in der einschlägigen Literatur gut dokumentiert sind, steckt die Untersuchung der Implikationen von FDI auf Institutionen und das institutionelle Umfeld noch in den Kinderschuhen.¹¹⁶ In diesem Kontext werden FDI einige positive Effekte zugeschrieben: So kann beispielsweise die Offenheit eines Landes gegenüber FDI die Korruption reduzieren.¹¹⁷ Dieser nahezu „magische“ Effekt von FDI auf Korruption wird einerseits dadurch erklärt, dass durch den Zufluss von FDI in ein Land ein stärkerer Wettbewerb entsteht, der zum Rückgang der Möglichkeiten zur Rentengenerierung führt. Folglich sinken die zu erwartenden Profite durch Korruption in den betroffenen Sektoren, was das gesamte Korruptionsniveau zurückgehen lässt.¹¹⁸ Jedoch existieren in der Literatur auch kritische Stimmen, die FDI genau den gegensätzlichen Effekt zuschreiben.¹¹⁹ In Sektoren, in denen der Zugang zu den teilweise exorbitanten Monopolrenten eingeschränkt ist, wie es z.B. im Energiesektor der Fall ist, erhöhe sich demnach die Wahrscheinlichkeit, dass sich ausländische Firmen im Kampf um den Zugang zu hohen Profiten auf Korruption einlassen. Dies geschähe in erster Linie in Ländern mit schwachen Institutionen.¹²⁰

Ein anderer Mechanismus, der parallel zu dem eben beschriebenen ablaufen kann, ist der Effekt der kulturellen Sozialisation oder Diffusion, der mit dem FDI-Zufluss einhergeht. Demnach können internationale Unternehmen die westlichen Praktiken der *corporate governance* in das Land importieren. Als Folge werden diese von inländischen Akteuren übernommen und beispielsweise gegen korrupte Praktiken strikter eingesetzt.¹²¹

Kwok und Tadesse untersuchen die Rolle der multinationalen Konzerne als Agenten der Veränderung des institutionellen Umfeldes. Zwar ziehen sie auch den Aspekt in Betracht,

¹¹⁵ vgl. Kim 2010; Bellver, Kaufmann 2005: 7

¹¹⁶ vgl. Pinto, Zhu 2008: 2.

¹¹⁷ Sandholtz, Gray 2003; Treismann 2000; Jensen et al. 2011.

¹¹⁸ Ades, Di Tella 1999.

¹¹⁹ Ausländische und inländische Firmen sind in gleichem Maße in Korruption involviert, wie die letzten Studien über die Transformationsländer zeigen. vgl. Hellmann et al. 2002; Søreide 2006.

¹²⁰ vgl. Pinto, Zhu 2008: 27.

¹²¹ Sandholtz, Koetzle 2000; Sandholtz, Gray 2003; Gerring, Thacker 2005; Kwok, Tadesse 2006.

dass multinationale Konzerne darauf angewiesen sind, sich an den institutionellen Kontext des Landes anzupassen, legen jedoch besonderen Fokus auf die Kanäle, durch welche multinationale Konzerne das institutionelle Umfeld des Gastlandes mitprägen können und somit nicht zum Objekt, sondern zum Motor der Veränderung werden.¹²² Kwok und Tadesse argumentieren, dass die Einführung neuer Geschäftspraktiken in Filialen multinationaler Konzerne die Legitimität der bestehenden Muster herausfordern und einen Diskurs über bessere Geschäftspraktiken im Gastland herbeiführen kann. Das Spiegelbild dieses Einflusses wird als *de-institutionalization*¹²³ der bestehenden Muster in Organisationen aufgefasst. In Anlehnung an Dacin, Ventresca und Beal's Konzept der Entbettung¹²⁴ betrachten sie Globalisierung „as disembedding process that strips individuals and firms from their local structures and allows for restructuring at a more global level“.¹²⁵ Im Fokus ihrer Untersuchung stehen drei Effekte. Der erste Effekt stellt den Regulierungsdruck dar: Hierbei handelt es sich einerseits um den internen Druck seitens der Unternehmenszentrale, die sich gegen korrupte Praktiken ihrer Tochterunternehmen einsetzt, und andererseits um den Regulierungsdruck seitens der Regierung und der internationalen *business community*.¹²⁶ Lokale Amtsträger sind im Umgang mit ausländischen Geschäftspartnern demnach zu einem gewissen Grad eingeschränkt, so dass Korruption nicht als *business as usual* betrieben werden kann. Der Demonstrations- bzw. *Spillover*-Effekt besteht vor allem darin, dass die lokale Unternehmenskultur, die z.B. durch Korruption und Intransparenz gekennzeichnet sein kann, durch Interaktionen mit ausländischen Investoren in Form von Verhandlungen oder *Joint-Ventures* graduell verändert wird. Die engen Beziehungen zu ausländischen Unternehmen können zur Erkenntnis führen, dass Geschäfte in einem Umfeld, das auf Vertrauen und einem ethischen Verhaltenskodex basiert, weitaus effizienter abgewickelt werden können. Dazu kommt allerdings noch ein wichtiger Faktor, der den Demonstrationseffekt durchaus bestärken kann: Wenn sich das Gastland um Legitimität innerhalb des globalen Geschäftsumfeldes bemüht, wird es sich auch bemühen, seine internationale Reputation zu erhöhen und mehr Investitionen anzuziehen. Der letzte Effekt ist der Professionalisierungseffekt, der von der Wirkung her langfristig angelegt ist und

¹²² vgl. Kwok, Tadesse 2006: 2f.

¹²³ Kwok, Tadesse 2006: 4.

¹²⁴ Dacin, Ventresca, Beal 1999.

¹²⁵ Kwok, Tadesse 2006: 4.

¹²⁶ Als Beispiel kann der *U.S. Foreign Corrupt Practices Act* oder die *Convention on Combating Bribery of Foreign Public Officials in International Business Transactions* angeführt werden. So verbietet der erste in Form eines Bundesgesetzes US-Firmen Zahlungen an ausländische Amtsträger beispielsweise zwecks der Sicherung des Markteintritts. Die OECD-Konvention zielt auf Korruptionsbekämpfung in internationalen Geschäftstransaktionen ab.

auf die Professionalisierung der Managementpraktiken und Sozialisierung der *Young Professionals* abzielt, was zu einer allmählichen Änderung der Institutionen führt. Die Hypothesen von Kwolk und Tadesse werden im Rahmen ihrer Studie über 140 Länder und 30 Jahre bestätigt.

Auch Sandholtz und Koetzle, Sandholtz und Gray sowie Gerring und Thacker argumentieren, dass die Öffnung für Investitionen lokale Geschäftspraktiken verbessern kann: „[They] argue that the adoption of Western business practices and international preferences for transparency has an equally positive effect on how governments do business“.¹²⁷ Auch Kennedy King betont in ihrer Untersuchung der Wirkungen der FDI auf Korruption in Transformationsländern das Sozialisationspotenzial von FDI in Bezug auf Transparenz:

„Also under the Soviet regime, there was an information vacuum. That is to say, access to information about sectors and industries was extremely limited and when it was available, it was not necessarily accurate or reliable. (...) Access to information is important for those who want to invest in an economy because it helps in establishing market Potenzial, competition, consumer demand for a good or service and financial forecasting. (...) FDI can assist transitional economies change this aspect of their market simply by demanding such information be available. FDI can help this by importing transparent and ethical business policies and structures.“¹²⁸

Auch Bushman und Piotroski, die in ihrer Studie Determinanten der *corporate transparency* untersuchen, machen eine für die vorliegende Arbeit wichtige Bemerkung: „Outside investors demand for more financial and governance transparency to protect their property rights“.¹²⁹

Abschließend lässt sich also festhalten, dass FDI zwar durchaus kontroverse Effekte zugeschrieben werden. Jedoch zeigen die oben vorgestellten Studien, dass Staaten bzw. Sektoren, die sich durch die Einwerbung von ausländischen Investitionen in die Weltwirtschaft integrieren und damit dem Druck der transportierten Normen von *corporate governance* und Transparenz begegnen, ihr institutionelles Umfeld schneller ändern können.

¹²⁷ Jensen et al. 2011: 6.

¹²⁸ Kennedy King 2003: 5.

¹²⁹ ushmann et al. 2004: 220.

3.4 Transparenz und externe Einflüsse der EU

Die externe Demokratieförderung – die der EU insbesondere – basiert traditionell auf zwei Modellen:¹³⁰ Das erste Modell betrachtet Demokratisierung als einen durch Konditionalität herbeigeführten Prozess.¹³¹ Diesem sogenannten *Leverage*-Modell liegt ein intergouvernementaler *Bargaining*-Prozess zugrunde, in dem ein externer Akteur, beispielsweise die EU, bestimmte Anreize (finanzielle und technische Unterstützung, Handelsabkommen, Assoziierungsverträge oder EU-Mitgliedschaft) einem Drittland zur immer gleichen Verfügung stellt, um damit das Land zur Übernahme der geforderten Regeln für eine demokratische Entwicklung zu zwingen. Die Regierung der Zielländer trifft die Entscheidung hinsichtlich der Regelübernahme auf Basis einer rationalen Kosten-Nutzen-Kalkulation, ob die versprochene Belohnung die erwarteten Adoptionskosten übertrifft. Die Effektivität dieses Modells hängt in erster Linie von der Größe und Zuverlässigkeit der Belohnungen ab.¹³² Lediglich der höchste Anreiz (die EU-Mitgliedschaft) ist für die meisten Länder imstande, die erheblichen Adoptionskosten auszubalancieren.¹³³ Die Effektivität des *Leverage*-Ansatzes, der anhand der politischen Konditionalität die politische Elite dazu zwingen möchte, demokratische Reformen auf der *Polity*-Ebene durchzusetzen, wird deswegen außerhalb des Erweiterungskontextes angezweifelt.¹³⁴

Das zweite Modell der externen Demokratieförderung legt sein Augenmerk auf die sozioökonomische Entwicklung und Sozialisationsprozesse. Das Modell geht von der Annahme aus, dass Demokratisierung ein mehrstufiger Prozess ist, in dem sozioökonomische Entwicklung zu gesellschaftlichem Pluralismus führt und auf diesem Wege die Entstehung einer starken Mittelschicht begünstigt, die wiederum politische Partizipation und Rechenschaft der Regierung fordert.¹³⁵ Das *Linkage*-Modell sieht die wesentliche Rolle der externen Demokratisierungsakteure in der Verbesserung der sozioökonomischen Bedingungen und der direkten Unterstützung von sogenannten *Bottom-up*-Initiativen, z.B. durch die Unterstützung der Zivilgesellschaft.¹³⁶ Trotz der

¹³⁰ Zum Vergleich der beiden Modelle vgl. Levitsky, Way 2005. Linkage ist folgendermaßen definiert: „the density of a country's tie to countries or bodies such as the USA, the EU and other western-led multilateral institutions“. Leverage wird hingegen definiert als „ (...) a (non-Western) government's vulnerability to external pressure“. Levitsky, Way 2005: 21.

¹³¹ Schimmelfennig, Engert, Knobel 2003; Schimmelfennig 2004.

¹³² vgl. Schimmelfennig, Scholtz 2008: 190f.

¹³³ Schimmelfennig, Engert, Knobel 2003; Schimmelfennig, Scholz 2008; Kempe 2007; Gawrich et al. 2009.

¹³⁴ vgl. Lavenex, Schimmelfennig 2011: 887.

¹³⁵ vgl. Lipset 1959.

¹³⁶ vgl. Lavenex, Schimmelfennig 2011: 891.

Tatsache, dass die EU die Demokratieförderung finanziell wie institutionell stark ausbaute, fiel deren Wirkung moderat aus.¹³⁷ So lässt sich resümieren, dass diese beiden Modelle der externen Demokratieförderung in den EU-Nachbarländern mit Herausforderungen konfrontiert sind.

Ausgehend von den Grenzen und Fehlern der diesen Modellen zugrundeliegenden *Top-down*-Konditionalität einerseits und der *Bottom-up*-Sozialisation im Kontext der ENP andererseits, wird neuerdings in der Europäisierungsforschung ein alternatives Modell der Demokratieförderung im Rahmen der ENP diskutiert, auf welches sich die vorliegende Arbeit bei der Analyse der Transparenz im Energiesektor postsowjetischer Staaten stützen wird. Das Modell des „demokratischen Regierens“¹³⁸ unterscheidet sich von den oben vorgestellten Modellen auf dreierlei Art. Erstens zielt es nicht auf eine Demokratisierung der Institutionen und Prozesse auf der *polity*-Ebene, wie etwa Wahlen, Parteien oder Parlamente (wie im Fall des *Leverage*-Ansatzes) oder die Entwicklung einer demokratischen Kultur (wie im Fall des *Linkage*-Ansatzes), ab, sondern auf das demokratische Regieren innerhalb einzelner Sektoren, in denen es im Rahmen der ENP mit der EU Kooperationen gibt. Das Modell wirkt zwar ebenfalls wie das *Linkage*-Modell mittels Sozialisationsprozessen. Sein Fokus liegt jedoch nicht auf der Zivilgesellschaft, sondern auf sogenannten transgouvernementalen politischen Netzwerken, zu denen in erster Linie Teileinheiten der öffentlichen Verwaltung gehören. Die folgende Tabelle veranschaulicht die wesentlichen Unterschiede zwischen den drei Modellen. Im Folgenden wird das Modell des demokratischen Regierens kurz erläutert.

Tabelle 3: Modelle der Demokratieförderung im Vergleich (in Anlehnung an Lavenex, Schimmelfennig 2011: 890)

	Linkage	Leverage	Governance
Ziel	Gesellschaft	Polity	Sektor
Erw. Ergebnis	demokratische Kultur	demokratische Institutionen	demokratisches Regieren
Kanal	transnational	intergouvernemental	transgouvernemental
Mittel	Sozialisation	Konditionalität	Sozialisation

¹³⁷ vgl. Lavenex, Schimmelfennig 2011: 900.

¹³⁸ Aus dem Englischen democratic governance model.

Mit der Einführung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) intensivierte die EU die funktionale Kooperation in einem breiten Spektrum an Sektoren, unter denen auch der Energiebereich seinen Platz fand. Diese Entwicklung gab Anlass dazu, eine andere – governance-orientierte – Perspektive auf die Demokratisierung in ENP-Ländern zu nehmen.

Um die gemeinsamen Grundlagen weiter auszubauen und die Integration der ENP-Länder auf sektoraler Ebene auch außerhalb der Mitgliedschaft voranzutreiben, orientiert sich die Kooperation mit der EU an der Annäherung der rechtlichen und administrativen Praktiken der ENP Länder an den gemeinschaftlichen Besitzstand der EU, den *acquis communautaire*. Infolge dieser Kooperation entstehen neue Strukturen von *external governance*,¹³⁹ die stabile horizontale Beziehungen zwischen den öffentlichen Administrationen der EU-Länder und der ENP-Länder etablieren. Da der *acquis communautaire* durch und für demokratische Länder gestaltet wurde, verkörpert er oft Normen und Prinzipien des demokratischen Regierens, deren Vorhandensein in halbautoritären oder Transformationsländern nicht als selbstverständlich angenommen werden kann. Vor diesem Hintergrund zielt die funktionale sektorale Kooperation nicht ausschließlich auf rechtliche Angleichung und Problembehandlung ab, sondern soll neue Regierungsmuster in Ländern entstehen lassen.¹⁴⁰

Das Modell des demokratischen Regierens baut auf der Annahme auf, dass die Intensivierung der Beziehungen zwischen der EU und den ENP-Ländern durch sektorale Kooperation eine neue Form der Demokratieförderung darstellt. Diese ist in sektorale *acquis*, länderspezifische Aktionspläne und andere spezifische Policy-Programme eingebettet. Bemerkenswert für die Untersuchung der möglichen Einflüsse dieses Modells auf die Transparenz ist die Multidimensionalität des Modells: Es umfasst drei Dimensionen, entlang welcher sich demokratisches Regieren in seiner Qualität unterscheiden kann: Transparenz, Accountability und Partizipation. Innerhalb dieses Konzeptes wird Transparenz recht klassisch definiert: “[T]ransparency refers both to issue-specific data and to governmental provision of information about decision-making“.¹⁴¹ Der hier verwendete Begriff des demokratischen Regierens entspricht also der Verwirklichung

¹³⁹ Lavenex 2004.

¹⁴⁰ vgl. Freyburg 2011a: 7.

¹⁴¹ Freyburg et al. 2009: 917.

demokratischer Prinzipien im administrativen Alltag.¹⁴² Das Ziel des Modells ist daher nicht nur die Übernahme, sondern auch die Implementierung von demokratischen Regeln und Normen.

Wichtig bei diesem Modell ist der Kanal, durch welchen demokratisches Regieren gefördert werden kann. Wie oben erwähnt, umfasst die funktionale Kooperation die Etablierung von funktional orientierten transgouvernementalen Beziehungen, die durch Bildung von Netzwerken gekennzeichnet sind und sich wie folgt definieren lassen: „[P]attern[s] of regular and purposive relations among like government units working across borders that divide countries from another and that demarcate the 'domestic' from the 'international' sphere“.¹⁴³ Der Begriff „transgouvernemental“ weist auf Beziehungen zwischen Teileinheiten der Exekutive, d.h. „when they act relatively autonomously from higher authority in international politics“.¹⁴⁴ Nach dieser Logik wird die sonst häufig anzutreffende Annahme relativiert, dass ein Nationalstaat als *unitary actor* auftritt. Die funktionale Kooperation, die grundsätzlich im Rahmen solcher Netzwerke stattfindet, stellt ein Ort der Sozialisation dar, in dem Staatsbeamte aus den Verwaltungen der EU-Nachbarländer und der EU interagieren. Während dieser Interaktionen können Staatsbeamte aus EU-Nachbarländern mit den administrativen Praktiken vertraut gemacht und in die Prinzipien des demokratischen Regierens eingewiesen werden.

Die ersten Ergebnisse zeigen, dass dieses Modell subtile Prozesse demokratischer Sozialisation hervorrufen kann¹⁴⁵: In ihrer empirischen Überprüfung des Modells in drei Sektoren (Flüchtlings-, Wettbewerbs- und Umweltpolitik) für vier Länder (Jordanien, Moldova, Marokko und Ukraine) zeigen Freyburg et al., dass die EU auch bei Abwesenheit der Beitrittsperspektive durchaus imstande ist, die Länder zur Übernahme sektorspezifischer demokratischer Regeln zu überzeugen.¹⁴⁶

In ihrer letzten Studie verschiebt Freyburg den Fokus von der Makro- auf die Mikroebene: Sie fragte, inwieweit die Teilnahme an den oben erwähnten transgouvernementalen Politiknetzwerken (wie beispielsweise Twinning-Projekten) die Einstellung von Staatsbeamten gegenüber Prinzipien des demokratischen Regierens ändern kann. Sie stellte fest, dass die Teilnehmer solcher Twinning-Projekte im Vergleich zu Nicht-Teilnehmern (zusätzlich zur Übernahme der Gesetzgebung) einen weitaus höheren Grad

¹⁴² vgl. Freyburg 2011a: 11.

¹⁴³ Slaughter 2004: 14, zit. nach Freyburg et al. 2007: 7.

¹⁴⁴ Keohane and Nye 1974: 41, zit. nach Freyburg et al. 2007: 7.

¹⁴⁵ vgl. Freyburg et al. 2009, Freyburg et al. 2011.

¹⁴⁶ vgl. Freyburg et al. 2011: 1045.

der Unterstützung von demokratischen Praktiken aufweisen.¹⁴⁷ Jedoch weisen die Ergebnisse der Studie auf ein interessantes (wenn auch erwartbares) Ergebnis hin: Staatsbeamte weniger stark politisierter Sektoren ließen sich stärker den Einflüssen der Sozialisation aussetzen.¹⁴⁸

Bei der Konzeptualisierung der Determinanten für eine effektive Förderung des demokratischen Regierens folgt das Modell dem institutionellen Ansatz,¹⁴⁹ der sich in erster Linie auf die Institutionalisierung der Kooperation innerhalb eines Sektors konzentriert. Das Modell des demokratischen Regierens baut konzeptuell auf einem Sozialisierungsprozess auf,¹⁵⁰ demnach vollzieht sich der Transfer der Normen und Regeln in Abhängigkeit von der Intensität, mit der sich die Administrationen eines Landes im Kontakt mit der EU befinden. Somit kann man erwarten, dass der Energiesektor in den Staaten transparenter ist, die sich in einer intensiveren energiepolitischen Kooperation mit der EU befinden.

4. Forschungsdesign

Aufbauend auf den theoretischen Grundlagen, die in Kapitel 3 erörtert wurden, werden im weiteren Verlauf die unabhängigen Variablen herausgearbeitet, indem sie konzipiert und operationalisiert werden. Anschließend werden die zu überprüfenden Hypothesen zusammengefasst und die Fallauswahl sowie Eingrenzung des Untersuchungszeitraums durchgeführt.

4.1 Unabhängige Variablen

4.1.1 UV1: Höhe der Renten im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung

Für die Konzeption der ersten Variable fließen die theoretischen Überlegungen aus der Ressourcenfluchttheorie mit ein. Demnach sollten vor allem Ressourcenstaaten, die hohe Rente erzielen, hochintransparent sein. Dahinter steht die Überlegung, dass vor dem Hintergrund schwacher politischer Institutionen die Kontrolle über die Verteilung der

¹⁴⁷ vgl. Freyburg 2011b: 1017.

¹⁴⁸ Bei ihrer Analyse wurden die Sektoren Umwelt- und Wettbewerbspolitik herangezogen.

¹⁴⁹ Lavenex, Schimmelfennig 2009.

¹⁵⁰ Wobei nicht auszuschließen ist, dass diesem auch Konditionalität angeschlossen sein kann

Rohstoff-Einkünfte den Machtinhabern einen entscheidenden Vorteil gibt: Hohe Renten können demnach zur Konsolidierung der bestehenden Regimes instrumentalisiert werden. Sie können beispielsweise zur Aufrechterhaltung der Patronage-Netzwerke genutzt werden, um Loyalität gegenüber der Machthabenden zu sichern. Wie bereits angedeutet wurde, erhöhen sich die Anreize für Korruption dort zwangsläufig, wo die Renten hoch sind und nur ein eingeschränkter Wettbewerb besteht. Vor allem Energiesektoren, die sich auf Öl- und Gasexporte spezialisieren, sind für *rent-seeking*-Aktivitäten anfällig, da dort ein Staatsmonopol der Förderung besteht. All das trägt dazu bei, dass Transparenz eingeschränkt wird, da Renten nur auf dieser Weise gesichert werden können.

Für ressourcenarme Staaten dagegen sind zur Sicherung der Energieversorgung meist umfangreiche Investitionen nötig. Da Transparenz eine wichtige Basis für die Anwerbung von Investitionen ist, ließe sich erwarten, dass diese Staaten an der Einführung von Transparenz besonders interessiert sind.

Daraus resultiert die erste Hypothese:

H1: Je höher die Renten im Energiesektor, desto niedriger der Grad der Transparenz im Energiesektor.

Da der Rentenbegriff im Kontext von Ressourcenfluch- und Rentierstaatstheorie in Kapitel 3.2. ausführlich diskutiert wurde, folgt an dieser Stelle die Operationalisierung der Variable „Höhe der Renten im Energiesektor“.

Diese wird in der einschlägigen Literatur durch die zwei folgenden Indikatoren operationalisiert:¹⁵¹

- Anteil der Ressourcenrente am BIP;
- Anteil der Ressourcenexporte am Gesamtexport oder am BIP;

Die geeignetste Vorgehensweise scheint es zu sein, den Anteil der Ressourcen exporte am Gesamtexport oder am BIP zu messen, denn gerade diese bilden das Außmaß der Renten für den gesamten Staat präzise ab. Aufgrund der düftigen Datenlage der nationalen Statistiken, die einen Vergleich über einen längeren Zeitabschnitt nicht ermöglichen, stößt diese Vorgehensweise jedoch an ihre Grenzen.

Konzeptionell bildet die erste Variable am ehesten jene Ressourcenrente ab, die von der Weltbank als Differenz von potenziellen Erlösen und Produktionskosten berechnet wird. Götz verweist zwar in diesem Zusammenhang auf ein simplifizierende Berechnung, vor allem in Bezug auf potenzielle Erlöse, und mahnt, dass sich die so gewonnenen

¹⁵¹ vgl. Götz 2011: 9.

Einnahmen von den tatsächlich erzielten unterscheiden.¹⁵² Da eine exakte Berechnung der Renten, wie erwähnt, kaum möglich ist und auch nicht im Fokus der Arbeit liegt, werden die Weltbankdaten für das vorliegende Forschungsdesign herangezogen.

Im Sinne der Theorie des Rentierstaates werden nur unverarbeitete Rohstoffe und darunter die Exporte der „*point resources*“ – also konzentrierte Ressourcen – Erdöl und Erdgas berücksichtigt, denn einerseits sind nur diese imstande, die Wirtschaft eines Landes zu dominieren, und andererseits können sie aufgrund ihrer Konzentration in den Händen von wenigen (oder des Staates) akkumuliert werden.¹⁵³ Aus diesem Grund werden hier die Öl- und Gasrenten im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt verwendet.

Neben Rohstoffrenten kann die sogenannte Lage-Rente (Differenz aus Tarif und Gebühr minus Faktorkosten der Dienstleistungen, wie Gebühren für Pipeline-Benutzung) als Rente bezeichnet werden, denn diese erfüllt einerseits die notwendige Voraussetzung des Rentenbegriffes – eingeschränkte markt wirtschaft liche Konkurrenzbedingung –, und sie wird monopolistisch durch den Staat abgeschöpft.¹⁵⁴ In Anlehnung an Götz¹⁵⁵ wird daher die Transitrente miteinbezogen, die in den Staaten anfällt, über die Rohöl und Erdgas transportiert wird. Somit wird die erste Variable „Höhe der Renten im Energiesektor“ folgendermaßen operationalisiert:

1. Anteil der Öl- und Gasrente am BIP;
2. Anteil der Transitrente am BIP;

Die Daten werden den Publikationen der Weltbank (*Global Development Index*), der nationalen Zentralbanken und der jeweiligen Statistikämter entnommen.

4.1.2 UV2: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung

Die Konzeption der zweiten UV „Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor“ wird aus dem Forschungsstand der internationalen politischen Ökonomie abgeleitet, wo Globalisierungsprozessen und der Öffnung von Staaten, bzw. in unserem Fall des

¹⁵² vgl. Götz 2011: 10. Die Förderkosten werden von der Weltbank getrennt nach Ländern erfasst, während der Öl und Gaspreis für alle Länder und nicht differenziert zwischen Inlands- und Auslandsabsatz einheitlich angesetzt wird. Die entstehende Differenz, die Rente pro Produktionseinheit wird mit der Fördermenge multipliziert. Somit werden Beiträge ermittelt, die zwar als obere Grenze für die Rente interpretiert werden können, jedoch nicht die wirklichen Erlöse wiedergeben.

¹⁵³ vgl. Isham 2005: 150.

¹⁵⁴ vgl. Schmid 1997: 42.

¹⁵⁵ vgl. Götz 2011: 10.

Energiesektors, gegenüber multinationalen Konzernen eine positive Wirkung auf die Transparenz desselben zugeschrieben wird. In diesem Zusammenhang ist auf eine kontroverse Diskussion bezüglich der Logiken der Übernahme der Transparenzstandards hinzuweisen: Während Kwok und Tadesse in erster Linie auf der kulturellen Sozialisation oder Diffusion, die mit der Öffnung gegenüber Investoren einhergeht¹⁵⁶, beharren, plädieren Sandholtz und Gray, Sandholtz und Koetzler sowie Gerring und Thacker für eine Kombination von ökonomisch-rationalen und normorientierten Motiven.¹⁵⁷

Im Hinblick auf die Konvergenz mit internationalen Normen werden Akteure grundsätzlich von zwei Motiven geleiten: Dem Streben nach Nutzenmaximierung nach der rationalistischen „Logik der Konsequenzen“, oder dem Wunsch, in einer angemessenen Art und Weise zu handeln, wie es die konstruktivistische „Logik der Angemessenheit“ beschreibt.¹⁵⁸ Die erste Logik impliziert zielorientierte Akteure, die durch strategische Interaktionen ihren Nutzen zu maximieren versuchen, und ihre Entscheidungen auf Basis von strikten Kosten-Nutzen-Kalkulationen treffen: „To act in conformity with rules that constrain conduct is then based on rational calculation and contracts, and is motivated by incentives and personal advantage“.¹⁵⁹ Die „Logik der Angemessenheit“ impliziert dagegen eine starke Norm- und Werteorientierung. Demnach versuchen Akteure, für eine soziale Situation eine angemessene Norm zu finden und dieser Norm zu folgen: „Rules are followed because they are seen as natural, rightful, expected, and legitimate. Actors seek to fulfill the obligations encapsulated in a role, an identity, a membership in a political community or group, and the ethos, practices and expectations of its institutions. Embedded in a social collectivity, they do what they see as appropriate for themselves in a specific type of situation“.¹⁶⁰

Sandholtz und Gray heben in diesem Zusammenhang hervor, dass sich beide Logiken nicht gegenseitig ausschließen; sie interagieren vielmehr unter gegensätzlichen Vorzeichen.¹⁶¹ Dazu bemerken Gerring und Thacker:

“[...]outward (..) investment orientation should enhance links to the international economy and foreign business groups, and from thence to “Western” notions of acceptable business and political practices (...). Even if no sort of 'cultural diffusion' takes place between foreign and domestic groups, internationally oriented groups may find it in their material interest to adopt business and political practices

¹⁵⁶ vgl. Kwok, Tadesse 2006: 4.

¹⁵⁷ vgl. Sandholtz, Koetzle 2000: 39f; vgl. Sandholtz, Gray 2003: 762; vgl. Gerring, Thacker 2005: 236f.

¹⁵⁸ March, Olsen 1989.

¹⁵⁹ March, Olsen 2004: 5.

¹⁶⁰ March, Olsen 2004: 3.

¹⁶¹ vgl. Sandholtz, Gray 2003: 763.

consistent with those of their primary foreign trade and investment partners. An inward orientation, by contrast, may give business and government alike a more domestically oriented perspective, one relatively insulated from foreign influences".¹⁶²

In Anlehnung an diese Überlegungen wird an dieser Stelle nicht zwischen den beiden Logiken unterschieden. Die Übernahme von Transparenzstandards im Energiesektor findet vielmehr eine doppelte Erklärung. Einerseits kann angenommen werden, dass multinationale Unternehmen westliche Normen in den Energiesektor eines Landes importieren. Andererseits kann davon ausgegangen werden, dass Staaten, deren Energiesektoren hohe FDI-Zuflüsse erfahren, ihre Transparenz erhöhen, um beispielsweise die Nachfrage der ausländischen Investoren nach Transparenz zu befriedigen und somit weiteres Kapital in den Sektor anzuwerben. Ausgehend von diesen Überlegungen wird die zweite Hypothese postuliert:

H2: Je höher die Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, desto höher der Grad der Transparenz im Energiesektor.

Unter ausländischem Kapital werden in der Literatur in erster Linie ausländische Direktinvestitionen verstanden und in den bereits erwähnten Studien auch so operationalisiert. Zur Messung des ausländischen Kapitals kann man entweder dessen Zufluss (FDI *inward flow*) oder den Bestand (FDI *inward stock*) verwenden. Der Investitionszufluss sagt vor allem etwas darüber aus, wie attraktiv eine Wirtschaft für Direktinvestitionen zu einem gegebenen Zeitpunkt ist¹⁶³, während der Bestand einige Vorteile hinsichtlich der Operationalisierung der Variable bietet: „Whereas flow indices show only yearly fluctuations in capital penetration, FDI stock provides better insights into the cumulative extent of foreign investment within a country as well as its historical record as a host to FDI. In short, it is a less ephemeral measure (...)“.¹⁶⁴

Da ich hier die Auswirkung von FDI untersuchen möchte, ist es sinnvoll, die Rolle des **vorhandenen Kapitals** in Betracht zu ziehen, mithin also den Anteil der durch ausländisches Kapital erbrachten Wirtschaftsleistung. Daher nehme ich den Investitionsbestand als Grundlage. Für diesen selber gibt es wiederum zwei Berechnungsvarianten. Entweder erstellt man ein Saldo aus der Summe an ausgehenden und eingehenden Investitionen oder man summiert lediglich die eingehenden Direktinvestitionen auf. Ich benutze hier die zweite Möglichkeit, da die Bedeutung

¹⁶² Gerring, Thacker 2005: 236.

¹⁶³ vgl. Blanton, Blanton 2009: 477.

¹⁶⁴ Blanton, Blanton 2009: 477.

ausländischen Kapitals im Lande nicht dadurch geschmälert wird, dass das Land selber in Drittländern investiert. Ich setze diese Größe mit der Bruttowertschöpfung (BWS) des Energiesektors ins Verhältnis. Die BWS ist der Gesamtwert der im Sektor erzeugten Produkte. Die BWS scheint mir ein geeigneteres Maß als das BIP, weil erstens nur sie eine sektorenbezogene Angabe ermöglicht¹⁶⁵ und zweitens dadurch die Größe des Sektors im Vergleich zur Gesamtwirtschaft relativiert wird.

Die UV 2 wird wie folgt operationalisiert:

- Anteil des Bestandes an Direktinvestitionen im Energiesektor im Verhältnis zur Bruttowertschöpfung des Energiesektors eines Landes

Als Datenquelle werden die Publikationen der nationalen Statistikämter und von UNCTAD für die Berechnung der Direktinvestitionen verwendet. Für die Angaben zur sektoralen Bruttowertschöpfung beziehe ich mich auf die jeweiligen Nationalbanken, und zwar auf den Punkt „*Mining and quarrying*“ laut dem Special Data Dissemination Standard¹⁶⁶ des Internationalen Währungsfonds.

4.1.3 UV 3 Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor: Konzeption und Operationalisierung

Die dritte Variable, die dem Forschungsdesign der Arbeit zugrunde liegt, lässt sich aus den theoretischen Vorüberlegungen zum Modell des demokratischen Regierens ableiten. Demnach vollzieht sich der Regeltransfer zur Herstellung von Transparenz im Energiesektor infolge des Ausbaus der Kooperation zwischen der EU und einem Land im Energiesektor. Anlehnend an institutionelle Annahmen wird vor allem der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor eine ausschlaggebende Rolle zugeschrieben. Hierbei kristallisiert sich ein wichtiges Element der Definition der Institutionalisierung der sektoralen Kooperation heraus. Wie in Kapitel 3.4 dargelegt, zielt die Institutionalisierung dieser Beziehungen im Energiesektor auf die Etablierung einer besonderen Art der Zusammenarbeit – horizontale transgouvernementale Politiknetzwerke, die einen (zusätzlichen) Ort für eine Sozialisation der Staatsbeamten der ENP-Länder konstituieren. Demnach erfasst die Institutionalisierung der Kooperation die **formalisierte transgouvernementale Kooperation** zwischen der EU und den ENP-

¹⁶⁵ Das BIP als nationale Gesamtgröße lässt sich nicht in einzelne Wirtschaftsbereiche aufteilen.

¹⁶⁶ vgl. IMF: Dissemination Standards Bulletin Board. Online: <http://dsbb.imf.org/pages/sdds/home.aspx>, zuletzt geprüft am 10.08.2012.

Ländern im Energiesektor. Wie oben dargelegt, kann die sektorale Kooperation in transgouvernementalen Netzwerken tatsächlich sowohl die Einstellung der Beamten ändern, als auch eine Änderung der Gesetzgebung im Hinblick auf die Einführung demokratischer Prinzipien, darunter Transparenz, bewirken. Denn wie Lavenex und Schimmelpfennig treffend zusammenfassen: „The reason is that transgovernmental networks between EU and Member State administrative officials and experts, on the one hand, and administrative officials of the partner countries, on the other, are expected to facilitate communication, and, by engaging third countries in joint problem solving, facilitate rule transfer“.¹⁶⁷

Als dritte Hypothese lässt sich demnach postulieren:

H3: Je höher der Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor, desto höher der Grad der Transparenz im Energiesektor.

Die Bestimmung der Variable wird entlang der im Folgenden vorzustellenden Ebenen erfolgen und anschließend in einem Index aggregiert erfasst. Für jede Initiative kann ein Land dabei maximal einen Punkt erhalten, der sich wiederum aus vier Komponenten zusammensetzt.

Freyburg et al. betrachten als Indikator für die Institutionalisierung der sektoralen Kooperation die Mitgliedschaft in bilateralen bzw. regionalen Initiativen, die einen spezifischen Sektor betreffen. Dieses Maß möchte ich hier als erste Komponente des Indexes übernehmen.

Jedoch steht im Zentrum dieser Arbeit nicht das mehrdimensionale Konzept des demokratischen Regierens, sondern nur einer seiner drei Bestandteile, nämlich Transparenz. Deswegen soll an dieser Stelle differenzierter vorgegangen werden, indem überprüft wird, inwieweit die existierenden Initiativen explizit den Aspekt der Transparenz im Energiesektor beinhalten. Die Teilnahme an energiepolitischen Initiativen fördert zwar grundsätzlich die Sozialisation der Staatsbeamten hin zu demokratischen Praktiken, die explizite Beschäftigung mit Transparenz jedoch erhöht die Chancen, dass sich die Sozialisierungseffekte gezielter entfalten. Die EU betont Transparenz als einen der Grundbestandteile in der Energiekooperation mit ihren Partnerstaaten: Außer der EITI-Initiative, die von der EU auch unterstützt wird,¹⁶⁸ und einigen bilateralen Dokumenten mit ENP-Ländern zur Sicherung der finanziellen Transparenz des Energiesektors verankert wird, fungiert vor allem die Richtlinie 2003/55/EC als Impulsgeber für Transparenz in

¹⁶⁷ Lavenex, Schimmelpfennig 2011: 897.

¹⁶⁸ Die EITI beschränkt sich nicht nur auf ressourcenreiche Länder, sondern steht prinzipiell allen Ländern unabhängig von der Ressourcenausstattung offen.

Gassektoren.¹⁶⁹ Die Teilnahme an einer Initiative, die sich explizit auf die oben erwähnten Transparenzprinzipien bezieht oder Transparenz des Energiesektors selbst zum Ziel hat, ist der zweite Teil des Indexes.

Außerdem wird geprüft, ob im Rahmen der Kooperation Arbeitsweisen im Sinne von transgouvernementalen Netzwerken vorgesehen sind. Darunter ist in erster Linie das Zusammenbringen von Staatsbeamten, Vertretern der Ministerien und nationalen Öl- und Gasunternehmen sowie Experten gemeint. Diese können im Rahmen der Kooperationsausschüsse, Unterausschüsse oder Arbeits- und Panelgruppen tätig sein, die für die Überwachung der Implementierung oder für die Erarbeitung von Arbeitsplänen zuständig sind. Sollte dies der Fall sein, so bildet dies die dritte Komponente des Indexes.

Abschließend ist zu untersuchen, ob regelmäßige Treffen vorgesehen sind. Denn dies impliziert, dass durch einen ständigen Wissensaustausch ein intensiverer Sozialisierungsprozess stattfindet.¹⁷⁰ Dies ist die vierte Komponente des Indexes. Für die Erfüllung einer der Komponenten erhält ein Land je Initiative 0,25 Punkte, so dass die regelmäßige Teilnahme an einer sich explizit auf Transparenz beziehenden, transgouvernemental arbeitenden Initiative einem Punkt entspricht.

Wie oben erwähnt, beziehen sich sektorale transgouvernementale Beziehungen auf die horizontale Beziehungen zwischen den Teileinheiten der Regierung eines Nachbarstaates bzw. ENP-Landes, also Staatsbeamten einerseits und Spezialisten der Verwaltung der EU-Mitgliedsstaaten andererseits, die als Experten zur Lösung sektorspezifischer Probleme in ein Land geschickt werden. Wie Freyburg anmerkt, können vor allem (aber nicht nur) Twinning-Projekte¹⁷¹ als musterhaftes Instrument aus dem Spektrum transgouvernementaler Politiknetzwerke angesehen werden.¹⁷² Zum einen sind Twinning-Projekte besonders relevant, da sie neuerdings vor allem in Bereichen gegründet werden, die zu den exklusiven Sphären der Exekutive zählen. Sie sind ein Instrument für die

¹⁶⁹ siehe Kap. 2.2. Die Richtlinie regelt unter anderem folgende Bereiche: Einen nicht diskriminierenden Zugang Dritter zu den Erdgasfernleitungs- und -verteilernetzen und Entflechtung und Transparenz der Rechnungslegung der Erdgasunternehmen. Es sollen getrennte Konten für jede Tätigkeit in den Bereichen Fernleitung, Verteilung, LNG und Speicherung geführt werden, so als ob die betreffenden Tätigkeiten von separaten Unternehmen ausgeführt würden (Art. 17). Darüber hinaus sieht sie die Etablierung der unabhängiger Regulierungsbehörden zur Einhaltung von Transparenz und Wettbewerb auf dem Markt vor (Art. 25).

¹⁷⁰ vgl. Padgett 2011: 1079.

¹⁷¹ Twinning ist ein von der EU finanziertes Instrument zum Auf- und Ausbau öffentlicher Strukturen („institution building“). Es wurde 1998 im Rahmen der Heranführungsstrategie von EU-Beitrittskandidatenländern gegründet und richtete sich an die Länder in Mittel- und Osteuropa. Seit 2007 ist Twinning auch ein Kooperationsinstrument der ENP. Finanziert durch ENPI richten sich die Projekte an Länder ohne EU-Beitrittsperspektive. Twinning-Partner sind bislang die GUS-Staaten Armenien, Aserbaidschan, Moldau und Ukraine sowie Georgien, die Mittelmeeranrainerstaaten Ägypten, Algerien, Israel, Jordanien, Libyen, Marokko und Tunesien.

¹⁷² vgl. Freyburg 2011b: 1009.

Kooperation zwischen einer Teileinheit der öffentlichen Verwaltung in einem Zielland und einer äquivalenten Behörde in einem EU-Land: Ein Team europäischer Experten, zu dem 1-2 langfristige und bis zu 30 kurzfristige Kräfte gehören, unterstützen das Nutznießer-Land durch Training und Reorganisation sowie durch Vorbereitung von Gesetzesentwürfen, die den EU-*acquis* zum Vorbild haben. Da der *acquis* oft Regeln beinhaltet, die explizit oder implizit Transparenz fordern, kann angenommen werden, dass die empfohlene Politik auch Elemente der Transparenz beinhaltet. Zum anderen basieren Twinning-Projekte auf intensiven Arbeitsbeziehungen zwischen den EU- und den Nachbarstaaten, die sich außerdem über einen langen Zeitraum erstrecken. Daher nimmt Freyburg an, dass dies dazu beiträgt, Staatsbeamte mit demokratischen administrativen Praktiken vertraut zu machen. Dem Sozialisierungspotenzial der Twinningprogramme wird in Literatur und Politik Rechnung getragen: So betonte die EU selbst im Rahmen der Erweiterungsrunde, dass „[t]wo of the most important, non-measurable but visible results of twinning are network building and change of attitudes and behaviour“¹⁷³, woraus ein „change [of] administrative cultures“¹⁷⁴ folgt. Ich bewerte die Teilnahme an einem Twinning-Projekt mit einem vollen Punkt. Bei mehreren Projekten, wird deren Punktezahl addiert.¹⁷⁵

TAEIX ist ein anderes Instrument, mit dem sektorspezifische Problemlösungen erarbeitet werden oder Rechtsberatung im Kontext der Gesetzesangleichung an den *acquis communautaire* geleistet wird. Diese bieten zwar transgouvernementale Kanäle, sind allerdings kurzfristig angelegt und umfassen im Gegensatz zu Twinning, deren Laufzeit zwischen 12 und 24 Monate beträgt, nur einmalige Veranstaltungen wie Seminare oder Workshops zu einem bestimmten Thema in einem Sektor. Aufgrund dieser Kurzfristigkeit wird die Teilnahme an einer TAEIX-Veranstaltung mit jeweils 0,75 Punkten bewertet.

Der von mir erarbeitete Index beinhaltet demnach die Teilnahme an Twinning- bzw. TAEIX-Projekten sowie alle Kooperationen im Rahmen der energiepolitischen Foren unter der EU-Ägide. Die für die einzelnen Projekte und Initiativen erreichten Punktzahlen werden zum Schluss addiert.

Diese Variable lässt sich durch die Analyse von Primärliteratur, wie Dokumenten und Publikationen der Europäischen Kommission, und teils unter Hinzuziehung von Sekundärliteratur auswerten.

¹⁷³ European Court of Auditors: Special Report no. 6/2003, zit. nach Freyburg 2011b: 1010.

¹⁷⁴ European Commission 2003: 141.

¹⁷⁵ Die Twinning-Projekte erstrecken sich auf viele Subsektoren wie Nuklearenergie oder Energieeffizienz bzw. erneuerbare Energien. Da im Fokus der Arbeit die Transparenz im Öl- und Gassektor steht, werden ausschließlich Projekte mit diesem Schwerpunkt berücksichtigt.

4.2 Zusammenfassung der Hypothesen

Entsprechend des im Rahmen der Arbeit erarbeiteten Forschungsstandes im Hinblick auf die Relevanz ausgewählter Faktoren für die Transparenz im Energiesektor, sollen die folgenden drei Hypothesen im Rahmen der empirischen Untersuchung überprüft werden:

H1: *Je höher die Renten im Energiesektor, desto niedriger der Grad der Transparenz im Energiesektor.*

H2: *Je höher die Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, desto höher der Grad der Transparenz im Energiesektor.*

H3: *Je höher der Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor, desto höher der Grad der Transparenz im Energiesektor.*

4.3 Methode, Fallauswahl und Untersuchungszeitraum

Um die im vorangegangenen Kapitel aufgestellten Hypothesen zu prüfen, wird im Folgenden eine intraregionale Fallstudie entwickelt, welche die Vergleichende Methode in einer *small-n* Anordnung verwendet. Ich möchte hier die Länder der ehemaligen Sowjetunion bis auf die baltischen Staaten untersuchen, also eine intraregionale Studie vornehmen. Mögliche Fälle sind die Länder Armenien, Aserbaidschan, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland, Tadschikistan, Turkmenistan, die Ukraine und Usbekistan. Die im Folgenden zu identifizierenden Fälle werden mit Hilfe der Differenzmethode (*method of difference*) analysiert.¹⁷⁶ Das bedeutet, dass die Fälle einen möglichst konstant gehaltenen Kontext haben, sich dafür in der Ausprägung der unabhängigen Variablen möglichst stark unterscheiden. Diesem Design liegt folgende Überlegung zugrunde: Wenn ein Phänomen in einem Kontext auftritt, in einem anderen aber nicht und sich diese beiden Kontexte allein in einer Variable unterscheiden, dann muss diese Variable die Ursache des Phänomens sein. Alle Variablen wurden im Vorhinein induktiv anhand des aktuellen Theoriestandes als für das untersuchte Phänomen, in diesem Fall also die Transparenz des Energiesektors, relevant herausgearbeitet. Der Kontext wird durch Kontrollvariablen gebildet, für die im Einklang mit den in Kapitel 3.1 gemachten Ausführungen die Qualität der Institutionen und die wirtschaftliche Entwicklung herangezogen werden.

¹⁷⁶ vgl. van Evera 1997: 57.

Ausgehend von der Fragestellung werden also Fälle ausgewählt, die durch schwache politische Institutionen gekennzeichnet sind. Dies ergibt sich auch aus der Ressourcenfluchttheorie, wo viele neuen Studien bestätigen, dass „the resource curse only appears in countries with inferior institutions“.¹⁷⁷

Die Qualität der Institutionen wird mit Hilfe der von der Weltbank entwickelten *Worldwide Governance Indicators* gemessen. Zu den sechs Indikatoren zählen *Voice and Accountability*, *Political Stability and Absence of Violence*, *Government Effectiveness*, *Regulatory Quality*, *Rule of Law* und *Control of Corruption*. Vor dem Hintergrund meiner Forschungsfrage schließe ich den Indikator *Voice and Accountability* aus, da hier zum einen große Überschneidungen mit der abhängigen Variable auftreten¹⁷⁸ und auch hier die Wirkrichtung nicht klar ist.¹⁷⁹ Sollte, wie in einigen Publikationen angenommen¹⁸⁰, Transparenz *Accountability* hervorbringen, wäre dies ebenfalls ein Grund, *Accountability* als Kontrollvariable auszuschließen. Die Ausprägung der ersten Kontrollvariable wird in der folgenden Tabelle verdeutlicht. Der Wert ist der Mittelwert der folgenden Indikatoren *Control of Corruption*, *Government Effectiveness*, *Regulatory Quality* und *Rule of Law* und *Political Stability and Absence of Violence* des jeweiligen Landes über den gesamten Untersuchungszeitraum (1999-2011).¹⁸¹ Ein Land sollte höchstens einen Wert von -1,00 aufweisen.

Tabelle 4: Ausprägung der Kontrollvariable „Qualität der Institutionen“. Quelle: Weltbank

Land	Governance-Index	Land	Governance-Index
Turkmenistan	-1,51	Kirgisistan	-0,74
Usbekistan	-1,24	Kasachstan	-0,74
Tadschikistan	-1,17	Russland	-0,66
Belarus	-1,04	Moldau	-0,51
Aserbaidshan	-0,85	Georgien	-0,46
Ukraine	-0,75	Armenien	-0,30

¹⁷⁷ Mehlum et al. 2006: 3; vgl. auch Pitlik et al. 2010: 178; Luong, Weinthal 2006.

¹⁷⁸ Für den Indikator werden z.B. Transparency of public action in the economic field und Transparency of economic policy gemessen.

¹⁷⁹ für eine ausführliche Diskussion vgl. Hood 2010; Bellver, Kaufmann 2005: 4; Heald 2006b: 63.

¹⁸⁰ vgl. Fox 2007.

¹⁸¹ Die Indikatoren werden alle zwei Jahre erstellt, so dass für 1999 und 2011 der Wert des Vorjahres verwendet wird.

Turkmenistan, Usbekistan, Tadschikistan und Belarus weisen demnach zu schlechte Governance-Noten auf, um hier untersucht werden zu können.

In die Konzeption der zweiten Kontrollvariable „wirtschaftliche Entwicklung“ fließen Überlegungen aus dem Kap. 3.1. mitein, nach der eine positive Korrelation zwischen der Entfaltung der institutionellen Transparenz und dem wirtschaftlichem Stand eines Staates postuliert wird. Um diesen potenziellen Einfluss möglichst gering zu halten, werden nur die Länder berücksichtigt, die eine gleich hohe wirtschaftliche Entwicklung aufweisen.¹⁸²

Die zweite Kontrollvariable wird anhand des durchschnittlichen Pro-Kopf-Einkommens während des Untersuchungszeitraums gemessen. Als Datenquelle dienen hierzu die World Development Indikatoren, die ebenfalls von der Weltbank erarbeitet werden. In der folgenden Tabelle sind alle Länder hinterlegt, welche im Durchschnitt ein oberes mittleres Einkommen (*upper middle income*) nach der Definition der Weltbank verzeichneten (\$3.976 – \$12.275¹⁸³). Die Länder, welche in Übereinstimmung mit der ersten Kontrollvariable noch zur Verfügung stehen, sind dunkelgrau hinterlegt, die übrigen, die außerdem noch in diese Einkommenskategorie fallen, hellgrau.

Tabelle 5: Ausprägung der Kontrollvariable „wirtschaftliche Entwicklung“. Quelle: Weltbank

Land	Governance-Index	Land	Governance-Index
Tadschikistan	1422,44	Turkmenistan	4570,24
Kirgisistan	1744,64	Aserbajdschan	5060,62
Usbekistan	2046,60	Ukraine	5202,02
Moldau	2228,50	Kasachstan	8229,09
Georgien	3514,41	Belarus	8527,87
Armenien	3834,52	Russland	11480,08

Nach Anwendung der beiden Kontrollvariablen bleiben noch vier potenzielle Fälle zur Auswahl: Aserbajdschan, Ukraine, Kasachstan und Russland. Aus diesem Sample soll nun

¹⁸² Die Ansichten hinsichtlich der Kausalitätsrichtung zwischen Transparenz und wirtschaftlicher Entwicklung werden in der Literatur kontrovers diskutiert. Bellver und Kaufmann argumentieren, dass eine höhere institutionelle Qualität (darunter fällt Transparenz) zu besserer wirtschaftlicher Entwicklung führt. Vgl. Bellver, Kaufmann 2005: 28; vgl. auch Islam 2006: 127. Ross weist auf eine gegensätzliche Kausalitätsrichtung hin: “[R]icher citizens demand more information about their governments” Ross 2011: 6, d.h. wirtschaftliche Entwicklung führt zu höheren Transparenz. Da die Variable nur als Kontrollvariable konzipiert ist, scheint mir die Bestimmung der Kausalitätsrichtung nicht für die Untersuchung nicht entscheidend.

¹⁸³ World Bank: The Complete World Development Report: Income Levels. Online: <http://wdronline.worldbank.org/worldbank/a/incomelevel>, zuletzt geprüft am 10.08.2012.

anhand der Ausprägung der unabhängigen Variablen das Paar herausgesucht werden, welches bei diesen Variablen die größte Abweichung aufweist.

Im Hinblick auf die erste Variable „Höhe der Renten im Energiesektor“ weisen das Paar Aserbaidtschan und die Ukraine den höchsten Unterschied auf. Unter den drei ressourcenreichen Ländern (Aserbaidtschan, Kasachstan und Russland) weist vor allem Aserbaidtschan eine äußerst undiversifizierte Wirtschaftsstruktur auf, die sich ausschließlich auf Ölexporte konzentriert und den höchsten Anteil der Ressourcenrenten im Vergleich zum BIP besitzt.

Auch die Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor unterscheidet sich bei diesen beiden Fällen maximal. Aserbaidtschan ist unter allen postsowjetischen Ländern der Spitzenreiter bei der Anwerbung von FDI in den Öl- und Gassektor, gefolgt von Kasachstan, während Russland trotz der beträchtlichen Ressourcen nur mäßigen Erfolg bei der Anwerbung der FDI in den Sektor vorweisen kann.¹⁸⁴ In der Ukraine war ausländisches Kapital innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums kaum vorhanden.

In Bezug auf die Variable „Grad der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor“ eignen sich die Ukraine und Aserbaidtschan zum Vergleich am besten, da nur diese beide Länder im Rahmen der ENP Kooperationsbeziehungen im Energiesektor unterhalten. Doch weist die Ukraine hier mit der höheren Anzahl von Twinnings und TAEIX-Veranstaltungen und dem kürzlichen Beitritt zur Energiegemeinschaft einen viel höheren Grad der Institutionalisierung der Kooperation auf.

Insgesamt bilden also die Ukraine und Aserbaidtschan ein gutes Sample, da sie bei den Kontrollvariablen maximal ähnlich, bei den unabhängigen Variablen jedoch maximal verschieden sind.

Die vorliegende Analyse basiert auf der Auswertung der Primär- sowie Sekundärliteratur.

Als Untersuchungszeitraum habe ich die Zeit zwischen 1999 und 2011 ausgewählt. Der Eingrenzung der Periode liegt die Überlegung zugrunde, dass die allgemeine Forderung nach Transparenz Ende der 90er Jahre infolge der Finanzkrisen, vor allem der Asienkrise (1997/1998), aufgekommen ist.¹⁸⁵ Obgleich die Forderung nach Transparenz in Energiesektoren erst Anfang der 2000er verstärkt zu beobachten ist, bildet die Erweiterung der Zeitspanne um das Ende der 90er Jahre die Dynamik der Entwicklung des Transparenzgrades am besten ab.

¹⁸⁴ vgl. Esanov et al. 2001; Kenisarin, Andrews-Speed 2008.

¹⁸⁵ vgl. Ross 2011: 6; Bellver, Kaufmann 2005: 6.

5. Empirische Überprüfung

Im Folgenden sollen die in Kap. 4.2. zusammengefassten Hypothesen einer empirischen Überprüfung unterzogen werden. Dazu wird zunächst die Ausprägung der AV in den ausgewählten Fällen (Aserbaidtschan und Ukraine) bestimmt. Daran schließen sich die Ausprägungen der zuvor konzipierten UVs „Höhe der Renten im Energiesektor“, „Grad ausländischen Kapitals im Energiesektor“ sowie „Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor“ an. Die Bestimmung der Ausprägung jeder einzelnen UV wird mit einem Zwischenfazit abgerundet, in dem das Verhältnis der UVs zur AV und die Reichweite der jeweiligen Hypothesen festgestellt wird.

5.1 AV Grad der Transparenz im Energiesektor

5.1.1 Aserbaidtschan

Der aufgrund der in der Operationalisierung beschriebenen Messung erhaltene Grad der Transparenz im Energiesektor nimmt für Aserbaidtschan folgende Werte an:

Tabelle 6: Grad der Transparenz im Energiesektor, Aserbaidtschan

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Firmen	0	0	0	0	0	0,4	0,4	0,51	0,47	0,55	0,63	0,66	0,68
Staat	0,44	0,46	0,46	0,58	0,46	0,46	0,58	0,46	0,53	0,6	0,57	0,45	0,52
EITI	0	0	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	1
Gesamt	0,15	0,15	0,15	0,19	0,32	0,45	0,49	0,49	0,5	0,55	0,74	0,7	0,73

Der Grad der Transparenz in Aserbaidtschan befand sich im Untersuchungszeitraum in einem stetigen Wachstum. Bei genauerem Hinschauen hat der gouvernementale Teil des Indikators an diesem Wachstum recht wenig Anteil. Große Veränderungen gab es demgegenüber im unternehmensbezogenen Teil. Spätestens ab dem Jahre 2009 sind die Werte hier höher als die der staatlichen Organe. Folgt man Hallbach,¹⁸⁶ scheint es allerdings eine grundlegende Charakteristik Aserbaidtschans zu sein, in wirtschaftsbezogenen Rankings besser abzuschneiden als in politischen. Ich möchte die Ergebnisse im Folgenden für die beiden Bereiche getrennt diskutieren.

¹⁸⁶ vgl. Hallbach, Musayev 2011: 4

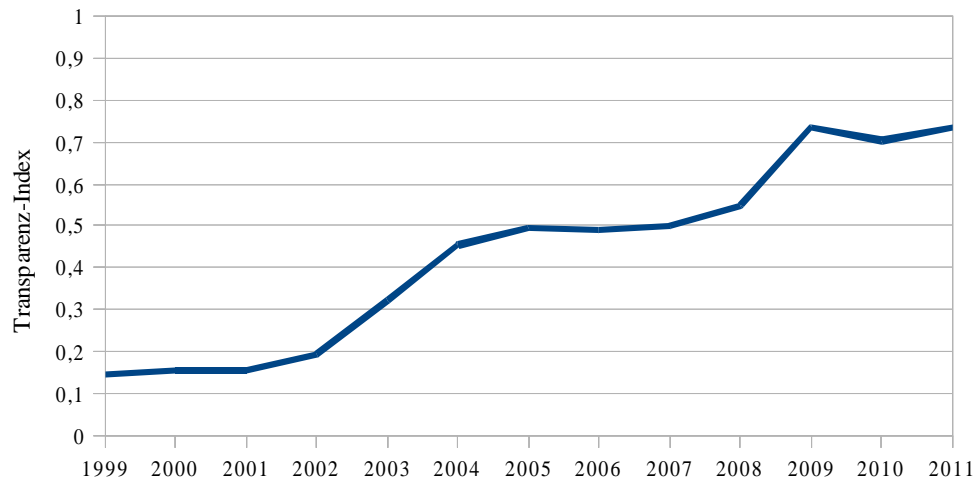


Abbildung 1: Grad der Transparenz im Energiesektor, Aserbaidtschan, akkumuliert

Der gouvernementale Teil des Indexes setzt mit einem mittleren Wert (0,44) ein und nimmt im Laufe des Untersuchungszeitraums zu. Die Zunahme ist jedoch moderat, so dass Aserbaidtschan im Jahr 2011 einen Transparenzgrad von 0,52 aufweisen kann. Die aus dem *Global Integrity Report* gewonnenen Teildaten erhöhen sich in den Jahren 2006-2009 um 0,13 Punkte und stabilisieren sich in der Folge auf diesem Niveau. Einen großen Anteil hat daran die Implementierung eines Auditsystems und der generell erleichterte Zugang zu Information und Haushaltsentscheidungen. Auch die anhand der Worldbank Daten gemessene Informationsoffenlegung erfährt ein Wachstum und pendelt sich ab etwa 2005 auf ungefähr 0,6 Punkte ein. Für das Jahr 2010 sind bisher nur sehr wenige Daten in die Datenbank der Weltbank eingetragen worden. Es ist demnach davon auszugehen, dass die Daten erst mit einer erheblichen Verzögerung an die internationalen Organisationen weitergeleitet werden, was auf eine verminderte Qualität der Informationen hinweist.

Der korporative Teil des Indexes zeigt ein wesentlich dynamischeres Bild. Hier sind für den Zeitraum von 1999 bis 2003 praktisch keine Daten über die Bilanzen der Staatsunternehmen erhältlich. Erst mit dem Jahre 2004 beginnt *State Oil Company of Azerbaijan Republic*, SOCAR, das bestimmende Staatsunternehmen im aserbaidtschanischen Energiesektor, seine Bilanzen zu veröffentlichen. Dies geschieht noch ohne unabhängigen Audit und ohne die Veröffentlichung von Rohdaten. Ein erster Audit wird erst 2008 erstellt, im Jahr darauf richtet man sich auch hier nach internationalen Standards. Die Berichte sind bis ins Jahr 2011 veröffentlicht, so dass von SOCAR inzwischen fast alle Transparenzstandards bis auf die Veröffentlichung disaggregierter Bilanzen erfüllt werden.

Die Werte des Global Integrity Reports für die Staatsunternehmen pendelt zwischen 0,63 und 0,56 auf einem mittleren Niveau, ohne dass es erkennbare Tendenzen nach oben oder unten gäbe.

Im Fall von Aserbaidtschan ist es interessant, diese Ergebnisse vor dem Hintergrund zu betrachten, dass Aserbaidtschan seit Jahren als einer der Vorreiter der globalen Transparenzbewegung aufgetreten ist.¹⁸⁷ Bereits 2003 begann Aserbaidtschan – als erstes Land überhaupt – EITI-Berichte zu veröffentlichen. Seit 2009 hat das Land das Prädikat „EITI-konform“ erhalten, für welches Kandidatenländer eine Reihe von Maßnahmen nachweisen müssen, um den Grad der Transparenz in der Rohstoffindustrie nachhaltig zu erhöhen. Vergleicht man diese aktive Politik mit den politischen Transparenzwerten, kann man kaum einen Effekt erkennen. Zwar wurden im Laufe der Jahre 14 EITI-Berichte erstellt, deren Qualität ist allerdings nur mäßig. Viele der möglichen Daten wurden nicht geliefert, und die Reliabilität der gelieferten ist nicht gegeben.¹⁸⁸ Weder werden genaue Produktionsmengen genannt, noch sind alle im Sektor arbeitenden Firmen erfasst. Auch die Wege, welche die Einnahmen nehmen, werden nicht erklärt. International hat Aserbaidtschan viel Lob dafür erhalten, dass es alle Verträge mit ausländischen Firmen (hauptsächlich *Product Sharing Agreements*) veröffentlicht hat. Dies ist im Vergleich zu anderen rohstoffreichen Ländern wie Kasachstan oder Turkmenistan ein großer Schritt. Dennoch gab es auch hier Grenzen der Offenlegung. So war die Veröffentlichung von Rohdaten zu Zahlungen und Produktionsmengen bis 2004 mithilfe von Vertraulichkeitsklauseln verboten.¹⁸⁹ Es bleibt in der Summe ein wenig der Verdacht, der bereits in anderer Beziehung geäußert wurde: Dass „officials in Baku tend to keep relations with the EU at the level of cooperation, which is just enough to benefit from trade preferences and transfer of know-how, but not to the point when the costs – particularly political costs – [...] might become too high for its political elites“.¹⁹⁰

Etwas anders sieht das Bild bei SOCAR aus. Flegel notiert, dass „[s]ince EITI reporting began, the need to reform the State Oil Company of Azerbaijan (SOCAR) has become evident for its vested interests as government representative and commercial company“.¹⁹¹ Kurz nach Beginn der EITI-Tätigkeiten 2003 beginnt mit dem darauffolgenden Jahr eine stetige Verbesserung der Berichterstattung des Staatsunternehmens. Einen weiteren größeren Schritt in seiner Transparenz macht das

¹⁸⁷ vgl. Revenue Watch Institute 2012.

¹⁸⁸ vgl. Revenue Watch Institute 2010b.

¹⁸⁹ vgl. Coffey International Development 2009: 11.

¹⁹⁰ International Renaissance Foundation 2012: 41.

¹⁹¹ vgl. Flegel 2012: 17.

Unternehmen kurz vor der Bestätigung Aserbaidshans als EITI-Mitglied 2009. Insgesamt ist das Unternehmen ausschlaggebend für die große Zunahme, die der Energiesektor des Landes in seinem Transparenzgrad macht. Dennoch ist das Unternehmen, wie der Index auch zeigt, nicht in allen Tätigkeitsbereichen hundertprozentig offen. Dazu zählen beispielsweise alle rein inländisch ablaufenden Geschäfte und Produktionswege ohne ausländische Beteiligung, über die es praktisch keine Informationen gibt.¹⁹² Dazu zählt auch *SOCAR Trading*, ein in der Schweiz situiertes (und damit der Rechnungspflicht entzogenes) Unternehmen, das für den Export zuständig ist. Darüber hinaus unterliegt SOCAR praktisch direkt dem Einfluss des Präsidenten¹⁹³, eine Kontrolle seitens des Parlaments ist kaum möglich¹⁹⁴ und einen regierungsinternen Audit gibt es in Aserbaidshan nicht.¹⁹⁵ Trotz der vorangegangenen Anmerkungen lässt sich bei Aserbaidshan ein relativ **hoher Grad der Transparenz im Energiesektor** konstatieren.

5.1.2 Ukraine

Die Ausprägung des Grades der Transparenz zeigt sich für den ukrainischen Energiesektor folgendermaßen:

Tabelle 7: Grad der Transparenz im Energiesektor, Ukraine

	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Firmen	0	0,1	0,4	0,4	0,4	0,59	0,54	0,49	0,44	0,38	0,34	0,44	0,37
Staat	0,82	0,87	0,87	0,99	0,87	0,8	0,78	0,81	0,75	0,65	0,65	0,46	0,58
EITI	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0,27	0,32	0,42	0,46	0,42	0,47	0,44	0,44	0,4	0,34	0,33	0,3	0,32

In der Ukraine bestehen im Energiesektor kaum Gesetze, welche eine ausführliche Informationspflicht oder eine weitergehende Transparenz fordern würden. Das Gesetz über den Zugang zu Informationen von 1992 enthält keine Forderungen, die für den Energiesektor explizit werden könnten.¹⁹⁶ Auch das Gesetz „über Öl und Gas“ sieht keine Transparenz der beteiligten Unternehmen vor¹⁹⁷, ebensowenig wie das Gesetz über den

¹⁹² vgl. Flegel 2012: 17.

¹⁹³ vgl. Hoffmann 2000: 60.

¹⁹⁴ vgl. Hoffmann 2000: 68.

¹⁹⁵ vgl. Coffey International Development 2009: 17.

¹⁹⁶ vgl. Gončar 2008: 39f.

¹⁹⁷ vgl. Gončar 2008: 46.

Pipelinetransport von 1996.¹⁹⁸ Lediglich das Gesetz über Naturmonopole von 2000 sieht vor, dass sich diese im Zuständigkeitsbereich der Nationale Energieregulierungskommission (NERK) befinden und diese ihrerseits jährlich Bericht über die eigene Tätigkeit sowie die Tätigkeit ihrer Subjekte abgeben muss.¹⁹⁹ Obwohl also der vorhandene Rechtsrahmen keine expliziten Erwähnungen bezüglich einer Informationspflicht enthält, ist die hier gemessene abhängige Variable „Grad der Transparenz“ doch von Beginn an von einer recht hohen Ausprägung gekennzeichnet. Diese ändert sich allerdings im Verlauf des Untersuchungszeitraums nicht signifikant. Dennoch gibt es einige aussagekräftige Entwicklungen über die Zeit. Ich möchte die Ausprägung hier getrennt für den gouvernementalen und korporativen Bereich diskutieren.

Für den staatlichen Teil zeigt der Index, welcher mit Hilfe der Worldbankdaten erstellt wurde, recht große Konstanz. Hier erreicht der Energiesektor der Ukraine bereits zu Beginn hohe Werte, die sich dann bis 2009 auf fast 100% Veröffentlichungsquote steigern. Für 2011 gibt es noch keine Daten, für 2010 ist nur ein Viertel der Daten erhältlich. Dies spricht sicherlich für die vergleichsweise große Verzögerung, mit der die Daten an die internationalen Organisationen weitergeleitet werden.

Für den aus dem *Global Integrity Report* erstellten Teil des Indikators lässt sich feststellen, dass hier, im Übrigen genauso wie für die unternehmensbezogenen Werte, ein konstanter Rückgang in den Jahren 2004-2009 stattgefunden hat (von 0,74 auf 0,47). Dies ist zum Beispiel auf steigende Intransparenz in der Budgetplanung sowie bezeichnenderweise die immer undurchsichtigeren Lizenzvergabe, Auftragsgestaltung und Preisverhandlungspolitik zurückzuführen. So wird seit 2002 der Preis für Energieträger mit Hilfe von Auktionen ausgehandelt. Dieses mit dem Ziel größerer Transparenz eingeführte System hat sich jedoch als nutzlos erwiesen, da sie meist entweder hinter geschlossenen Türen oder unter dem Einfluss von verschiedenen Interventionen stattfanden. Einige Staatsunternehmen deklarierten ihre Produkte schlicht um, damit sie nicht der Auktionspflicht unterstanden.²⁰⁰ Auch die äußerst intransparenten Lizenzverfahren, die den Zugang zu Ressourcen im Gassektor der Ukraine regeln sollen, werden kritisiert.²⁰¹ Beispielhaft verliefen die Verhandlungen über Gaspreise mit Russland im Jahre 2006. Zwar wurde der ausgehandelte Vertrag recht zügig veröffentlicht. Es stellte sich jedoch heraus, dass von

¹⁹⁸ vgl. Gončar 2008: 54ff.

¹⁹⁹ ebd.

²⁰⁰ vgl. Kujun 2010 und 2012.

²⁰¹ vgl. IEA 2006; Van Daele 2008.

den Verhandlungsparteien darüber hinaus noch ein geheimes Zusatzprotokoll unterzeichnet wurde, welches die Konditionen grundlegend änderte.²⁰²

Zwischen 2009 und 2011 fand eine Trendwende in den Daten statt und der Wert stieg von 0,47 auf 0,53. Auslöser dieser Verbesserung ist zum Teil die Rückgängigmachung der Verschlechterungen der letzten Jahre, zum Teil aber auch neue Entwicklungen, wie z.B. erstmals eine (zumindest teilweise) ernsthafte Ahndung von Bestechung. Auf der anderen Seite sind auch negative Tendenzen festzustellen, wie die Sicherheit von kritischen Mitarbeitern (z.B. von NGOs) und die Rolle des Ombudsmanns, obwohl sie Teil des EITI-Standards sind. Auslöser für die insgesamt positive Entwicklung ist möglicherweise die Finanz- und Wirtschaftskrise. Es gibt zumindest Hinweise darauf, dass die Entwicklungen in der Ukraine mit den Kreditbewilligungen seitens europäischer Banken einhergehenden Reformforderungen zusammenhängen.²⁰³ Möglicherweise ist auch der hohe Ausgangswert im Jahre 1999 durch die ein Jahr zuvor das Land erschütternde Finanzkrise zu erklären.²⁰⁴ Ebenfalls im Jahre 2009 entschloss sich die Regierung zu einer Willensbekundung bezüglich des Beitritts zur EITI, ein Schritt, der von der EU gefordert wurde. Denn um Investitionen in den korruptesten Wirtschaftssektor anzuziehen, sollte die Regierung ein deutliches Signal senden, dass sie bereit ist, nach internationalen Standards zu arbeiten und dass sie die Reformen auf dem Weg zur Installierung der Transparenz ernst nimmt. Auch wenn sich diese Kehrtwende in den Daten wiederzuspiegeln scheint, bleibt dennoch offen, inwieweit die Willensbekundungen eine handfeste Erhöhung der Transparenz nach sich ziehen werden. Auf dem Weg zu einer EITI-Kandidatur sind bisher jedenfalls keine Fortschritte gemacht worden.²⁰⁵ Auch der Beitritt zur Energiegemeinschaft²⁰⁶ 2011 hat bislang keine konkreten Auswirkungen gehabt.²⁰⁷

Der Wert für den korporativen Bereich, in dem die Transparenz der staatseigenen Unternehmen gemessen wird, stieg von 1999 bis 2004 auf einen mittleren Wert (0,59), um dann bis zum Jahre 2009 kontinuierlich auf 0,34 zu sinken. Erst danach gewinnen die Unternehmen wieder allmählich an Transparenz. Das staatliche Öl- und Gasunternehmen auf dem ukrainischen Markt, Naftogaz Ukrainy, spielt eine zwiespältige Rolle in der Ausprägung der Transparenz im Energiesektor. Rein formal erfüllt Naftogaz die meisten der geforderten Normen für die Berichterstattung. Das heißt, dass alle Berichte vorhanden

²⁰² vgl. International Energy Agency 2006 : 219.

²⁰³ vgl. Eremenko 2009.

²⁰⁴ vgl. Melnykovska 2008: 16.

²⁰⁵ vgl. Malinovskij 2010; Nytsovych 2011; Eremenko 2011.

²⁰⁶ siehe Kap. 5.4.2.

²⁰⁷ vgl. International Renaissance Foundation 2012: 32; Dixi Group 2012b.

und zugänglich sind und einen unabhängigen, nach internationalem Standard durchgeführten Audit durchlaufen haben. Die Geschäftsführung verzichtet allein auf die Veröffentlichung von Rohdaten und disaggregierten Berichten. Dabei zeigt sich am Beispiel Naftogaz Ukrainy einprägsam, wie wichtig es ist, nicht nur Berichte zu erstellen, sondern auch deren interne Qualität und Reliabilität im Auge zu behalten. Die aggregierten Berichte von Naftogaz fassen nicht nur viele Rechnungsposten zusammen, sondern vereinen auch alle Unternehmenszweige und Tochterunternehmen in sich. Dadurch ist es dem Unternehmen beispielsweise möglich, sich eine ausgeglichene Bilanz zu attestieren, obwohl der größte Teil der Unternehmensgruppe höchst unprofitabel agiert. Die für den Gastransit zuständige Tochtergesellschaft Ukrtransgaz ist mit ihren Transitereinnahmen die einzige mit nennenswerten Gewinnen. Diese werden, ohne dass dies veröffentlicht würde, der ganzen Gruppe zugesprochen. Diese Vorgehensweise steht jedoch im Widerspruch zur Direktive 2003/55/EC²⁰⁸, zu der sich die Ukraine im Rahmen der Energiegemeinschaft verpflichtet hat. Die Intransparenz des Unternehmens erschwert darüberhinaus das Monitoring der operativen Geschäftstätigkeit, vor allem für Investoren.²⁰⁹ Indiz für eine zukünftige (negative) Entwicklung ist möglicherweise, dass der Bericht für das Jahr 2011 bis August 2012 noch nicht veröffentlicht wurde. Dies lässt zwar den Index im Jahr 2011 jäh nach unten fallen, dennoch möchte ich keine voreiligen Schlussfolgerungen daraus ziehen. Denn die Verzögerung der Berichterstattung kann auch in den vorausgegangenen Jahren sehr groß gewesen sein, was *a posteriori* nicht mehr zu ermitteln ist.

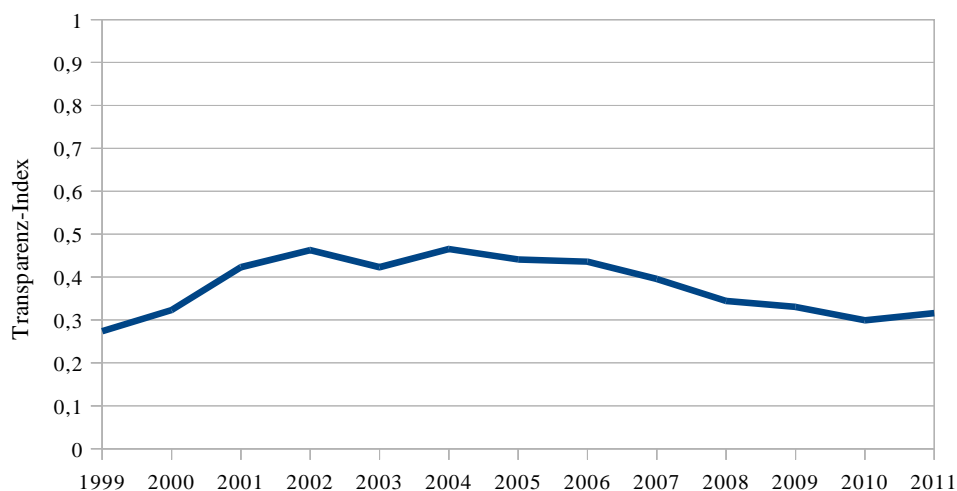


Abbildung 2: Grad der Transparenz im Energiesektor, Ukraine, akkumuliert

²⁰⁸ siehe Kap. 4.1.3.

²⁰⁹ vgl. Zachmann, Kirchner 2009: 2.

Nach den Angaben des *Global Integrity Reports* finden wir die Situation, dass sich die Transparenz in Staatsunternehmen und deren Regulierung von 2004 bis 2009 kontinuierlich verschlechtert hat. Dies betraf vor allem die Aktualität, den Zugang zu und die Qualität von Unternehmensbilanzen.²¹⁰ Auch die faktische Macht der Kontrollorgane nahm in dieser Zeit ab. Für Naftogaz ist in dieser Periode bezeichnend, dass für seine Aktivitäten seit 2006 nicht mehr das Ministerkabinett zuständig war, sondern lediglich das Energieministerium, womit der Kreis möglicher Veto-Akteure stark eingeschränkt wurde. Erst in der Zeit von 2009 bis 2011 verbesserte sich die Situation und erreichte mit 0,66 beinahe wieder den Wert von 2004. Möglicherweise ist es kein Zufall, dass die Regierung just 2009 den Willen kundgetan hat, zukünftig an der EITI teilzunehmen.²¹¹ Somit lässt sich ein **niedriger Grad der Transparenz im Energiesektor** der Ukraine konstatieren.

5.1.3 Reliabilität der Messung

Um die Reliabilität der Messungen zu überprüfen, habe ich einen Vergleichsindikator hinzugezogen. Hierfür nutze ich die Tatsache, dass der von einer ukrainischen NGO erstellte ESTI-Index zu einem großen Teil vergleichbare Fragen stellt und diese nach dem gleichen Schema bewertet wie der vom Revenue Watch Institute erstellte Revenue Watch Index, auch wenn keiner der beiden Indizes sowohl die Ukraine als auch Aserbaidschan untersucht. Außerdem existiert von beiden bisher nur eine Ausgabe, vom ESTI-Index für die Ukraine für das Jahr 2011 und vom Revenue Watch Index für Aserbaidschan für 2010. Ich habe die sich überschneidenden Fragen und deren Score aus den beiden Berichten zusammengefügt und auf dieser Grundlage einen neuen Index für die beiden Länder berechnet. Die Ergebnisse in Tabelle 8 zeigen, dass meine Messung hier keine signifikante Abweichung ($\chi^2=1,02$, $p=0,32$) von diesen Ergebnissen aufweist. Ich gehe daher davon aus, dass meine Operationalisierung korrekt war oder zumindest den in anderen Publikationen verwendeten Standards entspricht.

Tabelle 8: Vergleich der Transparenz-Scores aus ESTI/RWI und dieser Arbeit

	ESTI (2011)	RWI (2010)	Transparenzindex
Aserbaidschan	-	0,46	0,7 (2010)
Ukraine	0,29	-	0,32 (2011)

²¹⁰ vgl. Gončar 2008: 63.

²¹¹ Malinovsky 2010: 1.

5.2 UV1: Höhe der Renten im Energiesektor

5.2.1 Aserbaidsschan

Aserbaidsschan ist einer der ältesten Ölproduzenten der Welt, dessen Geschichte bis in das Jahr 1871 zurückreicht, als das erste Erdöl gefördert wurde. Bereits 1900 betrug der Anteil des aserbaidsschanischen Öls beinahe 50% an der Weltförderung.²¹² Heute werden die gesicherten aserbaidsschanischen Erdölvorkommen mit 7 Mrd. Barrel (bzw. 1 Mrd. Tonnen) angegeben, was etwa 0.4% der Welt-Erdölreserven entspricht. Die Erdgasreserven werden auf 0.6% der Welt-Erdgasreserven geschätzt und betragen etwa 1,3 Trillionen Kubikmeter.²¹³

Die Erdölförderung in Aserbaidsschan stieg zwischen 2000 und 2011 von 288 000 Barrel pro Tag auf 931 000 Barrel pro Tag. Die aserbaidsschanische Regierung und BP erwarten, dass der Höhepunkt 2012 erreicht wird.²¹⁴

Der überwiegende Teil der Erdöleinnahmen wird auf dem Offshore-Feld *Azeri-Chirag-Gunashli* (ACG) im Kaspischen Meer erwirtschaftet, das infolge der Unterzeichnung des „Jahrhundertvertrages“ 1994 ausgebeutet und durch das Konsortium *Azerbaijan International Operational Company* (AIOC) verwaltet wird.²¹⁵ Außer der Unterzeichnung des Jahrhundertvertrages war der Bau der Baku-Tbilisi-Ceyhan (BTC) Pipeline 2006 ein regelrechter Durchbruch, welche das Öl in die westlichen Märkte unter Umgehung von Russland liefert. Obgleich Aserbaidsschan über drei Exportpipelines verfügt (Baku-Novorossiysk, Baku-Supsa und BTC), werden etwa 80% des Erdöls über die BTC²¹⁶ mit einer Kapazität von 1 Mio. Barrel täglich in die Türkei exportiert. Nach dem die Pipeline in Betrieb genommen wurde, haben sich die Exporte mehr als verdoppelt. Die Bedeutung der Öleinnahmen für Aserbaidsschan veranschaulicht auch die Tatsache, dass Ölprodukte (überwiegend Rohöl) 90% der jährlichen aserbaidsschanischen Exporte betragen.²¹⁷

Das Staatsunternehmen SOCAR ist für die Förderung von Öl und Gas in Aserbaidsschan zuständig, es verwaltet die Staatsexporte sowie -importe und betreibt das aserbaidsschanische Pipelinesystem. Darüber hinaus nimmt SOCAR an allen internationalen

²¹² vgl. Ghaphouri 2008: 82.

²¹³ vgl. BP Statistical Review of World Energy 2012.

²¹⁴ vgl. EIA 2012: 2.

²¹⁵ Chirag-Feld wurde als erstes seit 1997 ausgebeutet, dazu kam Azeri Phase I (aus dem Central Azeri Feld) in 2005, Azeri Phase II (aus West und East Azeri Feldern) schloss sich in 2006 an. vgl. Bowden 2009: 220. Deep Water Gunashli wird seit 2008 gefördert.

²¹⁶ BTC ist bis dato die einzige Pipeline, die das Nicht-OPEC Erdöl zum Mittelmeer liefert.

²¹⁷ vgl. Rahr, Rieder 2009: 47f; Franke et al. 2009: 119.

Konsortien teil, die Öl und Gas in Aserbaidtschan gewinnen. Die eigene Gewinnung beträgt weniger als 20% des Gesamtoutputs, die restlichen 80% werden durch AIOC gewonnen.²¹⁸ Ein Teil der Einnahmen Aserbaidtschans aus dem Öl- und Gasgeschäft wird vom Staatlichen Ölfonds (SOFAZ) verwaltet, dessen Vermögen mit 30 Mrd. USD beziffert wird.²¹⁹

Der zweite volkswirtschaftlich bedeutsame Vertrag, der Aserbaidtschan auch Erdgaseinnahmen ermöglichte, betraf die Ausbeutung des Offshore-Feldes Shah-Deniz (SD). Das Feld wurde 1999 entdeckt und verfügt über förderbare Reserven von mindestens 1,2 Billionen Kubikmetern.²²⁰ Die Gewinnung des ersten Gases begann 2006 und ließ Aserbaidtschan ab 2007 zum Netto-Gasexporteur werden. Das Feld produziert jährlich ca. 8,6 Milliarden m³ Gas und versorgt somit den gesamten Markt in Aserbaidtschan. Der Großteil der Exporte geht nach Georgien und über die Baku–Tbilisi–Erzurum-Pipeline in die Türkei.²²¹

Das aserbaidtschanische Pipelinesystem (BTC insbesondere) wird seit 2008 aktiv von anderen kaspischen Ölproduzenten zur Weiterleitung des Erdöls in Richtung der europäischen Märkte verwendet. Seit 2008 fließen zusätzlich ca. 80 Mio. t kasachischen Öls durch das aserbaidtschanische Territorium.²²² Festzuhalten bleibt, dass Aserbaidtschan seine Position durch Gaseinnahmen und durch seine Rolle als wichtige Transit-Drehscheibe in der Region ausbauen und somit seine Einnahmen sichern können wird.

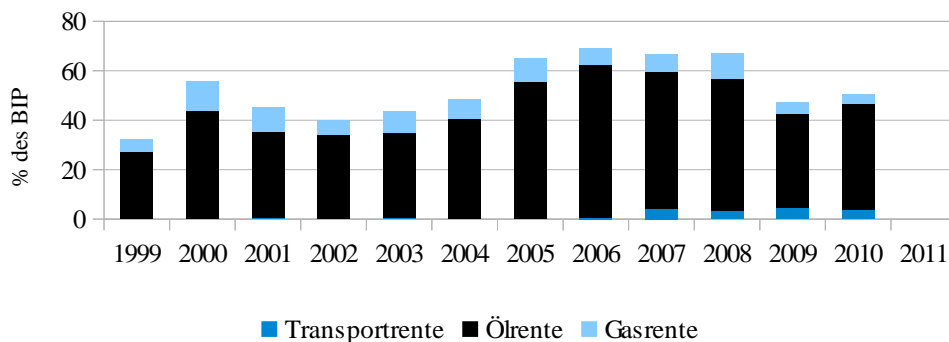


Abbildung 3: Höhe der Renten, Aserbaidtschan. Quellen: State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan; Weltbank

²¹⁸ vgl. EIA 2012.

²¹⁹ Stand Januar 2012, vgl. SOFAZ Online: www.oilfund.az, zuletzt geprüft am 10.08.2012.

²²⁰ vgl. Pflüger 2012.

²²¹ vgl. Bowden 2009: 226.

²²² vgl. Nasirov 2010: 80.

Diese Entwicklung schlägt sich in der Bildung der Renten wieder. Der Anteil der Ölrente am BIP stieg von 27% im Jahre 1999 auf 55% im Jahre 2005, als das ACG-Feld intensiver ausgebeutet wurde, und erreichte seinen Spitzenwert in 2006 mit fast 62%. Zwar sinken die Ölrenten gegen das Ende des Untersuchungszeitraums, diese Entwicklung lässt sich allerdings vor dem Hintergrund der Finanzkrise 2009 relativieren. Hinzu kommen die Gasrenten, die im Vergleich zu den Ölrenten zwar nicht so hoch ausfallen, dennoch bildeten diese während des gesamten Untersuchungszeitraums durchschnittlich 7,5% des BIP. Darüberhinaus kommt Aserbaidschan immer mehr in den Genuss von Transitrenten, die sich mit der Inbetriebnahme der BTC-Pipeline 2006 drastisch und kontinuierlich bis zum Ende des Untersuchungszeitraums erhöht haben. Während des gesamten Untersuchungszeitraumes haben sich die Öl-, Gas-, und Transitrenten von 32% auf 51% des BIP erhöht. Bei der Messung der Renten in Aserbaidschan lässt sich also eine **hohe Ausprägung der UV** konstatieren.

Resümierend lässt sich festhalten, dass die aserbaidische Volkswirtschaft von der Erdöl- und Erdgasindustrie stark abhängig ist. Der Output der Nichtöl-Industrien ist hingegen gering. Somit ist Aserbaidschan ein klassischer Rentier-Staat, bei dem sich nicht nur der Export, sondern auch das BIP in hohem Maße aus Öl- und (zu einem geringeren Grad) aus Gaseinnahmen und – neuerdings – aus Transitgebühren zusammensetzt.

5.3 Ukraine

Die Erdöl- und Gasvorkommen in der Ukraine sind moderat: Die Erdölreserven werden auf 395 Mio. Barrel Öl und die Erdgasreserven auf 1133 Mrd. m³ beziffert.²²³ Dazu kommen einige Besonderheiten des ukrainischen Energiesektors, die eine sichere Energieversorgung des Landes erschweren. Die Ukraine hat aus der sowjetischen Zeit ein auf Erdgas ausgerichtete Energiesystem geerbt.²²⁴ Auch die industrielastige Wirtschaftsstruktur im Lande, zu der in erster Linie die Schwerindustrie zählt, treibt die Abhängigkeit der ganzen Volkswirtschaft von Gas in die Höhe. So zeichnet sich die Ukraine durch den siebthöchsten Gasverbrauch weltweit aus, und hat – gemessen am Gasverbrauch relativ zum BIP – die gasintensivste Wirtschaft der Welt.²²⁵ Die inländische

²²³ vgl. EIA 2007: 2ff.

²²⁴ vgl. Götz 2006: 17; Pirani 2007: 93. Industrie und kommunale Versorgung wurden zu sowjetischen Zeiten von Kohle- auf Gasbefeuern umgestellt.

²²⁵ vgl. Balmaceda 2004: 10f.

Gasförderung von etwa 21 Mrd. m³ pro Jahr²²⁶ kann den jährlichen Gasverbrauch von ca. 80 Mrd. m³ nur teilweise abdecken. Aus Russland importiertes Gas²²⁷ ist für die ukrainische Volkswirtschaft somit überlebensnotwendig.

Die einheimische Gasförderung wird zu 95% vom staatlichen Gas- und Ölunternehmen Naftogaz Ukrainy betrieben. Außerdem ist die staatliche Holding Eigentümer sämtlicher Gasspeicher und verwaltet das staatliche Transportnetz.²²⁸ Der größte Destabilisierungsfaktor war und ist die staatliche Subventionspolitik, da der im Land zu bezahlende Preis weiterhin unter dem Importpreis bleibt.²²⁹ Die jährlichen Subventionen des ukrainischen Gassektors beliefen sich auf die Größenordnung von etwa einer Milliarde USD.²³⁰ Mit den Erlösen aus dem Transit subventioniert Naftogaz die inländische Produktion, um den Preis niedrig zu halten. Zur Deckung der inländischen Nachfrage wird in erster Linie das in der Ukraine geförderte Erdgas verwendet, wobei auch hier Naftogaz Verluste schreibt. Dadurch wird Naftogaz trotz seiner strategisch wichtigen Transitfunktion zum höchstverschuldeten ukrainischen Konzern. Seine Ausstände beliefen sich im Jahr 2003 auf etwa 850 Mio USD.²³¹ So ist es nicht verwunderlich, dass dringend notwendige Investitionen in die Modernisierung strategisch wichtiger Objekte wie das Pipelinesystem bis dato ausgeblieben sind.

Eine ähnliche Situation ist im Ölsektor vorzufinden. Dort deckt die eigene Erdölförderung mit etwa 4 Mio. Tonnen jährlich²³² lediglich einen geringeren Teil des inländischen Ölverbrauchs, so dass sich die Abhängigkeit von hauptsächlich aus Russland und Kasachstan importiertem Öl auf 65% beläuft.²³³ Der Hauptteil der Erdölförderung (ca. 95%) befindet sich in der Hand von Ukrnafta. Darüber hinaus besitzt die Ukraine sechs Ölraffinerien, deren Kapazitäten eigentlich den Verbrauch von Erdölprodukten im Lande

²²⁶ Razumkov Centre 2010: 14.

²²⁷ Bis 2006 konnte die Ukraine Erdgas im Umfang von 35 bis 40 Mrd. m³ aus Turkmenistan zu niedrigeren Preisen als von Gazprom beziehen.

²²⁸ Naftogaz setzt sich aus mehreren Tochterunternehmen zusammen, die für die gesamte downstream-midstream- upstream Kette im Öl- und Gassektor sorgen: Die wichtigsten im Bereich Förderung sind „Ukrgezvydobyvannya“, „Chernomornaftogaz“ und „Ukrnafta“, während im Bereich Transport „Ukrtransgaz“ und „Ukrtransnafta“ die Transitfunktionen erfüllen.

²²⁹ vgl. Zachmann, Kirchner 2009.

²³⁰ vgl. Hofer 2008: 145.

²³¹ vgl. Hofer 2008: 145.

²³² Razumkov Centre 2010: 14.

²³³ Razumkov Centre 2010: 14.

bei weitem überragen. Die durchschnittliche Auslastung der sechs ukrainischen Raffinerien erfuhr in den letzten Jahren einen drastischen Rückgang von 57% in 2000 auf 19% in 2008²³⁴, so dass die Ukraine ab 2006 zum Netto-Importeur von Erdölprodukten wurde.

Transiteinnahmen bilden die einzige nennenswerte Rente für die Ukraine. Das Land war und bleibt eine strategische Drehscheibe für den Transit von russischem bzw. zentralasiatischem Gas und Öl nach Europa: Über die zu Sowjetzeiten gebauten Pipelines Bratstvo, Sojuz und Balkan werden ca. 80% des russischen Gas geleitet. Auch russisches Öl wird – wenn auch nur zu 14% bis 17% – durch die Pipelines Družba und Pridnepr transportiert. Das Interesse der EU an der Erhaltung dieser Transitroute lässt sich unter anderem auf das Vorhandensein von Speichern mit einer Gesamtkapazität von 32 Mrd. m³ in der Ukraine zurückführen. Da sich von den bestehenden Speichern fünf im Westen der Ukraine befinden, können diese optimal für europäisches Gas verwendet werden.²³⁵ Zum gesamten ukrainischen Pipelinesystem kommt die 2001 fertiggestellte Erdölpipeline von Odessa nach Brody. Ursprünglich sollte sie dazu dienen, den Import von Erdöl zu diversifizieren und die Transportkapazitäten von überwiegend kasachischem und aserbaidyschanischem Öl in die EU zu erhöhen. Jedoch wurde die Pipeline nicht in Betrieb genommen, da die Ukraine keine Verträge über Lieferungen von Öl aus dem kaspischen Raum abschließen konnte. Darüber hinaus wurde das Verbindungsstück von Brody ins polnische Płock nicht fertiggestellt. Paradoxiertweise wird die Pipeline nun durch das Unternehmen TNK-BP Erdöl benutzt, allerdings im *reverse flow*, um Erdöl aus Russland nach Odessa zu transportieren.

Transiteinnahmen in der Ukraine bleiben eng an die ukrainischen Erdgasimporte gekoppelt. Zwar waren bei den zwischenstaatlichen Gaspreisverhandlungen die Exportpreise und Transitgebühren aufeinander ausgerichtet, doch konnte die Ukraine bis 2006 ihre Transitgebühren für das transportierte Gas verrechnen und somit ihre Energieversorgung sichern. 1999 konnte die Ukraine so 34,7 Mrd. m³, was etwa die Hälfte des gesamten Gasverbrauchs darstellte, sichern.²³⁶ 2005 erhielt die Ukraine noch 23 Mrd. m³ durch den „Transit gegen Gas“-Deal.²³⁷ Im Zuge des Gasstreites 2005/2006²³⁸ wurden

²³⁴ Herasimovich 2008: 3.

²³⁵ vgl. Grätz, Westphal 2011: 6.

²³⁶ vgl. Opitz 2010: 229.

²³⁷ vgl. Tsarenko 2007: 7.

²³⁸ Während sich der durchschnittliche Gaspreis für Europa zwischen 189 und 230 USD für 1000 m³ bewegte, zahlte die Ukraine bis 2005 nur 50 USD. Zudem tolerierte Russland die Akkumulation von Schulden sowie

nicht nur die Importpreise erhöht²³⁹, sondern auch der „Gas für Transit“-Tausch aufgehoben. Infolge des darauffolgenden Gasstreites im Jahr 2009²⁴⁰ und des daraufhin abgeschlossenen Vertrages hat sich das Ungleichgewicht bei Gas- und Transitfragen nun verfestigt. Außer den hohen Gaspreisen beinhaltet der Vertrag keine Mindesttransitkapazitäten für Russland, während Russland die Ukraine verpflichtete, mindestens 40 Mrd. m³ jährlich zu beziehen.²⁴¹

Im Jahr 2010 verhandelte der neue Präsident Viktor Janukowytsch im Rahmen des Kharkiv-Vertrags einen neuen Gaspreis von 305-330 USD pro 1000 Kubikmeter.²⁴² Im Gegenzug für Preisnachlässe erhielt Russland vorteilhafte Transitpreise für russisches Gas nach Europa trotz der erhöhten Gaspreise. So bezahlt Gazprom 1,7 USD pro 1000 m³ und 100 km. Seit 2010 berechnet sich der Transitpreis nach einer Formel, die an die Entwicklung des im Liefervertrag vereinbarten Gaspreises gekoppelt ist und nicht mehr unter 2,04 US-Dollar fallen kann.²⁴³ Durch die Gaspreiserhöhung ohne entsprechende Transitpreisanpassung hat sich die Schere zwischen Transiteinnahmen und ukrainischen Ausgaben für Gas jedoch weiter geöffnet.²⁴⁴

Darüber hinaus ist es wichtig anzumerken, dass die *Bargaining*-Position der Ukraine in Fragen der Transitgebühren mit der eingeschlagenen Diversifizierungspolitik Russlands (mit ihren faktischen und potenziellen alternativen Pipelines) geschmälert wurde. Außer der in den 90er Jahren erbauten Yamal-Pipeline, die Gas aus Russland über Belarus nach Europa transportiert, kamen drei neue Pipelines unter Umgehung der Ukraine hinzu: Vor diesem Hintergrund lässt sich die Abwesenheit einer *ship-or-pay*-Klausel für Russland deutlich erklären. Dazu kommt ein neues Projekt – South Stream – mit einer möglichen Kapazität von 30 Mrd. m³, die über den Seeboden des Schwarzes Meeres laufen soll und Novorossijsk mit Varna in Bulgarien verbinden und weiter durch den Balkan nach Italien und Österreich verlaufen soll. Während sich die derzeitigen Transiteinnahmen auf ca. 2,7

illegale Gasabschöpfung und Re-export. Laut Einschätzungen beliefen sich die auf solche Art gewonnenen Subventionen für die Ukraine zwischen 1992 und 2008 auf 47 Mrd. USD, vgl. Bochkarev 2009.

²³⁹ zunächst von 50 auf 95 USD für 1000 m³ pro 100 km über 130 USD für das Jahr 2007 und 179,5 USD im Jahr 2008, vgl. Melnykovska 2011: 184f.

²⁴⁰ Zum Hintergrund des Gasstreites 2009 siehe Pleines 2009.

²⁴¹ Razumkov Centre 2010: 4, Westphal 2009: 10.

²⁴² vgl. Melnykovska 2011: 184f.

²⁴³ vgl. Westphal 2009: 10.

²⁴⁴ vgl. Melnykovska 2011: 187.

bis 3 Mrd. USD belaufen, kann die Umgehungspolitik Russlands die Transiteinnahmen um ca. 1 Mrd. USD reduzieren.²⁴⁵

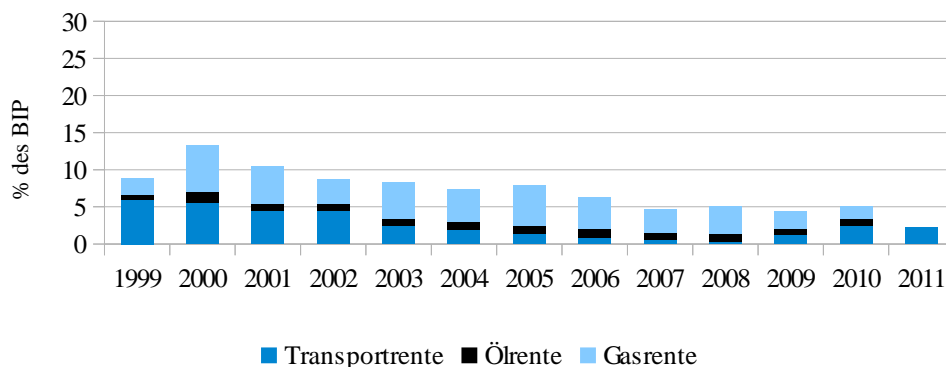


Abbildung 4: Höhe der Renten, Ukraine. Quellen: Nationalbank der Ukraine; Weltbank

Festzuhalten bleibt, dass die Renten im Energiesektor der Ukraine **niedrig** ausfallen. Aufgrund der nicht ausreichenden Investitionen in die eigene Erschließung fiel in den letzten Jahren die eigene Produktion und folglich die Gasrente von 6% im Jahr 2000 auf nur noch 2%. Durchschnittlich lag die Gasrente bei etwa 4 % im Vergleich zum BIP. Die Ölrente befindet sich auf einem konstanten Niveau und beträgt innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums etwa 1% des BIP. Die Transiteinnahmen bleiben für die Ukraine mithin die einzige „externe“ Rente. Die Ausreißer zwischen 2008 und 2009 lassen sich mit der Finanzkrise und der entsprechend niedrigeren Gasnachfrage in Europa erklären.

5.3.1 Zwischenfazit: Renten – Viel Lärm um Nichts?

Die H1 wurde der Ressourcenfluchttheorie entnommen, die einen negativen Zusammenhang zwischen dem Vorhandensein von Renten und Transparenz postuliert. Die empirische Überprüfung zeigte jedoch, dass Aserbaidshan viel höhere Renten aufweist, der sich innerhalb des Untersuchungszeitraums sogar erhöht. Obwohl die Ukraine dagegen ein ressourcenarmes Land ist, das über nur eine nennenswerte „externe“ Rente, Transiteinnahmen, verfügt, weist die Ukraine einen weitaus niedrigeren Transparenzgrad ohne Aussicht auf Verbesserung auf. Somit wird die H1 „je höher die Renten im Energiesektor, desto niedriger der Grad der Transparenz im Energiesektor“ verworfen.

²⁴⁵ Zapusk "Severnogo" i "Juščnogo" potokov moščet sokratit tranzit gaza po Ukraine počti v 2 raza. In: Zerkalo Nedeli, 26.05.2011. Online: http://news.zn.ua/ECONOMICS/zapusk_severnogo_i_yuzhnogo_potokov_mozhet_sokratit_tranzit_gaza_po_ukraine_pochti_v_2_raza-81629.html, zuletzt geprüft am 10.09.2012.

5.4 UV 2: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor

5.4.1 Aserbaidtschan

Die wirtschaftliche Situation Aserbaidtschans in den 90er Jahren war vor allem durch zwei Faktoren bedingt: Zum einen war die Wirtschaft der Republik bereits zu sowjetischen Zeiten stark auf den Export von Rohstoffen orientiert. Zum anderen hatte sich die damalige instabile makroökonomische Situation des Landes durch die Kosten des Krieges um Bergkarabach weiter zugespitzt. Folglich verblieb die Ölindustrie als einziges Mittel der aserbaidtschanischen Regierung auf dem Weg zu einem wirtschaftlichen Aufstieg des Landes.²⁴⁶ Um von den eigenen Ressourcen im vollen Umfang zu profitieren, benötigte Aserbaidtschan jedoch ausreichend Kapital für moderne Technologien und Know-How. Weder das Staatsbudget noch der inländischer Privatsektor waren im Stande, dies zu leisten.²⁴⁷ Aserbaidtschan war also auf internationale Investitionen, in erster Linie FDI, angewiesen.

Dazu kamen die politischen Motive der aserbaidtschanischen Regierung unter dem damaligen Präsidenten Heydar Aliyev, der in den Kohlenwasserstoffressourcen ein wichtiges politisches Instrument sah und sich für eine offene Politik gegenüber ausländischen Investitionen in den Energiesektor aussprach: Mit dieser Politik erhoffte er, Verbündete im Bergkarabach-Konflikt zu gewinnen. Berichten zufolge betonte Aliyev in den 90er Jahren: “My weapon is oil, and with that we will manage to win the war [in Nagorno-Karabakh]“.²⁴⁸ Aliyevs Vision wurde zumindest ansatzweise Wirklichkeit: Die Investitionen der internationalen Ölfirmen brachten Aserbaidtschan politische und diplomatische Nähe zu Europa und den USA.²⁴⁹

Als wichtiges Instrument bei der Anwerbung von FDI in den Öl- und Gassektor erwies sich das *Product Sharing Agreement* (PSA), eine Vertragsform, die üblicherweise zwischen einem Staat (im Falle Aserbaidtschans durch SOCAR vertreten) und einem ausländischen Unternehmen abgeschlossen wird. Diese Einführung von PSAs lässt sich in erster Linie auf Forderungen der ausländischen Unternehmen zurückführen, die unter den damaligen instabilen politischen und institutionellen Verhältnissen die Zusicherung von sicheren Rahmenbedingungen für die Verwirklichung ihrer milliardenschweren Investitionen

²⁴⁶ vgl. Mammadyarov 2007: 39f.

²⁴⁷ vgl. Hübner 2011: 2.

²⁴⁸ Levine 2007, zit. nach Partlett 2010: 80.

²⁴⁹ vgl. Partlett 2010: 80

benötigten.²⁵⁰ PSAs unterscheiden sich von anderen Abkommen insofern, als sie dem durch Kapitaleinsatz in Vorleistung gehenden Investor ein hohes Maß an Sicherheit bieten. Erst nachdem der Investor seine in der Regel immensen Vorkosten durch Rohstoffverkäufe zurückgewonnen hat, werden die Einnahmen zwischen ihm und dem Staat in vereinbarten Proportionen (in der Regel gehen zwischen 50 bis 90 Prozent der Einnahmen an den Staat) geteilt.²⁵¹ Darüber hinaus werden Investoren von beinahe allen Steuern (außer der Ertragssteuer, die innerhalb des jeweiligen PSA fixiert wird) befreit.²⁵²

Einige Autoren sehen gerade die Abwesenheit von starken und autonomen staatlichen Institutionen in Aserbaidschan als „blessing for foreign investors“.²⁵³ Die durch seinen direkten Draht zum Präsidenten starke Position von SOCAR machte sie zu einem besonders vorteilhaften Verhandlungspartner für Ölinvestoren, da diese während der Verhandlung und Implementierung der Verträge keinem zusätzlichen Druck seitens der Opposition oder anderen Interessensgruppen bzw. Veto-Spielern ausgesetzt wurden. Bayulgen bezeichnet die Situation als *one-stop shopping*²⁵⁴ für Investoren, mit einem relativ leichten und direkten Zugang zu dem kleinen Elitezirkel.

Die „Politik der offenen Tür“ gegenüber Direktinvestitionen manifestiert sich im Grad der Präsenz ausländischen Kapitals im aserbaidchanischen Energiesektor: Heute arbeiten allein 34 internationale Unternehmen aus 15 Ländern nur an Gaserschließungsprojekten im aserbaidchanischen Teil des Kaspischen Meers. Seit 1994 wurden 27 PSAs zur Erschließung von Onshore- bzw. Offshore-Feldern zwischen SOCAR und ausländischen Unternehmen unterzeichnet.²⁵⁵ Allerdings waren viele von diesen Investitionen in Bezug auf Ressourcenerschließung nicht erfolgreich. Daher bleibt die Top-Priorität Aserbaidschans auch heute noch, neue Investitionen in die bereits stillgelegten Ölfelder anzuziehen.²⁵⁶

Der wichtigste Vertrag für die Entwicklung des Ölsektors, der ebenfalls den größten Investitionsumfang mit sich brachte, war der „Jahrhundertvertrag“ von 1994²⁵⁷ – ein für 30 Jahre abgeschlossenes Abkommen über die Entwicklung der Tiefsee-Ölfelder „ACG“ mit einem Investitionsvolumen von 7,4 Mrd. USD, an welchem folgende internationalen Ölfirmen beteiligt waren: BP, Chevron, Exxon, Statoil, TPAO, Inpex, Itochu und Amerada

²⁵⁰ vgl. Nabiyev 2003: 122.

²⁵¹ vgl. Müller 2007: 155.

²⁵² vgl. Bayulgen 2003: 212.

²⁵³ Bayulgen 2005: 15.

²⁵⁴ Bayulgen 2005: 15.

²⁵⁵ vgl. SOCAR 2012.

²⁵⁶ vgl. Partlett 2010: 88.

²⁵⁷ siehe Kap. 5.2.1.

Hess, BP und eine Reihe der Konsortiumsteilnehmer tätigten außerdem Investitionen in die Pipeline BTC. Auch das zweitwichtigste Feld, Shah-Deniz, wird unter der Leitung von Statoil von einem internationalen Konsortium entwickelt. Beteiligt sind neben Statoil auch BP, LUKAcip, NIKO, Total und TPAO. Allein Statoil investierte innerhalb von 15 Jahren 2,2 Mrd. USD in das Feld.²⁵⁸ Ein separates Konsortium mit derselben Struktur besitzt und verwaltet die Pipeline BTE, die ebenfalls erst durch FDI ermöglicht wurde.²⁵⁹

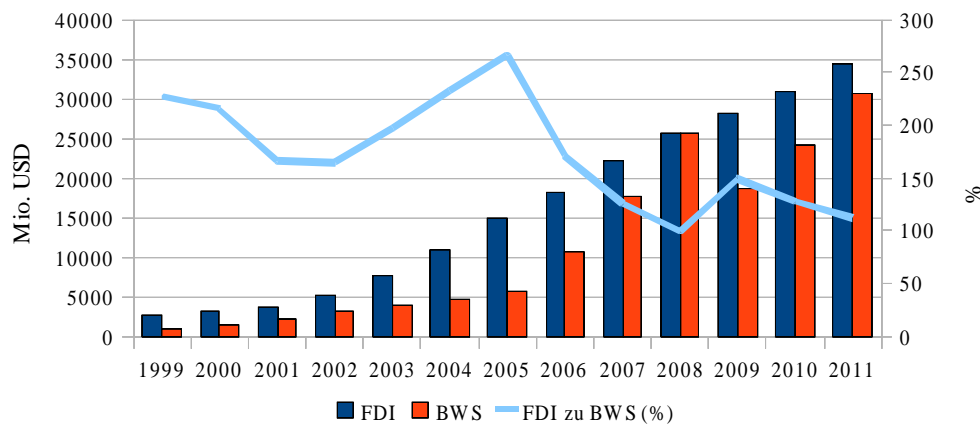


Abbildung 5: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, Aserbaidschan. Quelle: State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan

Zwar existieren keine Informationen bzgl. der Investitionen nach Ländern, die Sekundärliteratur weist jedoch darauf hin, dass BP mit Abstand zu den größten Investoren im aserbaidischen Energiesektor gehört (die durch BP getätigten Investitionen betragen ca. 50% des gesamten FDI Volumen in den Energiesektor²⁶⁰, gefolgt von Exxon, Amoco und Unocal aus den USA, TPAO aus der Türkei, der russischen Lukoil, der norwegischem Statoil und der japanischem Itochu²⁶¹).

Das Verhältnis von Investitionsbestand zu Bruttowertschöpfung startete mit dem sehr hohen Wert von 200%, d.h. dass die Summe der bis 1999 getätigten Investitionen das Doppelte dessen betrug, was der Sektor innerhalb eines Jahres erwirtschaftete. Dieses Verhältnis sank anschließend, steigerte sich jedoch bis zur Fertigstellung der BTC-Pipeline wieder auf 250%, die Investoren gingen also in große Vorleistung. Seitdem lässt sich trotz der nicht nachlassenden Investitionen mit Ausnahme des Jahres 2009 ein fallender Trend beobachten, so dass das Verhältnis zu Ende des Untersuchungszeitraumes 1:1 beträgt.

²⁵⁸ vgl. Götz 2007: 4

²⁵⁹ vgl. Nasirov 2010: 82f.

²⁶⁰ vgl. Pardo Sierra 2012: 11.

²⁶¹ vgl. Hübner 2011: 3.

Somit lässt sich festhalten, dass Aserbaidshan durch eine **hohe Präsenz ausländischen Kapitals** im Energiesektor gekennzeichnet ist.

5.4.2 Ukraine

Die Gas- und Ölförderung bietet in der Ukraine in Prinzip Raum für große Investitionen, da sich im Lande drei größere Kohlenwasserstofflagerstätten befinden: Öl- und Gasvorkommen sind onshore im Dniper-Donetsk-Becken und im Karpatenbecken zu finden. Das Schwarzmeer-Kuban-Becken umfasst Offshore-Gasfelder im Asowschen Meer sowie Onshore-Felder auf der Krim.²⁶² Dennoch blieb im Gegensatz zu Aserbaidshan der ukrainische Öl- und Gassektor gegenüber ausländischen Investitionen geschlossen.

Noch Ende der 90er Jahre stellte BP fest, dass die Ukraine anstatt der damaligen 20 Mrd. m³ Gas 35 Mrd. hätte fördern können, allerdings nur mit Hilfe einer aktiven Investitionspolitik.²⁶³ Die Erschließung der eigenen Gasvorkommen wird im Hinblick auf das teuer importierte Gas wichtiger denn je. Auch die Energiestrategie, die die Ukraine 2006 verabschiedete, zielt darauf ab, in erster Linie die Abhängigkeit vom Energieträgerimport von 55% (2005) auf 12% im Jahre 2030 zu reduzieren.²⁶⁴ Um die proklamierten Ziele zu erreichen, soll unter anderem die heimische Förderung von Gas und Öl erhöht werden. Für die heimische Industrie, und Naftogaz insbesondere, liegt dabei die größte Herausforderung in der Tiefe, auf der sich die meisten größeren Reserven befinden. Die Erschließung der Vorkommen bedarf daher erheblicher Investitionen. Trotzdem blieben die wichtigsten internationalen Ölförderungsgesellschaften dem ukrainischen Energiesektor zwischen 1999 und 2005 fern.

Zusammen belief sich der Bestand an Direktinvestitionen im Energiesektor zwischen 1999 und 2006 auf je etwa 9% der Bruttowertschöpfung.

Die wenigen Investitionen, die Anfang der 2000er Jahre im Ölsektor getätigt wurden, gingen überwiegend auf russische Firmen zurück. Im Zuge der Privatisierung wurden beispielsweise vier der sechs heimischen Ölförderungsgesellschaften von russischen Firmen bzw. *Joint Ventures* erworben. Der größte Produzent von Ölprodukten, die LINOS-Raffinerie befindet sich seitdem im Besitz des russisch-britischen JV TNK-BP. Die zweitgrößte Raffinerie in Odessa wird durch Lukoil betrieben. Insgesamt wurden 90% der Investitionen in den

²⁶² vgl. Pirani 2007: 48.

²⁶³ vgl. Omelčenko 2011, Razumkov Centre 2010: 16.

²⁶⁴ vgl. Opitz 2010: 224.

Ölsektor durch russische Firmen (Lukoil²⁶⁵, TNK BP und Tatneft) und hauptsächlich zum Erwerb der Ölraffinerien getätigt.²⁶⁶ Die starke Präsenz der russischen Unternehmen in diesem Bereich lässt sich auf die Geschäftsstrategie derselben zurückzuführen, welche auf Kontrolle oder Teilhabe an der gesamten internationalen Wertschöpfungskette abzielt.²⁶⁷ Andere ausländische Investoren gibt es im Ölsektor praktisch nicht. Darüber hinaus hat sich das Investitionsklima durch einen Konflikt um Eigentumsrechte zwischen der russischen Tatneft und Naftogaz weiter verschlechtert. Tatneft reduzierte in der Folge ihre Aktivitäten und senkte auch die Ölversorgung der von ihr erworbenen Kremenchuk-Raffinerie.

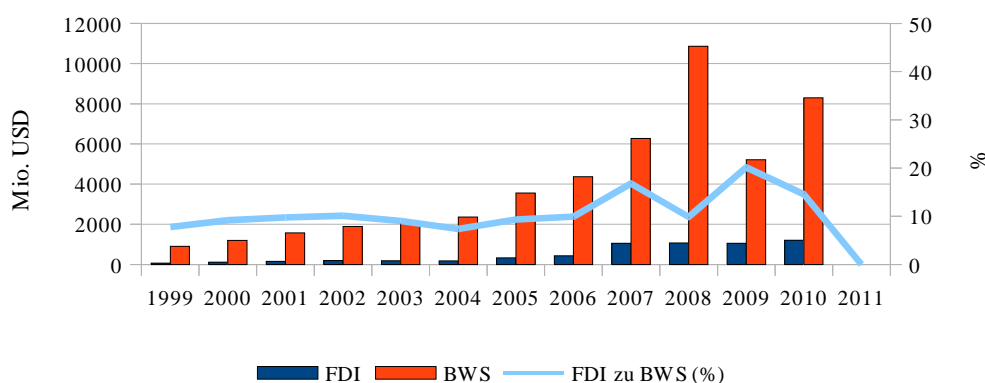


Abbildung 6: Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor, Ukraine. Quellen: UNCTAD; Nationalbank der Ukraine

Im Gassektor gab es die ersten nennenswerten Investitionen erst in den letzten Jahren. Sie sind in erster Linie mit dem Auftreten einiger weniger internationaler Firmen verbunden. So wurde der US-amerikanischen Firma *Vanco International Ltd.* die erste Lizenz für die Ausbeutung des 12.900 km² großen Offshore-Feldes Prykerchenska Block im Schwarzen Meer erteilt.²⁶⁸ Der einzige internationale Konzern, der seit 2006 gemeinsam mit der staatlichen Ukgazvydobuvannya ein gewisses Engagement in der Erschließung der Kohlenwasserstoffreserven zeigt, ist Shell.²⁶⁹ Die Beziehungen zwischen diesen wenigen Investoren und der ukrainischen Regierung gestalteten sich allerdings schwierig. 2005 begann das Parlament zunächst an der Entwicklung eines Gesetzes zu arbeiten, das vorsah, ausländische Investitionen in Offshore-Felder einzuschränken. Während der Janukowytsch-Regierung wurde sogar die Ansicht vertreten, dass ausschließlich

²⁶⁵ So bezahlte Lukoil etwa 7 Mio. USD für seinen Anteil an der Odessa-Raffinerie. 2008 investierte Lukoil ca. 30 Mio. in die Renovierung und Entwicklung der Anlagen.

²⁶⁶ vgl. Blyakha 2009: 7.

²⁶⁷ Vahtra 2005: 14, vgl. Balmaceda 2008: 14.

²⁶⁸ vgl. IEA 2006: 166.

²⁶⁹ Die Summe der Investitionen belief sich auf etwa 100 Mio. USD. vgl. Bugajski 2008: 8.

ukrainische Firmen bei den Investitionen in strategisch wichtige Offshore-Felder zu unterstützen sind. Das Engagement von internationalen Ölkonzernen wurde hingegen kritisch betrachtet.²⁷⁰ Als Beweis für die Unfähigkeit zur Etablierung eines effektiven Rahmens für Investitionen kann die Tatsache gelten, dass zwischen 1999 und 2006 kein einziges PSA unterschrieben wurde.²⁷¹

Dennoch lässt sich ein leichter Anstieg der Investitionstätigkeit ab 2007 verzeichnen, wodurch das Verhältnis der Investitionen zur BWS zeitweilig auf 20% angestiegen ist. Gleichzeitig befindet sich der gesamte Sektor seit 2007 im Aufwind, der durch die Wirtschaftskrise jedoch vorübergehend gedrosselt wurde.

Der Energiesektor bleibt Zankapfel unter den in Konkurrenz stehenden finanziell-industriellen Gruppen und ihren partikularen Interessen. Die Energiepolitik ist daher stark fragmentiert und hängt maßgeblich von den Interessen der an der Macht stehenden Elitengruppen ab. Als Paradebeispiel kann hier der Konflikt mit *Vanco International Ltd.* herangezogen werden: Nachdem dem amerikanischen Unternehmen 2007 die Lizenz für die Erschließung der Offshore-Felder erteilt wurde, schlug die neue Regierung unter Julija Timoschenko einen anderen Kurs ein. Dem Unternehmen wurde vorgeworfen, seine Rechte am PSA an die Offshore-Firma *Vanco Prykerchenska* übertragen zu haben.²⁷² Daraufhin wurde ihm die Lizenz im Jahre 2008 entzogen und es begannen lange Auseinandersetzungen mit der neuen Regierung.²⁷³ Erst 2010 wurden die Verhandlungen über die Erneuerung der Lizenz von der Regierung Mykola Azarov erneut in Gang gesetzt. Diese Vorgänge um die ukrainische Regierung, die die instabile Lage und den fehlenden Schutz der Eigentumsrechte unterstreichen, haben ein deutliches negatives Signal an ausländische Investoren gesendet.

Abschließend lässt sich also eine **niedrige Präsenz ausländischen Kapitals** im Energiesektor der Ukraine konstatieren, wobei Russland der wichtigste Investor im Sektor bleibt. Im Gegensatz zu Aserbaidshan konnte die Ukraine keine stabile investitionsfreundliche Politik verwirklichen, was vor allem durch das Prisma ihres politischen Systems betrachtet werden muss. Die instabile politische Lage und wechselnde Regierungen, die oft partikulare Interessen der ihnen nahe stehenden wirtschaftlichen

²⁷⁰ vgl. Pirani 2007: 49.

²⁷¹ vgl. IEA 2006:166.

²⁷² Vanco Prykerchenska befindet sich zu gleichen Anteilen im Besitz von Rinat Akhmetovs DTEK Holding Limited, der Shadowlight Investments Limited des russischen Geschäftsmann Evgenij Novitskij und der österreichischen Integrum Technologies Limited.

²⁷³ vgl. Eremenko, Aksakovskaya 2010.

Akteure hofieren, verhindern eine konsequente Politik gegenüber den so dringend nötigen Investitionen in den eigenen Energiesektor.

5.4.3 Zwischenfazit: FDI als *Magic Bullet* zur Verwirklichung der Transparenz

Die zweite Hypothese nahm eine positive Korrelation zwischen der Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor und dem Grad der Transparenz in demselben an. Die vorangegangene empirische Überprüfung zeigte, dass eine hohe Präsenz ausländischen Kapitals in Aserbaidschan positiv mit dem Grad der Transparenz korreliert. Ebenso bestätigte sich die Annahme im Fall der Ukraine: Der gegenüber ausländischen Investitionen geschlossene Energiesektor der Ukraine blieb innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums von einer niedrigen Präsenz ausländischen Kapitals charakterisiert. Somit wird die Hypothese 2 bestätigt.

5.5 UV3 Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor

5.5.1 Aserbaidschan

Vor der Einführung der ENP wiesen die Beziehungen zwischen der EU und Aserbaidschan weder einen hohen Institutionalisierungsgrad auf, noch ließen sich besondere Ambitionen erkennen.²⁷⁴ Die bilateralen Beziehungen (ebenso wie die energiepolitische Kooperation) wurden formal durch das PKA (Partnerschafts- und Kooperationsabkommen) und den „Energieartikel“ (Art. 55) reguliert.²⁷⁵ Der Grund für diese Zurückhaltung ist vor allem darin zu suchen, dass die alten EU-Staaten vor der EU-Erweiterung 2004 die Beziehungen zu Russland als Priorität betrachteten und jegliches weitergehende Engagement im nahen Ausland vermieden.²⁷⁶ Als Folge blieb die Präsenz der EU in der Region minimal und beschränkte sich auf finanzielle Unterstützung im Ausbau der Infrastruktur mit

²⁷⁴ vgl. Pardo Sierra 2012: 3.

²⁷⁵ Das PKA wurde 1996 unterschrieben und kam 1999 in Kraft. Zur Zeit verhandeln Aserbaidschan und die EU das das PKA zu ersetzende Assoziierungsabkommen, das sowohl wirtschaftlich als auch politisch die bilaterale Zusammenarbeit vertiefen soll.

²⁷⁶ vgl. Nuriyev 2008: 164.

Programmen wie TRACECA (*Transport Corridor Europe-Caucasus-Asia*) und INOGATE (*Interstate Oil und Gas Transport to Europe*).²⁷⁷

Die Situation änderte sich radikal mit der Etablierung der Europäischen Nachbarschaftspolitik (ENP) 2004 und der Östlichen Partnerschaft 2009.²⁷⁸ Das EU-Strategiepapier setzte die Priorität deutlich auf die Energiekooperation mit den südkaukasischen Staaten als „*important region both for the production (Caspian basin) and transit of energy*“.²⁷⁹ Aserbaidtschan ist sowohl Produzent (Öl und Gas) als auch Transitland und damit ein *strategic player* in der Energiepolitik des kaspischen Raums. Gegenwärtig richtet sich das Interesse Europas vor allem auf den Import von Erdgas über einen südlich verlaufenden Transportkorridor, in dessen Rahmen die Nabucco-Pipeline lange als Hauptprojekt galt und zum Symbol einer erfolgreichen Energie-Außenpolitik stilisiert wurde.²⁸⁰

Im Rahmen der ENP wurden die Energiebeziehungen zu Aserbaidtschan aufgewertet und die EU versuchte, die Konvergenz des aserbaidtschanischen Energiesektors mit den Prinzipien des EU-Binnengasmarktes herbeizuführen. Die Struktur dieser Beziehungen ist hybrid, beinhaltet sowohl bilaterale Initiativen wie das *Memorandum of Understanding On Energy* (MoUE), als auch multilaterale, die im Folgenden kurz erläutert werden und hinsichtlich der transgouvernementalen Kanäle im Fall Aserbaidtschans ausgewertet werden.

Memorandum of Understanding on Energy (MoUE)

Im Rahmen der ENP und des darauf folgenden Aktionsplans, der für Aserbaidtschan am 14. November 2006 beschlossen wurde, wird die Zusammenarbeit im Energiebereich geregelt. Die EU und Aserbaidtschan unterschrieben am 7. November 2006 das MoUE, das darauf abzielt, eine Partnerschaft im Bereich Energie zu gründen. Im Dokument verpflichtet sich Aserbaidtschan zur Implementierung einiger grundlegender Bereiche des *acquis*, unter anderem der Direktive 2003/55/EC, der Etablierung einer interessenunabhängig agierenden *ERA (Energy Regulatory Authority)* und der Einsetzung eines unabhängigen Gasfernleitungsbetreibers²⁸¹. Außerdem wird an dieser Stelle Bezug auf die Implementierung der EITI durch Aserbaidtschan genommen. Transparenz wird im Rahmen dieses Formates also direkt angesprochen. Hinsichtlich transgouvernementaler

²⁷⁷ vgl. Lussac 2010: 609.

²⁷⁸ vgl. Pardo Sierra 2012: 15.

²⁷⁹ Europäische Kommission 2004: 11.

²⁸⁰ vgl. Westphal 2012: 5. 2009 wurde zwischen der EU und der aserbaidtschanischen Regierung eine Erklärung über das Projekt „Südlicher Korridor“ unterschrieben. 2011 erklärten EU-Kommissionspräsident Jose Manuel Barroso, Günther Oettinger und Ilham Aliyev gemeinsam die Absicht, das Gas aus SD Phase II von Baku nach Europa zu bringen.

²⁸¹ vgl. Memorandum of Understanding on a Strategic Partnership between the European Union and the Republic of Azerbaijan in the Field of Energy 2006: 7.

Kanäle wird diese Initiative als niedrig eingestuft, denn es existieren weder spezielle Arbeits- bzw. Expertengruppen, die den Prozess der Implementierung überwachen²⁸², noch werden regelmäßig Fortschrittsberichte veröffentlicht.

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernamentale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
MoUE	0,25	0,25	0	0	0,5

Twining- und TAEIX-Projekte

Im Rahmen der ENP wird Aserbaidshan mit einem *Energy Reform Support Programm* (ERSP) unterstützt, das außer einer finanziellen Hilfe technische Unterstützung in Form von Beratung bei der Implementierung einer transparenten Energiestrategie und der Reform des Energiesektors zur Verfügung stellt.²⁸³ In Aserbaidshan wurde bis dato jedoch nur ein Twining durchgeführt, das sich explizit mit der Reformierung des Energiesektors beschäftigte.²⁸⁴

Twining-Projekte	1
TAEIX-Projekte	0

Parallel zu den vorangegangenen bilateralen Initiativen mit der EU nimmt Aserbaidshan als Staat der Schwarzmeerregion außerdem an regionalen energiepolitischen Initiativen teil, die im Folgenden kurz erörtert werden.

Baku-Initiative

Im Rahmen der Entwicklung einer einheitlichen Strategie gegenüber der Schwarzmeerregion wurde von der EU 2004 die Baku-Initiative als Teil des INOGATE-Programms ins Leben gerufen, an der die Staaten der Schwarzmeerregion, des Kaukasus und Zentralasiens teilnehmen.²⁸⁵ Die zweite Ministeriale Konferenz in Astana am 30. November 2006 bestätigte diesen erweiterten Aufgabenbereich des INOGATE-Programms,

²⁸² Im Rahmen des MoUE wird zwar technische Unterstützung und Expertenaustausch erwähnt, aber auf Twining- und TAEIX-Projekte verlagert, die ich separat berechne.

²⁸³ Die finanzielle Unterstützung beträgt 14 Mio. Euro. vgl. European Commission 2007a.

²⁸⁴ vgl. Anhang

²⁸⁵ Zu de weiteren Teilnehmerstaaten gehören Armenien, Belarus, Georgien, Kasachstan, Kirgisistan, Moldau, Russland (Beobachterstatus), Tadschikistan, Türkei, Ukraine und Usbekistan.

das zuvor nur rein technische Unterstützung vorsah, und legte ein *Road Map* mit vier Zielfeldern für die zukünftige Kooperation vor, die als Baku-Initiative bekannt wurde.²⁸⁶

Neben rein technischen Aufgaben zielt die Initiative darauf ab, „sub-regional energy markets“²⁸⁷ zu etablieren. Im Rahmen der Aufgabenbereiche finden sich folgende Ziele, die sich explizit auf Transparenz beziehen:

1. „Development of a transparent, equitable, stable framework attracting the necessary investment;
2. Legal framework reform with the objective to secure the proper implementation of transparent and consistent legislation with uniform application;
3. The fight against bureaucracy, lack of financial and market transparency and corruption“²⁸⁸

Im Rahmen dieser Initiative existieren auch transgouvernementale Kanäle in Form von Arbeitsgruppen, die zwecks der Implementierung der vier Ziele der *Road Map* gebildet wurden und sich regelmäßig treffen.²⁸⁹

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
Baku-Initiative	0,25	0,25	0,25	0,25	1

Schwarzmeersynergie

Die Schwarzmeersynergie wurde 2007 als zusätzliche Komponente zur ENP, der EU-Russland Beziehungen und der Assoziierungspolitik gegenüber der Türkei ins Leben gerufen. Sie unterscheidet sich von der Baku-Initiative insofern, als sie versucht, auf höherer Ebene eine Koordinierungsrolle für die Akteure und Programme innerhalb der Schwarzmeerregion in einer Vielzahl von Bereichen, einschließlich der Energiewirtschaft zu übernehmen.

Hinsichtlich der Energiekooperation zielt die Schwarzmeersynergie darauf ab, in diesem Bereich einen klar formulierten Ordnungsrahmen für die Produktion, den Transport und

²⁸⁶ vgl. Ministerial Declaration on Enhanced Energy Cooperation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighbouring countries 2006: 1.

²⁸⁷ Ferrero-Waldner 2006, zit. nach Youngs 2007: 4.

²⁸⁸ vgl. Ministerial Declaration on Enhanced energy co-operation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighbouring countries 2006: 8ff.

²⁸⁹ vgl. Ministerial Declaration on Enhanced energy co-operation between the EU, the Littoral States of the Black and Caspian Seas and their neighbouring countries 2006: 1.

den Transit von Energie zu schaffen.²⁹⁰ Der Fokus dieser Initiative liegt also auf Energieversorgungssicherheit.²⁹¹ Dies stützen die von der EU proklamierten Ziele, bei denen Transparenz folglich keinen Platz findet.

Die Kommission hat nicht die Absicht, neue Institutionen und zusätzliche Bürokratie zu schaffen. Die wichtigsten Gesprächspartner der EU werden auch künftig die Schwarzmeeranrainerstaaten sein.²⁹² Es existieren darüber hinaus keine Arbeitsgruppen oder *steering committees*, die die Arbeit der Initiative überwachten, sowie keine ausgearbeiteten Arbeitsprogramme auf deren Basis eine Bewertung erfolgen könnte.²⁹³ Somit bietet diese Initiative in puncto transgouvernementale Kanäle keine Anhaltspunkte. Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Schwarzmeersynergie weder konkrete Mechanismen in Bezug auf Transparenz, noch zusätzliche Kanäle für die Sozialisierung der Teilnehmerstaaten entwickeln konnte.²⁹⁴

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
Schwarzmeersynergie	0,25	0	0	0	0,25

Plattform 3 „Energiesicherheit“

Die Schwarzmeersynergie wurde, so die Ansichten in der entsprechenden Literatur, durch die Lancierung der Östlichen Partnerschaft 2009, gerade einmal ein Jahr nach der Schwarzmeersynergie, überschattet.²⁹⁵ Zu den innovativen Elementen der Östlichen Partnerschaft²⁹⁶ gehört, dass neben der bilateralen Zusammenarbeit eine neue multilaterale Dimension in die Beziehungen eingeführt wird.²⁹⁷ Im Rahmen der gemeinsamen Zusammenarbeit, die sich auf vier thematische Plattformen verteilt, ist eine der Energiesicherheit gewidmet. Die Kernziele der Plattform 3 „Energiesicherheit“ sind, Mechanismen für die gegenseitige Unterstützung im Energiebereich und bei der Energieversorgungssicherheit einschließlich Frühwarnmechanismen und gemeinsamer

²⁹⁰ vgl. Europäische Kommission 2007b: 5.

²⁹¹ Mitchell 2010: 168f.

²⁹² Um die proklamierten Ziele umzusetzen, beabsichtigt die Schwarzmeersynergie, bereits von der Kommission verwaltete sektorale Programme (in erster Linie die Organisation für Schwarzmeerkoooperation BSEC) zu nutzen.

²⁹³ vgl. Delcour, Manoli 2010: 9.

²⁹⁴ vgl. Delcour, Manoli 2010: 13.

²⁹⁵ vgl. Tsantoulis 2009: 5; vgl. Delcour, Manoli 2010: 11.

²⁹⁶ Zur Östlichen Partnerschaft gehören Armenien, Aserbaidshan, Belarus, Georgien, Republik Moldau und die Ukraine.

²⁹⁷ Sowohl bilaterale als auch multilaterale Komponente der Östlichen Partnerschaft zielen in erster Linie darauf ab, die Angleichung an die EU-Standards zu erleichtern und wirtschaftliche Integration durch Assoziierungsabkommen und Freihandelszonen zu ermöglichen.

Sicherheitsmaßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.²⁹⁸ Transparenz ist nicht unmittelbar Bestandteil dieser Plattform.

Die Östliche Partnerschaft und die technische Plattform der Energiesicherheit etablieren starke Kommunikationskanäle, die auch transgouvernementale Elemente enthalten.²⁹⁹ Auf der hohen politischen Ebene finden alle zwei Jahre Summits zwischen den Staatsoberhäuptern und jährlich Außenministertreffen statt. Auf Ministerienebene finden sektorspezifische Treffen statt. Was die Plattform unmittelbar angeht, so werden diese von hohen Regierungsbeamten mindestens zwei Mal im Jahr abgehalten. Die Arbeit dieser Plattformen wird außerdem durch Treffen von Experten in sektorenspezifischen Panelgruppen unterstützt.³⁰⁰ Aufgrund der aufwändigen institutionellen Struktur der Östlichen Partnerschaft spricht Tsantoulis von „beginning of sozialisaton“.³⁰¹

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
Plattform 3 „Energie-sicherheit“	0,25	0	0,25	0,25	0,75

Festzuhalten bleibt, dass trotz des deutlichen Schwerpunktes der Zusammenarbeit zwischen der EU und Aserbaidtschan auf dem Energiesektor **die Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor** relativ **niedrig** bleibt, da es wenige Twinning-Projekte und keine TAEIX-Veranstaltungen im Energiesektor gibt, während im Rahmen der anderen energiepolitischen Initiativen nur wenige transgouvernementale Kanäle existieren und deren Schwerpunkt deutlich auf Energiesicherheit liegt, so dass Sozialisationsprozesse nur in geringem Maße vonstatten gehen können.

5.5.2 Ukraine

Memorandum of Understanding on Energy

Die Ukraine ist das wichtigste Transitland für den Transport von überwiegend russischem Öl und Erdgas in den EU-Raum. Die Energiebeziehungen der Ukraine mit der EU sind in

²⁹⁸ vgl. European Commission 2009a.

²⁹⁹ vgl. Tsantoulis 2009: 3.

³⁰⁰ vgl. European Commission 2011: 4.

³⁰¹ Tsantoulis 2009: 3.

einem Partnerschaftsabkommen, Art. 61 geregelt.³⁰² Im Rahmen des ENP-Aktionsplans wird als Handlungspriorität unter anderem die vollständige Umsetzung des MoUE, das im Dezember 2005 unterschrieben wurde, festgelegt. Unter den angekündigten Zielen des MoUE wird Transparenz eine große Bedeutung zugewiesen. So geht es im Memorandum unter anderem um die Gewährleistung der Transparenz des ukrainischen Gastransportsystems durch Sicherung fiskalischer und kommerzieller Transparenz.³⁰³ Außerdem verpflichtet sich die Ukraine, die Direktive 2003/55/EC zu übernehmen, in der es unter anderem um die Gründung einer unabhängigen Regulierungsbehörde und Gewährleistung von „unbundling and transparency of accounts“³⁰⁴ im Gastransit geht.³⁰⁵ Darüber hinaus wird die Problematik des Staatsunternehmens Naftogaz angesprochen, bei welchem finanzielle Transparenz angemahnt wird.³⁰⁶ Auch die Teilnahme an der EITI wird der Ukraine nahegelegt, um die Transparenz des gesamten Energiesektors zu erhöhen.³⁰⁷ Um die Implementierung des Memorandums umzusetzen, wurden fünf thematische Arbeitsgruppen gebildet. Diese treffen sich regelmäßig, um Fortschrittsberichte für die EU-Ukraine-Summits bereitzustellen und die nächsten Arbeitsschritte zu koordinieren.

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
MoUE	0,25	0,25	0,25	0,25	1

Energiegemeinschaft

Als größten Erfolg der energiepolitischen Zusammenarbeit konnte die Ukraine den Beitritt zur Energiegemeinschaft³⁰⁸ am 1. Februar 2011 verzeichnen. Bereits 2005 wurde eine gemeinsame Absichtserklärung für die volle Integration des ukrainischen Energiemarktes in die EU unterzeichnet. Fast gleichzeitig erhielt die Ukraine zunächst offiziellen Beobachterstatus in der Energiegemeinschaft.

³⁰² Das EU-Ukraine PKA wurde 1994 unterzeichnet und trat 1998 in Kraft. Die Verhandlungen über ein Nachfolgeabkommen haben im Jahr 2007 begonnen und wurden im Dezember 2011 abgeschlossen. Die Unterzeichnung des Assoziierungsabkommens steht aus.

³⁰³ vgl. Joint EU-Ukraine Report 2009: 2.

³⁰⁴ Directive 2003/55/EC of the European Parliament and of the Council, Art. 16, 17.

³⁰⁵ vgl. Joint EU-Ukraine Report 2009: 3.

³⁰⁶ vgl. Joint EU-Ukraine Report 2010: 3ff.

³⁰⁷ vgl. Joint EU-Ukraine Report 2010: 4; vgl. Joint EU-Ukraine Report 2012: 4.

³⁰⁸ Die Energiegemeinschaft wurde 2006 ins Leben gerufen. Ursprünglich wurde die Integration der Energiemärkte Südosteuropas als eine mittelfristige Lösung für die beitragswilligen Staaten des Westbalkans auf dem Weg zum vollständigem EU-Beitritt entwickelt.

Der Vertrag über die Energiegemeinschaft mit der Ukraine sieht eine sukzessive Übernahme der energierelevanten Teile des *acquis* der EU durch die Ukraine vor³⁰⁹, mithilfe derer u.a. das Investitionsklima im Energiesektor verbessert würde.³¹⁰ Klaren Bezug auf Transparenz enthält folgendes Ziel der Energiegemeinschaft: „[I]t aims at creating open and transparent national energy markets based on stable regulatory and market frameworks capable of attracting investments in power generation and networks“.³¹¹

Hinsichtlich der transgouvernementalen Kanäle lässt sich festhalten, dass die Energiegemeinschaft einige relevante Foren etabliert hat: So den Ministerrat, der sich mindestens halbjährlich trifft und sich aus einem Vertreter pro Land und zwei Vertretern aus der Energiegemeinschaft zusammensetzt. Oder die *Permanent High level Group* und das *Regulatory Board*, die die Implementierung des *acquis* überwacht und Beratung auf allen Ebenen leisten.³¹² Es findet regelmäßig Wissensaustausch statt, unter anderem in den Foren „Elektrizität“ und „Gas“.³¹³ Auch in der Ukraine wurde solch eine Arbeitsgruppe in Zusammenarbeit mit der Energiegemeinschaft gegründet.³¹⁴

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
Energiegemeinschaft	0,25	0,25	0,25	0,25	1

Internationale Konferenz für die Modernisierung des ukrainischen Systems der Erdgastransitpipelines

Die Konferenz für die Modernisierung des ukrainischen Gastransitsystems wurde 2009 zwischen der Ukraine, der Europäischen Kommission und internationalen finanziellen Institutionen wie IWF, Weltbank und EBRD abgeschlossen. Das Motiv dieser Vereinbarung bestand in erster Linie darin, dass die Ukraine dringend Kapital zur Modernisierung des

³⁰⁹ vgl. Grätz, Westphal 2011: 1.

³¹⁰ vgl. Dixi Group 2012b: 1.

³¹¹ European Commission 2011: 2.

³¹² vgl. Joint EU-Ukraine Report 2012: 3.

³¹³ vgl. Energy Community 2010: 24ff.

³¹⁴ vgl. Dixi Group 2012b: 8.

eigenen Pipelinesystems benötigte und sich in diesem Anliegen Unterstützung seitens der EU erhoffte.

Die Forderungen, die gegenüber der Regierung der Ukraine gestellt wurden, unterscheiden sich nicht gravierend von denen der Energiegemeinschaft oder MoUE und lassen sich folgendermaßen zusammenfassen: Entflechtung des nationalen Unternehmens „Naftogaz“ und Sicherung der Unabhängigkeit des Netzbetreibers; Gleichberechtigter und effektiver Zugang zu relevanten finanziellen und technischen Informationen; Veröffentlichung der Tariffberechnungen des Netzbetreibers und weitere Reformen des Gassektors, zu denen sich die Ukraine im Rahmen des Beitrittsprozesses zur Energiegemeinschaft verpflichtet hat.³¹⁵

Auf den ersten Blick scheint diese Konferenz eindeutig der *trade-off*-Logik zu folgen: Implementierung der europäischen Normen gegen Investitionen in das für die Ukraine strategisch wichtige Pipelinesystem.³¹⁶ Die Implementierung sieht aber durchaus Kanäle vor, die einen Sozialisationsprozesse fördern können: Es wurde eine technische Koordinationseinheit gegründet, die Vertreter von „Naftogaz“, der Europäischen Kommission und internationaler Finanzinstitutionen zusammenbringt und bei der Implementierung der Reformen beratend zur Seite steht.³¹⁷

	Mitgliedschaft in einer Organisation/Initiative	Bezug auf Transparenz	Transgouvernementale Kanäle	Regelmäßigkeit	Ergebnis
Konferenz	0,25	0,25	0,25	0	0,75

Darüberhinaus nimmt die Ukraine als Staat der Schwarzmeerregion an allen regionalen Initiativen teil, die bereits besprochen wurden. Somit erhält die Ukraine für die Teilnahme die gleiche Punktzahl wie Aserbaidschan, da das Ausmaß der Kooperation im Rahmen der Initiativen gleich ausfällt. Bei den TAEIX-Projekten liegt der thematische Schwerpunkt überwiegend auf Energieeffizienz³¹⁸, und der Gas- und Ölsektor ist nur mit einem Projekt repräsentiert. Es gab aber bedeutend mehr Twinning-Projekte im Sektor als in Aserbaidschan. Diese zielten auf eine Unterstützung der nationale Regulierungsbehörde

³¹⁵ vgl. Joint Declaration 2009: 2f.

³¹⁶ Im Gegenzug für die Implementierung der Reformen sicherten Weltbank, EBRD und EIB einen Kredit in Höhe von 1,7 Mrd. USD zu. vgl. Eremenko 2009.

³¹⁷ vgl. Joint EU-Ukraine Report 2012: 4f.

³¹⁸ In dieser Hinsicht hat die Ukraine Nachholbedarf: Die Energieeffizienz hat sich seit 2000 zwar erhöht und lag im Jahre 2007 bei 0,41 Kilogramm Öläquivalent pro US-Dollar, jedoch blieb sie weit hinter der Entwicklung der ostmitteleuropäischen EU-Staaten Polen (0,18 kgoe/USD) und Slowakei (0,2 kgoe/USD) zurück. vgl. Opitz 2010: 232.

bei der Vorbereitung und Implementierung der Gesetze im Gassektor, vor allem vor dem Hintergrund des Beitritts zur Energiegemeinschaft.

Twinning-Projekte	4
TAEIX-Projekte	3

In Bezug auf den Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen der Ukraine und der EU lässt sich festhalten, dass die Ukraine im Vergleich zu Aserbaidschan eine viel **höhere Ausprägung der Grades der Institutionalisierung der Kooperation** aufweist, denn die Teileinheiten der Verwaltung können nicht nur im Rahmen der zahlreichen Twinning und TAEIX-Projekte sozialisiert werden, sondern auch durch die stärker institutionalisierte Zusammenarbeit im Rahmen der Energiegemeinschaft sowie durch vielfältige transgouvernementale Kanäle des MoUE oder der Internationalen Konferenz für die Modernisierung des Pipelinesystems.

Tabelle 9: Grad der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor (Ukraine und Aserbaidschan im Vergleich)

	Ukraine	Aserbaidschan
Twinning-Projekte	4	1
TAEIX	2,25	0
Baku-Initiative	1	1
Memorandum of Understanding	1	0,5
Schwarzmeersynergie	0,25	0,25
Plattform 3	0,75	0,75
Investitionskonferenz	0,75	-
Energiegemeinschaft	1	-
Summe	11	3,5

5.5.3 Zwischenfazit: Grenzen des Politiktransfers

Die H3 basierte auf der Annahme, dass sich ein hoher Institutionalierungsgrad der Kooperation im Energiesektor zwischen einem Land und der EU positiv auf die Transparenz im Energiesektor auswirkt, da infolge dieser Kooperation transgouvernementale politische Netzwerke entstehen, in deren Rahmen eine Sozialisation von Teileinheiten der öffentlichen Verwaltung im Sinne von demokratischem Regieren und Transparenz ermöglicht wird. Im Rahmen der Untersuchung wurde diese Hypothese

jedoch nicht bestätigt: Im Gegensatz zu Aserbaidtschan weist die Ukraine zwar einen weitaus höheren Grad der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor mit intensiveren transgouvernementalen Kanälen und explizitem Transparenzbezug auf. Der ukrainische Energiesektor bleibt jedoch während des gesamten Untersuchungszeitraums intransparenter und weist keine Verbesserung auf.

6. Diskussion der Ergebnisse

Im Zentrum der Arbeit standen drei Hypothesen, die nach der empirischen Überprüfung nun ausführlich diskutiert werden. Die aus der Ressourcenfluchttheorie abgeleitete erste Hypothese wurde im Laufe der Untersuchung nicht bestätigt. Das ressourcenreiche Aserbaidtschan, das aufgrund seiner hohen Öl- und, neuerdings, Gasrenten als klassischer Rentier-Staat betrachtet werden kann, gestaltet seinen Energiesektor viel transparenter im Vergleich zu einem ressourcenarmen Staat wie der Ukraine. Dieses Ergebnis stimmt mit Studien³¹⁹ überein, die dem Vorhandensein von Ressourcenreichtum allein keine Relevanz in Bezug auf die Verwirklichung der Transparenz bescheinigen. Somit kann die Ressourcenflucht-Theorie bei der Erklärung der unterschiedlichen Grade der Transparenz im Energiesektor postsowjetischer Staaten keine Erklärungskraft aufweisen.

Der Fall Ukraine erweist sich in diesem Kontext als besonders interessant. Vor dem Hintergrund sinkender Renten bzw. Transiteinnahmen scheint die Einführung von Transparenz im eigenen Energiesektor zur Anwerbung von Investitionen eigentlich naheliegend. Der Grad der Transparenz erfährt jedoch zwischen 2001 und 2011 sogar einen Rückgang (von 0,42 auf 0,32 nach dem Transparenzindex). Wenn man die separaten Komponenten des Indexes in Betracht zieht, fällt auf, dass vor allem die Staatstransparenz innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums (von 0,82 auf 0,58) zurückgegangen ist. Dazu haben mehrere Faktoren beigetragen, wie intransparente Lizenzvergabe sowie Auktionen hinter geschlossenen Türen. Genauso undurchsichtig wird der äußerst wichtige Bereich des Gasimportes aus Russland verwaltet, der lange Zeit in die Hand von ominösen Zwischenhändlern gelegt wurde.³²⁰ So wurde infolge des Gasstreites 2005/2006 RosUkrEnergo eingeschaltet, das turkmenisches Gas zu billigen Preisen an die Ukraine absetzte und sich durch ein äußerst intransparentes Geschäftsmodell

³¹⁹ Renzio et al. 2009.

³²⁰ Vor 2006 wurden die Importe aus Russland durch ITERA und Eural Trans Gas durchgeführt.

kennzeichnete.³²¹ Dieses Unternehmen gehörte je zur Hälfte Gazprom und zwei ukrainischen Oligarchen. Dieses Beispiel ist für die Transparenz im ukrainischen Energiesektor durchaus aufschlussreich. Noch Mitte der 90er Jahre stiegen diejenigen, die Nähe zum Präsidenten genossen, durch lukrative Erdgasimporte in die Liga der Oligarchen auf.³²² Durch Fortbestehen der informellen Netzwerke zu politischen Akteuren versuchten sie, ihre Interessen im Gasgeschäft zu verfolgen.³²³ Gerade die Gasimporte boten im Fall der Ukraine ein großes Potenzial zur Abschöpfung ökonomischer Renten, den sogenannten „*rents of dependency*“³²⁴. Diese konnten jedoch, wie der Beispiel von RosUkrEnergo zeigt, nur in einem intransparenten Umfeld abgeschöpft werden. Bellver und Kaufmann bemerken dazu: „Yet in countries where state capture (...) remains a challenge, transparency reforms are likely to be resisted by certain groups in society (...).“³²⁵ Diese Logik auf den ukrainischen Energiesektor übertragend kann durchaus angenommen werden, dass Transparenz von jenen blockiert wird, die durch Intransparenz ihre *rent-seeking* Aktivitäten im vollen Gange ausüben können. Folglich lässt sich festhalten, dass nicht nur Ressourcenreichtum zu Intransparenz führt, denn auch in ressourcenarmen Staaten können Akteure Intransparenz instrumentalisieren. Für die weiterführende Forschung wäre interessant herauszufinden, ob es einen Zusammenhang zwischen der Einführung von Transparenzstandards und den informellen de facto-Veto-Akteuren gibt. Nachdem aber die Energiepolitik nach wie vor ein recht geschlossenes Politikfeld ist, dürfte diese Frage schwierig zu erforschen sein. Außerdem besteht die methodologische Schwierigkeit darin, aus den diffusen Interessenslagen jene herauszufiltern, die Reformen hin zur Transparenz kausal und nachhaltig beeinflussen können.

Die zweite Hypothese, die einen Zusammenhang zwischen dem Grad der Transparenz und der Präsenz ausländischen Kapitals im Energiesektor postulierte, wurde infolge der empirischen Überprüfung bestätigt. Aserbaidschan, das eine extrem hohe Präsenz ausländischer Investitionen im Energiesektor aufweist, die innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums bei über 100 % der Bruttowertschöpfung liegen, erfährt eine steile Verbesserung des Transparenzgrades im Energiesektor. Dass es die Tätigkeit der

³²¹ vgl. Grätz, Westphal 2009: 8.

³²² vgl. Hofer 2008: 142f.

³²³ vgl. Melnykovska 2011: 192, Balmaceda 2004: 32, Balmaceda 2008.

³²⁴ vgl. Balmaceda 2008. Zugrundeliegende Mechanismen waren beispielsweise die Preismanipulationen im direkten Tauschhandel bzw. die Abgabe der Zahlungsverantwortung an den Staat und die Beteiligung an dem de facto - „Diebstahl“ von Gazprom-Gas aus Transit-Pipelines. In all diesen potenziellen rent-seeking-Bereichen wurden Gewinne in erster Linie auf Kosten des ukrainischen Staates externalisiert. vgl. Balmaceda 2009: 19.

³²⁵ vgl. Bellver, Kaufmann 2005: 2.

ausländischen Investoren ist, die für die Erhöhung der Transparenz verantwortlich ist, belegt die Beobachtung, dass sich vor allem der korporative Teil des Indexes, also die Transparenz des Staatsunternehmens SOCAR von 0 auf 0,68 gegen Ende des Untersuchungszeitraums erhöht hat. Die Ukraine hingegen, die innerhalb des gesamten Untersuchungszeitraums wenig Dynamik hinsichtlich der Tätigkeit ausländischer Investoren aufweist, konnte ihren Energiesektor in Bezug auf Transparenz nicht verbessern. Die vorliegenden Ergebnisse legen die Schlussfolgerung zugrunde, dass ressourcenreiche Staaten, die auf externes Kapital angewiesen sind, den positiven Einflüssen von FDI durchaus ausgesetzt sein können.

Im Hinblick auf die Ergebnisse ist es interessant zu diskutieren, welche Wirkungsmechanismen FDI in diesem Zusammenhang entfalten können. Hinsichtlich der in den theoretischen Ausführungen vorgestellten „Logik der Konsequenzen“ und der „Logik der Angemessenheit“ kann man durchaus eine Kombination der beiden annehmen. Zum einen kann also argumentiert werden, dass für Aserbaidschan mit seiner undiversifizierten Wirtschaftsstruktur der Ölsektor die einzige Option für die unabhängige Staatsbildung war. Die Entwicklung des Sektors war jedoch auf Kapital und technisches Know-How aus dem Ausland angewiesen, wofür wiederum die Nachfrage nach Informationen seitens der Investoren befriedigt werden musste. Kwok und Tadesse bringen den Faktor der Reputationsbemühungen ins Spiel, welche die positiven Effekte von FDI verstärken können. Dies ist im Fall von Aserbaidschan durchaus plausibel und lässt sich in erster Linie auf die isolierte Position nach dem Konflikt um Bergkarabach zurückführen. Dies belegt beispielsweise auch die Tatsache, dass es sich im Gegensatz zu anderen postsowjetischen ressourcenreichen Ländern wie Kasachstan oder Russland keine Renationalisierungspolitik erlaubte.³²⁶ Denn die stabilen Öleinnahmen und die politischen Beziehungen zu Europa werden in Aserbaidschan als ein möglicher Schlüssel zur Lösung des Konfliktes betrachtet. Aber auch im Hinblick auf die Logik der Angemessenheit lassen sich Sozialisierungseffekte vermuten. Denn wie die Ausführungen in Kapitel 5.3.1 zeigten, gehört BP – ein Pionier der Transparenzbewegung im Energiesektor – zu den wichtigsten Investoren im Lande. Die zügige Implementierung der EITI durch Aserbaidschan³²⁷ kann also durchaus als Demonstrationseffekt erklärt werden.

Die aus dem Modell des demokratischen Regierens abgeleitete Hypothese wurde hingegen nicht bestätigt. Die Ukraine weist, wie die Ausführungen zeigten, einen höheren

³²⁶ vgl. Partlett 2010: 88.

³²⁷ vgl. BP Magazine 2011: 44.

Grad der Institutionalisierung der Kooperation im Energiesektor auf. Die intensivere Kooperation mit der EU auf der Ebene der Staatsadministration führt jedoch nicht zur Regelübernahme bzw. Verhaltensänderung und folglich zu keinem höheren Grad der Transparenz. Trotz der Verpflichtungen hat die Ukraine die Direktive 2003/55/EC nicht implementiert, in deren Folge unter anderem die finanzielle Transparenz von Naftogaz verbessert werden könnte. Bemerkenswert ist hier der steile Rückgang der Transparenzwerte (sowohl auf der Staats- als auch auf der Unternehmensebene) seit 2004. Im Falle Aserbaidshans kann die Hypothese ebenfalls verworfen werden. Denn wie die Ausführungen in Kap. 5.4.1. zeigten, weist Aserbaidshan weniger Sozialisationskanäle auf und wird im Rahmen der Zusammenarbeit kaum mit Forderungen nach Transparenz konfrontiert. Es ist jedoch im Vergleich zur Ukraine viel schneller bei der Verwirklichung von Transparenz.

Dieses Ergebnis bestätigt den Schluss von Freyburg, dass das Sozialisierungspotenzial dieser Kooperation in einem kapitalintensiven Politikfeld wie der Energiepolitik bei der Erklärung der Reformprozesse nicht entfaltet werden kann. Außerdem ist es denkbar, dass die Staatsbeamten in Freyburgs Studie zwar ihre Einstellung geändert haben, ihr Verhalten aber nicht an demokratische Praktiken anpassen: „[W]hile participation in transgovernmental policy networks may indeed shape state officials' attitudes towards democratic governance, it does not necessarily impact on their behaviour. Behaviour and behavioural intentions are treated as potential consequences rather than as integral components of attitude change itself. Factors such as hesitations due to likely repressive consequences can hinder the actual application of democratic governance in practice“.³²⁸

Die Beobachtung, dass sich die Ukraine zumindest zur Implementierung der EITI verpflichtet hat, nachdem ihr Kredite zur Modernisierung des Pipelinesystems von der EU und internationalen Finanzinstitutionen zugesichert wurden³²⁹, legt dagegen die Schlussfolgerung nahe, dass der *Leverage*-Ansatz in diesem Zusammenhang durchaus eine partielle Erklärungskraft entfalten kann. Dass nach dem Beitritt der Ukraine zur Energiegemeinschaft keine nennenswerten Fortschritte in Bezug auf die Transparenz zu verzeichnen sind, ist wohl auf eine Diskrepanz in den Erwartungen der EU und der Ukraine zurückzuführen³³⁰: Die Ukraine erhoffte sich infolge der intensiven Kooperation mit der EU finanzielle Unterstützung und Hilfe bei der Blockade des neuen

³²⁸ Freyburg 2011: 1005.

³²⁹ vgl. Dixi Group 2012b: 6.

³³⁰ vgl. Shumylo-Tapiola 2012.

Umgehungspipeline „South Stream“. Die EU wiederum erwartete eine zügige Durchführung von Reformen in der Ukraine. Beide wurden enttäuscht.

Auch die Beobachtung, dass Aserbaidschan die ersten EITI-Berichte 2003 zu veröffentlichen begann, stimmt mit der Hypothese 3 hinsichtlich der Sozialisierungseffekte im Rahmen der funktionalen Kooperation nicht überein, denn wie in Kapitel 5.4.1 dargestellt, war der Institutionalisierungsgrad der Kooperation zwischen Aserbaidschan und der EU bis 2004 gering.

7. Fazit

Die vorliegende Arbeit ging der Fragestellung nach, warum Energiesektoren in Staaten mit gleich niedriger Governance-Perfomanz unterschiedliche Transparenzgrade aufweisen. In Anlehnung an ein positivistisches Forschungsdesign wurden aus dem Forschungsstand drei mögliche Erklärungsfaktoren dediziert und anhand zweier Fälle (Aserbaidschan und Ukraine) der empirischen Überprüfung unterzogen. Zu Beginn der Untersuchung wurde herausgearbeitet, dass sich der Untersuchung von Transparenz als AV nur einige wenige Arbeiten widmen: Der schmale Forschungsstand zum Thema weist weder reichhaltige theoretische Erkenntnisse noch deren systematische empirische Überprüfung auf. In dieser Arbeit wurde der Versuch unternommen, die bestehenden theoretischen Zugänge an das Thema auf ihre Erklärungskraft zu untersuchen und somit die empirische Lücke zu schließen.

Zunächst zu den gewonnenen Erkenntnissen. Sowohl die Hypothese, dass Transparenz im Energiesektor mit steigenden Ressourcenrenten sinkt, als auch die Hypothese, dass Transparenz mit dem Grad der Institutionalisierung der Kooperation zwischen einem Staat und der EU im Energiesektor steigt wurden infolge der Untersuchung falsifiziert.

Die klassische Ressourcenfluch-Theorie erwies sich für die Erklärung der unterschiedlichen Transparenzgrade im Energiesektor postsowjetischer Staaten als nicht relevant. Sicherlich ist jedoch die Reichweite der Ergebnisse dieser Untersuchung dadurch limitiert, dass der Hypothesentest nur anhand zweier Fälle durchgeführt wurde.

Als genauso wenig zutreffend stellte sich das Modell des demokratischen Regierens heraus, nach dem ein höherer Grad der Institutionalisierung der sektoralen Kooperation mit der EU eine Übernahme demokratischer administrativer Praktiken herbeiführt und sich in einem höheren Grad der Transparenz im Energiesektor niederschlägt. Das Beispiel der Ukraine zeigt sehr deutlich, dass selbst ein hoher Institutionalisierungsgrad der

Kooperation weder zu den von der EU geforderten Maßnahmen, wie einer Implementierung der EITI oder finanzieller Transparenz von Naftogaz, führt, noch administrative Praktiken im Alltag übernommen werden. Der Politiktransfer im Energiesektor scheitert also. In Bezug auf hochpolitisierte Sektoren, in denen weitergehende Interessen mächtiger Akteure auf dem Spiel stehen, greift dieser theoretische Ansatz offensichtlich zu kurz. Die transgouvernementalen Netzwerke, die im Zentrum der Untersuchung stehen, können also wohl nicht als Katalysatoren für den Wandel hin zu einem transparenten Energiesektor dienen. Zumindest im Rahmen dieses Forschungsdesigns, das nicht der Einstellungsänderungen der Staatsbeamten, sondern der tatsächlichen Verwirklichung von Transparenz auf den Grund geht, lassen sich diese Schlussfolgerungen ziehen. Die Ergebnisse legen nahe, dass der Rückgriff auf eine rationalistische Interpretation der Handlungslogik der Staaten und somit auf die in Aussicht gestellten Anreize vielversprechender für die Forschung sein könnte.

Nur die zweite Hypothese, die einen positiven Effekten von FDI auf Transparenz postuliert, wurde hier bestätigt. Ausländische Direktinvestitionen erwiesen sich als *Magic Bullet* auf dem Weg zur Transparenz im aserbaidischen Energiesektor. Die Hypothese könnte in der weiterführenden Forschung mit einer größeren Fallzahl sicherlich aufgegriffen werden.

Des Weiteren ist anzumerken, dass die Messung der Transparenz (im Energiesektor insbesondere) mit einer Reihe von Herausforderungen behaftet ist. Es existieren erst seit kurzem einige wenige Instrumente, die sich der Messung der Transparenz im Energiesektor widmen. Da diese aktuellen Indizes keinen Zeitvergleich ermöglichen, habe ich einen eigenen Transparenzindex entwickelt. Allerdings muss hier kritisch eingeräumt werden, dass dieser sich zwar überwiegend an bestehende Indizes anlehnt und sich als ausreichend reliabel gezeigt hat, dennoch nur eine Annäherung an die Transparenz im Energiesektor der untersuchten Länder sein kann. Ein weiterer Punkt, der ebenfalls kritisch zu betrachten ist, stellt der unterschiedliche Aufbau der Energiesektoren in der Ukraine und Aserbaidschan dar, welcher die Vergleichbarkeit der Messung erschwerte. So wurden wichtige Indikatoren, die die Spezifik des Funktionierens des Energiesektor ressourcenreicher Länder zusätzlich sinnvoll abbilden würden, wie die Verwaltung der Staatsfonds oder die Offenlegung der Daten über PSA, hier nicht berücksichtigt. Zwecks der Berücksichtigung dieser Indikatoren wäre es für weiterführende Untersuchungen ratsam, Staaten mit ähnlichem Aufbau zu untersuchen, die eine bessere Vergleichbarkeit der Daten ermöglichen.

In diesem Zusammenhang soll hier noch eine andere Beobachtung angesprochen und kritisch hinterfragt werden. Die bereits angesprochenen Rankings und der Diskurs über transparente Verwaltung von Energiesektoren schreiben der EITI eine prominente Bedeutung zu: Diese könne Korruption eindämmen und die *Accountability* der Regierung gegenüber der Bevölkerung erhöhen. Das eingangs formulierte Puzzle widerlegt jedoch die der EITI zugeschriebenen Eigenschaften. Denn Aserbaidschan, welches die EITI-Normen seit 2003 praktiziert, rangiert immer noch unter den korruptesten Staaten der Welt. Es ist daher fraglich, inwieweit solche Transparenzinitiativen zur Korruptionsbekämpfung beitragen können. Zum einen liegt es an der Struktur der EITI selbst, die nur die Einnahmenseite, aber nicht die Ausgabenseite berücksichtigt. Jedoch, wie Kolstad und Wiig treffend bemerken: „Patronage politics, whereby funds or positions are transferred to supporters, is clearly about the expenditure side“.³³¹ Andererseits vollziehen sich solche Initiativen im Kontext schwacher politischer Institutionen mit wenig *Accountability*-Mechanismen wie freier Presse und einer schwachen Zivilgesellschaft, obwohl “[f]or transparency to be effective, there must be receptors capable of processing, digesting, and using the information.”³³² Somit können dahinter nur Schein-Reformen stehen, die den Problemen nur oberflächlich auf den Grund gehen. Der Zusammenhang zwischen solchen Transparenzinitiativen und Korruption wäre es wert, in der Forschung aufgegriffen zu werden.

³³¹ Kolstad, Wiig 2009: 528.

³³² Heald 2006a: 35.

Literaturverzeichnis

- Ahmadov, Ingilab (2009): *Why Is Oil Contract Transparency Necessary?* Public Finance Monitoring Center. Online verfügbar unter http://www.pfmc.az/index.php?option=com_content&view=article&id=261:why-is-oil-contract-transparency-necessary&catid=36:our-products&Itemid=60, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Alberto, Ades; Di Tella, Rafael (1999): *Rents, Competition, and Corruption*. In: *American Economic Review*, 89(4). S. 982–993.
- Anthonsen, Mette; Löfgren, Åsa; Nilsson, Klas (2012): *Effects of Rent Dependency on Quality of Government*. In: *Economics of Governance*, 3. S. 145–168.
- Arezki, Rabah; Gylfason, Thorvaldur (2011): *Resource Rents, Democracy and Corruption: Evidence from Sub-Saharan Africa*. Center for Economic Studies & Ifo Institute for Economic Research. (CESifo Working Paper, 3575).
- Auty, Richard M. (1993): *Sustaining Development in Mineral Economies: The Resource Curse Thesis*. London.
- Badalyan, Lusine (2011): *Interlinked Energy Supply and Security Challenges in the South Caucasus*. In: *Caucasus Analytical Digest*(33). S. 2–5.
- Ball, Carolyn (2009): *What is Transparency?* In: *Public Integrity*, 11(4). S. 293–307.
- Balmaceda, Margarita M. (2004): *Explaining the Management of Energy Dependency in Ukraine. Possibilities and Limits of a Domestic-Centered Perspective*. Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung. Mannheim.
- Balmaceda, Margarita M. (2008): *Energy Dependency, Politics and Corruption in the Former Soviet Union. Russia's power, oligarch's profits and Ukraine's missing energy policy 1995-2006*. London/New York.
- Bates, Robert (2000): *Prosperity and Violence: The Political Economy of Development*. New York.
- Bayulgen, Oksan (2003): *Facing the Dilemma of Global Capitalism: the Case of Azerbaijan*. In: *Central Asian Survey*, 22(2/3). S. 209–220.
- Bayulgen, Oksan (2005): *Foreign Investment, Oil Curse, and Democratization: A Comparison of Azerbaijan*. In: *Business and Politics*, 7(1). S. 1–37.
- Beblawi, Hazem (1990): *The Rentier State in the Arab World*. In: Luciani, G. (Hg.): *The Arab State*. London. S. 85–98.

- Beblawi, Hazem; Luciani, Giacomo (Hg.) (1987): *The Rentier State*. London.
- Beck, Martin; Boecksch, Andreas; Pawelka, Peter (Hg.) (1997): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen.
- Beck, Martin; Schlumberger, Oliver (1998): *Der Vordere Orient – ein entwicklungspolitischer Sonderfall? Rentenökonomie, Markt und wirtschaftliche Liberalisierung*. In: *Der Bürger im Staat*, 48(3). S. 128–135.
- Bellver, Ana; Kaufmann, Daniel (2005): *Transparenting Transparency. Initial Empirics and Policy Applications*. Washington D.C. (World Bank Policy Research Working Paper).
- Blanton, Shannon L.; Blanton, Robert G. (2009): *A Sectoral Analysis of Human Rights and FDI: Does Industry Type Matter?* In: *International Studies Quarterly*, 53. S. 469–493.
- Blonigen, Bruce A. (2005): *A Review of the Empirical Literature on FDI Determinants*. National Bureau of Economic Research (Working Paper, 11299).
- Blyakha, Nataliya (2009): *Russian Foreign Direct Investment in Ukraine*. Turku School of Economics. (Electronic Publications of Pan-European Institute, 7).
- Bochkarev, Danila (2009): *"European" Gas Prices: Implications Of Gazprom's Strategic Engagement With Central Asia*. In: *Pipeline & Gas Journal*, 236(6). Online verfügbar unter [http://pipelineandgasjournal.com/"`european"-gas-prices-implications-gazprom's-strategic-engagement-central-asia?page=show](http://pipelineandgasjournal.com/), zuletzt geprüft am 25.08.2012.
- Bowden, Julian (2009): *Azerbaijan: From Gas Importeur to Exporteur*. In: Pirani, S. (Hg.): *Russian and CIS Gas Markets and Their Impact on Europe*. Oxford. S. 203–234.
- British Petroleum (2011): *BP in Azerbaijan. Sustainability Report*. Online verfügbar unter http://www.bp.com/liveassets/bp_internet/bp_caspian/bp_caspian_en/STAGING/local_assets/downloads_pdfs/s/BP_Sustainability_Report_2011.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- British Petroleum (2012): *Statistical Review of World Energy*. Online verfügbar unter <http://www.bp.com/sectionbodycopy.do?categoryId=7500&contentId=7068481>, zuletzt geprüft am 21.08.2012.
- Bugajski, Janucz; Pifer, Steven; Wallander, Celeste (2008): *Ukraine: A Net Assessment of 16 Years of Independence*. Center for Strategic and International Studies. Washington. (Report Prepared for the U.S.-EU Committee for Ukraine).
- Bushman, Robert M.; Piotroski, Joseph D.; Smith, Abbie J. (2004): *What Determines Corporate Transparency?* In: *Journal of Accounting Research*, 42(2). S. 207–251.

Coffey International Development (2009): *Validation of the EITI in Azerbaijan*. Online verfügbar unter <http://eiti.org/files/Azerbaijan%20EITI%20Validation%20Report.pdf>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Collier, Paul; Hoeffler, Anke (1998): *On Economic Causes of Civil War*. In: Oxford Economic Papers, 50. S. 563–573.

Dacin, Tina M.; Ventresca, Marc J.; Beal, Brent D. (1999): *The Embeddedness of Organizations: Dialogue & Directions*. In: Journal of Management, 25. S. 317-356.

Daude, Christian; Stein, Ernesto (2007): *The Quality of Institutions and Foreign Direct Investment*. In: Economics & Politics, 19(3). S. 317–344.

Delcour, Laure; Manoli, Panagiota (2010): *The EU's Black Sea Synergy: Results and Possible Ways Forward*. Directorate General for External Policies of the Union. Policy Department. (Standard Briefing). Online verfügbar unter <http://www.europarl.europa.eu/committees/en/studies.html>, zuletzt geprüft am 04.08.2012.

Directive 2003/55/EC of the European Parliament and of the Council (2003). In: Official Journal of the European Union, L 176/57, 15.07.2003. Online verfügbar unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2003:176:0057:0057:EN:PDF>, zuletzt geprüft am 20.08.2012.

Dixi Group (2012a): *Energy Sector Transparency Index*. The Black Sea Trust for Regional Cooperation. Kyiv. (Pilot Study). Online verfügbar unter <http://ua-energy.org/en/post/17834>, zuletzt geprüft am 18.08.2012.

Dixi Group (2012b): *Rik v Energetyčnomu Spivtovarystvi: Dobre Stoimo?* Kyiv. Online verfügbar unter http://ua-energy.org/upload/files/Ukraine_first%20year%20in%20Energy%20Community.pdf, zuletzt geprüft am 30.08.2012.

Ebel, Robert E. (Hg.) (2000): *Energy and Conflict in Central Asia and the Caucasus*. Lanham.

Eggertsson, Thráinn (1990): *Economic Behaviour and Institutions*. Cambridge.

Egorov, Georgy; Guriev, Sergei; Sonin, Konstantin (2009): *Why Resource-Poor Dictators Allow Freer Media*. In: American Political Science Review, 103(4). S. 645–668.

Energy Information Administration (2007): *Ukraine: Country Analysis Briefs*. Online verfügbar unter <http://www.eia.gov/countries/country-data.cfm?fips=UP>, zuletzt geprüft am 01.08.2012.

- Energy Information Administration (2012): *Azerbaijan. Country Analysis Briefs*. Online verfügbar unter <http://www.eia.gov/countries/cab.cfm?fips=AJ>, zuletzt geprüft am 21.08.2012.
- Eremenko, Alla (2009): *Evropa - Ukraine: My vam tak hotim davat kredity, kak vy reformirovatsya*. In: Zerkalo Nedeli. Ukraina, Ausgabe 25, 04.07.2009. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/evropa__ukraine_my_vam_tak_hotim__davak_kredity,_kak_vy_reformirovatsya-57378.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Eremenko, Alla (2011): *Kak zarobot' na prozračnosti?* In: Zerkalo Nedeli. Ukraina, Ausgabe 7, 25.02.2011. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/kak_zarobotat_na_prozrachnosti-76300.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Eremenko, Alla; Aksakovskaya, Viktorija (2010): *Vanco Prykerchenska Ltd. Popytka nomer dva*. In: Zerkalo Nedeli, Ausgabe 41, 06.11.2010. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/vanco_prykerchenska__ltd_popytka_nomer_dva-61385.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Esanov, Akram; Raiser, Martin; Buiters, Willem (2001): *Nature's Blessing or Nature's Curse: the Political Economy of Transition in Resource-Based Economies*. European Bank for Reconstruction and Development. (Working Paper, 66).
- Etzioni, Amitai (2010): *Is Transparency the Best Disinfectant?* In: The Journal of Political Philosophy, 18(4). S. 389–404.
- EurActiv (2012): *Die Bedeutung der Kaspischen Region für Europas Energieversorgung*. Berlin. (Special Report).
- Europäische Kommission (2004): *Europäische Nachbarschaftspolitik. Strategiepapier*. Brüssel. (KOM(2004) 373 endgültig 12.5.2004).
- Europäische Kommission (2007): *Die Schwarzmeersynergie - eine neue Initiative der regionalen Zusammenarbeit*. Brüssel. (KOM(2007) 160 endgültig, 11.04.2007).
- European Commission (2003): *PHARE Ex-Post Evaluation of Country Support Implemented from 1997-98 to 2000-1. Consolidated Background Report*. Brussels.
- European Commission (2007): *Commission Decision of the ENPI Annual Action Programme 2007 in favour of Azerbaijan to be financed under Article 19 08 01 03 of the general budget of the European Communities*. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/europeaid/documents/aap/2007/ec_aap-2007_az_en.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

European Commission (2009a): *Implementation of the Eastern Partnership: Report to the Meeting of Foreign Ministers. Eastern Europe and Central Asia Meeting*. Doc. 319/09, December 8, 2009. Online verfügbar unter

http://eeas.europa.eu/eastern/docs/2009_eap_implementation_report_en.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

European Commission (2009b): *Eastern Partnership Platform 3 - Energy Security Core objectives and Work Programme 2009 -2011*. Online verfügbar unter

http://ec.europa.eu/energy/international/eastern_partnership/eastern_en.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

European Commission (2011a): *Eastern Partnership Multilateral Platforms. General Guidelines and Rules of Procedure*. Brussels, 17.11.2011. Online verfügbar unter

http://eeas.europa.eu/eastern/platforms/rules_procedure_en.pdf, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

European Commission (2011b): *Report from the Commission from to the European Parliament and the Council. under Article 7 of Decision 2006/500/EC (Energy Community Treaty)*. Brussels, (COM(2011) 105 final, 10.3.2011).

European Court of Auditors (2003): *Special Report n8 6/2003 Concerning Twinning as a Main Instrument to Support Institution-building in Candidate Countries, Together with the Commission's Replies*. In: Official Journal of the European Union, C167(46). S. 21–45.

Ferrero-Waldner, Benita (2006): *Opening address, External Energy Policy Conference. Veranstaltung vom 20. November 2006*. Brussels.

Finel, Bernard I.; Lord, Kristin M. (1999): *The Surprising Logic of Transparency*. In: International Studies Quarter(43). S. 315–339.

Flegel, Tina (2012): *The Impact of the Transparency Initiative in Azerbaijan*. In: Dynamiques Internationales(6). S. 1–29.

Florini, Ann M. (1999): *Does the Invisible Hand Need a Transparent Glove? The Politics of Transparency*. Washington D.C. (Paper prepared for the Annual World Bank Conference on Development Economics).

Fox, Jonathan (2007): *The Uncertain Relationship between Transparency and Accountability*. In: Development in Practice, 17(4). S. 663–671.

Freyburg, Tina (2011a): *Demokratisierung durch Zusammenarbeit? Funktionale Kooperation mit autoritären Regimen und Sozialisation in demokratischem Regieren*. In: Zeitschrift für Internationale Beziehungen, 18(1). S. 5–46.

Freyburg, Tina (2011b): *Transgovernmental networks as catalysts for democratic change? EU functional cooperation with Arab authoritarian regimes and socialization of involved state officials into democratic governance*. In: *Democratization*, 18(4). S. 1001–1025.

Freyburg, Tina; Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank; Skripka, Tatiana (2009): *EU Promotion of Democratic Governance in the Neighbourhood*. In: *Journal of European Public Policy*, 16(6). S. 916–934.

Freyburg, Tina; Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank; Skripka, Tatiana; Wetzel, Anne (2011): *Democracy promotion through functional cooperation? The case of the European Neighbourhood Policy*. In: *Democratization*, 18(4). S. 1026–1054.

Freyburg, Tina; Skripka, Tatiana; Wetzel, Anne (June 2007): *Democracy between the Lines? EU Promotion of Democratic Governance via Sector-specific Co-operation*. National Centre of Competence in Research (NCCR). (Working Paper, 5).

G8 Action Plan: *Fighting Corruption and Improving Transparency*. Online verfügbar unter http://www.g8.fr/evian/english/navigation/2003_g8_summit/summit_documents/fighting_corruption_and_improving_transparency_-_a_g8_action_plan.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Gawrich, Andrea; Franke, Anja (2011): *Introduction*. In: Gawrich, A.; Franke, A.; Windwehr, J. (Hg.): *Resources from Energy as a Curse? Rentierism and Energy Policy in Post-Soviet States*. Opladen. S. 11–17.

Gawrich, Andrea; Franke, Anja; Windwehr, Jana (Hg.) (2011): *Resources from Energy as a Curse? Rentierism and Energy Policy in Post-Soviet States*. Opladen.

Gawrich, Andrea; Melnykovska, Inna; Schweickert, Rainer (2009): *Neighbourhood Europeanization through ENP. The Case of Ukraine*. Kolleg-Forschergruppe (KFG) „The Transformative Power of Europe“. Free University Berlin. (KFG Working Paper Series, 3).

Gel'man, Vladimir (2004): *The Unrule of Law in the Making: the Politics of Informal Institution Building in Russia*. In: *Europe-Asia Studies*, 56(7). S. 1021–1040.

Gelos, R. G.; Wei, Shang-Jin (2002): *Transparency and International Investor Behaviour*. National Bureau of Economic Research (NBER Working Paper Series, 9260).

Gerring, John; Thacker, Strom (2005): *Do Neoliberal Policies Deter Political Corruption?* In: *International Organization*, 59. S. 233–254.

Ghafouri, Mahmoud (2008): *The Caspian Sea: Rivalry and Cooperation*. In: *Middle East Policy*, 15(2). S. 81–96.

Gillies, Alexandra (2008): *The World Bank, Reputational Concerns and the Emergence of Oil Sector Transparency as an International Norm*. A Paper for Presentation at the Doctoral Workshop on Development & International Organizations, ABCDE, Cape Town—June 7-8. Online verfügbar unter

<http://siteresources.worldbank.org/INTRAD/Resources/AGillies.pdf>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Global Integrity Report (2011): *Methodology White Paper*. Online verfügbar unter <http://www.globalintegrity.org/report/methodology/white-paper>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Gončar, Myhajlo (2008): *Naftohazovyy sektor Ukrajin: prosorist funktsionuvannya ta dohodiv*. Nomos Center. Kiyv-Sevastopol. Online verfügbar unter <http://ua-energy.org/upload/files/Books/Oil%20and%20Gas%20Transparency%20Ukraine.pdf>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

Gonchar, Michael; Malynovsky Olexandr (2010): *From the Energy Crises to Mutual Trust through Transparency in the Upstream – Midstream – Downstream Chain*. In: *International Issues & Slovak Foreign Policy Affairs*, XIX(1). S. 8–44.

Götz, Roland (2006): *Energietransit von Russland durch die Ukraine und Belarus. Ein Risiko für die europäische Sicherheit?* Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin. (SWP Studie, Dezember 2006).

Götz, Roland (2011): *Postsowjetischer Ressourcenfluch? Rohstoffreichtum und Autoritarismus*. In: *Osteuropa*, 61(7). S. 3–25.

Grätz; Jonas, Westphal; Kirsten (2011): *Die Ukraine in der Energiegemeinschaft: Die Zukunft des Gastransits. Der ukrainische Gasmarkt zwischen Monopolisierung und Entflechtung*. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin. (SWP Aktuell, 13 März 2011).

Gulbrandsen, Lars; More Arild (2007): *BP in Azerbaijan: a Test Case of the Potential and Limits of the CSR Agenda?* In: *Third World Quarterly*, 28(4). S. 813–830.

Hallbach, Uwe; Musayev, Kamran (Februar 2011): *EU-Aserbaidshan: Nicht nur Energiepartner. Politische Reformen und Konfliktbearbeitung sollen mehr Gewicht bekommen*. Stiftung Wissenschaft und Politik. (SWP Aktuell, 11 März 2011).

Hameed, Farhan (2005): *Fiscal Transparency and Economic Outcomes*. International Monetary Fund. (IMF Working Papers, 05/225).

- Haufler, Virginia (2010): *Disclosure as Governance: The Extractive Industries Transparency Initiative and Resource Management in the Developing World*. In: *Global Environmental Politics*, 10(3). S. 53–73.
- Heald, David (2006a): *Varieties of Transparency*. In: Hood, C.; Heald, D. (Hg.): *Transparency. The Key to Better Governance?* New York. S. 25–43.
- Heald, David (2006b): *Transparency as an Instrumental Value*. In: Hood, C.; Heald, D. (Hg.): *Transparency. The Key to Better Governance?* New York. S. 59–73.
- Healy, Paul; Kuppaswamy, Venkat; Serafeim, George (2011): *What Impedes Oil and Gas Companies' Transparency?* Harvard Business School. (Working Paper, 12-038).
- Hellman, Joel; Jones, Geraint; Kaufmann, Daniel (2002): *Far From Home: Do Foreign Investors Import Higher Standards of Governance in Transition Economies?* (World Bank Working Paper).
- Herasimovich, Viachaslau (2008): *Ukrainian Oil Refinery Sector Review*. Center for Social and Economic Research CASE Ukraine.
- Hofer, Stephan (2008): *Die Europäische Union als Regelexporteur. Die Europäisierung der Energiepolitik in Bulgarien, Serbien, und der Ukraine*. Baden-Baden.
- Hoffmann, David I. (2000): *Azerbaijan: The Politicization of Oil*. In: Ebel, R. E. (Hg.): *Energy and Conflict in Central Asia and the Caucasus*. Lanham. S. 55–77.
- Hollyer, James R.; Rosendorff, Peter B.; Vreeland, James R. (2011): *Democracy and Transparency*. In: *Journal of Politics*(73). S. 1191–1205.
- Hood, Christopher (2006): *Transparency in Historical Perspective*. In: Hood, C.; Heald, D. (Hg.): *Transparency. The Key to Better Governance?* New York. S. 3–23.
- Hood, Christopher (2010): *Accountability and Transparency: Siamese Twins, Matching Parts, Awkward Couple?* In: *West European Politics*, 33(5). S. 989–1009.
- Hood, Christopher; Heald David (Hg.) (2006): *Transparency. The Key to Better Governance?* New York.
- Hübner, Gerald (2011): *Foreign Direct Investment in Azerbaijan—the Quality of Quantity*. In: *Caucasus Analytical Digest*(28). S. 2–6.
- International Budget Partnership (2010a): *The Open Budget Survey 2010*. Online verfügbar unter http://internationalbudget.org/wp-content/uploads/2011/06/2010_Full_Report-English.pdf, zuletzt aktualisiert am 01.09.2012.

- International Budget Partnership (2010b): *Open Budget Survey: Methodology*. Online verfügbar unter http://internationalbudget.org/wp-content/uploads/Methodology_2010_English.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- International Energy Agency (2006): *Ukraine. Energy Policy Review 2006*. Paris.
- International Monetary Fund (2007): *Guide on Resource Revenue Transparency*. Washington D.C.
- International Renaissance Foundation (2012): *European Integration Index for Eastern Partnership Countries*. Online verfügbar unter http://eap-index.eu/sites/default/files/EaP%20Index%202012_0.pdf, zuletzt geprüft am 01.08.2012.
- Isham, Jonathan; Woolcock, Michael; Pritchett, Lant; Busby, Gwen (2005): *The Varieties of Resource Experience: Natural Resource Export Structures and the Political Economy of Economic Growth*. In: *The Worldbank Economic Review*, 19(2). S. 141–174.
- Islam, Roumeen (2006): *Does More Transparency Go Along with Better Governance?* In: *Economics & Politics*, 18(2). S. 121–167.
- Jansen, Stephan A.; Schröter, Eckhard; Stehr, Nico (Hg.) (2010): *Transparenz. Multidisziplinäre Durchsichten durch Phänomene und Theorien des Undurchsichtigen*. Wiesbaden.
- Jensen, Nathan M.; Gueorguiev, Dimitar; Malesky, Edmund J.: *Rent(s) Asunder: Sectoral Rent Extraction Possibilities and Bribery by Multinational Corporations*. Peterson Institute for International Economics. (Working Paper No. 11-20.).
- Jensen, Nathan; Wantchekon, Leonard (2004): *Resource Wealth and Political Regimes in Africa*. In: *Comparative Political Studies*, 37(9). S. 816–841.
- Joint Declaration (2009): *Joint EU-Ukraine International Investment Conference on the Modernisation of Ukraine's Gas Transit System*. Brussels, March 23.
- Joint EU-Ukraine Report (2006): *Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2006*. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/energy/international/bilateral_cooperation/doc/ukraine/2006_10_progress_report.pdf, zuletzt geprüft am 20.08.2012.
- Joint EU-Ukraine Report (2009): *Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2009*. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/index_en.htm, zuletzt geprüft am 20.08.2012.

- Joint EU-Ukraine Report (2010): *Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2010*. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/ukraine/docs/index_en.htm, zuletzt geprüft am 20.08.2012.
- Joint EU-Ukraine Report (2012): *Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2011*. Online verfügbar unter http://ua-energy.org/upload/files/2012_03_22_mou_progress_report6.pdf, zuletzt geprüft am 20.08.2012.
- Karl Terry L. (1997): *The Paradox of Plenty. Oil Boomes and Petro States*. Berkeley, Los Angeles.
- Kempe, Iris (2007): *Zwischen Anspruch und Realität. Die Europäische Nachbarschaftspolitik*. In: *Osteuropa*, 57(2-3). S. 57–68.
- Kenisarin, Murat M.; Andrews-Speed, Philip (2008): *Foreign direct investment in countries of the former Soviet Union: Relationship to governance, economic freedom and corruption perception*. In: *Communist and Post-Communist Studies*, 41. S. 301–316.
- Keohane, Robert O.; Nye, Joseph S. (1974): *Transgovernmental Relations and International Organizations*. In: *World Politics*, 27(1). S. 39–62.
- Khodeli, Irakli (Hg.) (2009): *From Curse to Blessing? Using Natural Resources to Fuel Sustainable Development*. Chicester.
- Kim, Haksoon (2010): *Does Corporate Governance or Transparency Affect Foreign Direct Investment?* In: *International Journal of Human and Social Sciences*, 5(13). S. 876–883.
- King Kennedy, Andrea (2003): *The Link between Foreign Direct Investment and Corruption in Transitional Economies*. Ottawa. Online verfügbar unter <http://www.transparency.az/transpfiles/12.pdf>, zuletzt geprüft am 09.08.2012.
- Klafkowski, Maximilian (1963): *Der Rentenbegriff in der Wirtschaftstheorie: Eine systematische Analyse*. Berlin.
- Kolstad, Ivar; Wiig, Arne (2009): *Is Transparency the Key to Reducing Corruption in Resource-Rich Countries?* In: *World Development*, 37(3). S. 521–532.
- Kujun, Sergej (2010): *Grabež v ramkah dejstvujuščego zakonodatelstva*. In: *Zerkalo Nedeli. Ukraina*, Ausgabe 29, 14.10.2010. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/grabezh_v_ramkah_deystvuyuschego_zakonodatelstva-60857.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

- Kujun, Sergej (2012): *Igra v svoi vorota*. In: Zerkalo Nedeli. Ukraina, Ausgabe 18, 18.05.2012. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/igra_v_svoi_vorota-102311.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Kwok, Chuck; Tadesse, Soloman: *The MNC as an Agent of Change for Host-Country Institutions: FDI and Corruption*. William Davidson Institution. (Working Paper, 882).
- Lauth, Hans-Joachim; Wagner, Christian (Hg.) (2009): *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Paderborn.
- Lavenex, Sandra (2004): *EU External Governance in "Wider Europe"*. In: Journal of European Public Policy, 11(4). S. 680–700.
- Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank (2009): *EU rules beyond EU borders: theorizing external governance in European politics*. In: Journal of European Public Policy, 16(6). S. 791–812.
- Lavenex, Sandra; Schimmelfennig, Frank (2011): *EU Democracy Promotion in the Neighbourhood: From Leverage to Governance?* In: Democratization, 18(4). S. 885–909.
- Lee, Allen S. (1991): *Integrating Positivist and Interpretive Approaches to Organizational Research*. In: Organization Science, 2(4). S. 342–365.
- Leite, Carlos; Weidman, Jens (1999): *Does Mother Nature Corrupt? Natural Resources Corruption and Economic Growth*. (IMF Working Papers, 85).
- Levine, Steve (2007): *The Oil and the Glory: The Pursuit of Empire and Fortune on the Caspian Sea*. New York.
- Levitsky, Steven; Way, Lucan A. (2005): *International Linkage and Democratization*. In: Journal of Democracy, 16(3). S. 20–34.
- Lipset, Seymour M.: *Some Social Requisites of Democracy: Economic Development and Political Legitimacy*. In: The American Political Science Review, 53(1). S. 69–105.
- Luciani, Giacomo (Hg.) (1990): *The Arab State*. London.
- Luong, Pauline J.; Weinthal, Erika (2006): *Rethinking the Resource Curse: Ownership Structure, Institutional Capacity, and Domestic Constraints*. In: Annual Review of Political Science, 9. S. 241–263.
- Lussac, Samuel J. (2010): *Ensuring European energy security in Russian 'Near Abroad': the case of the South Caucasus*. In: European Security, 19(4). S. 607–625.

- Mahdavy, Hussein (1970): *Patterns and Problems of Economic Development in Rentier States: The case of Iran*. In: Cook M.A. (Hg.): *Studies in the Economic History of the Middle East: From the Rise of Islam to the Present Day*. London. S. 59–75.
- Malinovskij, Alexandr (2010): *Zakon o gazovym rynke: novyje perspektivy?* In: Zerkalo Nedeli. Ukraina, Ausgabe 43, 20.11.2010. Online verfügbar unter http://zn.ua/ECONOMICS/zakon_o_gazovom_rynke_novye_perspektivy-61492.html.
- Mammadjarov, Elmar (2007): *A New Way for the Caspian Region: Cooperation and Integration*. In: *Turkish Policy Quarterly*, 6(3). S. 39–46.
- March, James G.; Olsen, Johan . (1989): *Rediscovering Institutions*. New York.
- March, James G.; Olsen, Johan P. (1995): *Democratic Governance*. New York.
- March, James G.; Olsen, Johan . (2004): *The Logic of Appropriateness*. Centre for European Studies. Oslo. (Arena Working Paper, 04/09).
- Mauro, Paulo (1995): *Corruption and Growth*. In: *Quarterly Journal of Economics*, 110(3). S. 681–712.
- Mehlum, Halvor; Moene, Karl; Torvik, Ragnar (2006): *Institutions and the Resource Curse*. In: *The Economic Journal*, 116(1-20).
- Melnykovska, Inna (2011): *Ukraine's Energy Policy: Caught between Soviet legacies, Russian leverage and European integration*. In: Gawrich, A.; Franke, A.; Windwehr, J. (Hg.): *Resources from Energy as a Curse? Rentierism and Energy Policy in Post-Soviet States*. Opladen. S. 165–199.
- Melnykovska Inna, Schweickert, Rainer (2008): *Who you gonna call? – Oligarchic Clans as a Bottom-up Force of Neighborhood Europeanization in Ukraine*. Berlin. (Arbeitspapiere des Osteuropa-Institutes der Freien Universität Berlin, 67).
- Memorandum of Understanding on a Strategic Partnership between the European Union and the Republic of Azerbaijan in the Field of Energy (2006). Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/dgs/energy_transport/international/regional/caucasus_central_asia/memorandum/doc/mou_azerbaijan_en.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Michener, Greg; Bersch, Katherine (2011): *Conceptualizing the Quality of Transparency*. (Paper prepared for presentation at the Midwest Political Science Association, Chicago, March 31-April 3).

- Mitchell, Jeanene (2010): *EU Neighborhood Initiatives and Prospects for Improved Energy Governance in the Broader Black Sea-South Caucasus Region*. In: Azerbaijan Fokus: Journal of International Affairs, 2(2). S. 157–179.
- Mitchell, Ronald B. (1998): *Sources of Transparency: Informations Systems in International Regimes*. In: International Studies Quarterly(42). S. 109–130.
- Mol, Arthur P. (2010): *The Future of Transparency: Power, Pitfalls and Promises*. In: Global Environmental Politics, 10(3). S. 132–143.
- Mols, Manfred (2009): *Politik als Wissenschaft: Zur Definition, Entwicklung und Standortbestimmung einer Disziplin*. In: Lauth, H.-J.; Wagner, C. (Hg.): *Politikwissenschaft: Eine Einführung*. Paderborn. S. 23–61.
- Müller, Friedemann (2007): *Aserbaidshan und das kaspische Zentralasien: junge Staaten mit sowjetischer Erblast*. In: Harks, E.; Müller, F. (Hg.): *Petrostaaten. Außenpolitik im Zeichen von Öl*. Baden-Baden. S. 152–171.
- Munck, Gerardo L. (1998): *Canons of Research Design in Qualitative Analysis*. In: Studies in Comparative International Development, 33(3). S. 18–45.
- Mwenda, Kenneth K. (2008): *Can "Corruption" and "Good Governance" Be Defined in Legal Terms?* In: Journal of Global Change and Governance, 1(4). S. 1–29.
- Nabiyev, Rizvan (2003): *Erdöl- und Erdgaspolitik in der Kaspischen Region. Ressourcen, Veträge, Transportfragen und machtpolitische Interessen*. Berlin.
- Nasirov, Elshad (2010): *Azerbaijan Oil and Gas Industry – Achievements and Perspectives*. In: Azerbaijan Fokus: Journal of International Affairs, 2(2). S. 75–85.
- Nitsovyeh, Roman (2011): *Ukraine Does Not Hurry with EITI Implementation*. In: Ukrainian Energy, 30.11.2011. Online verfügbar unter <http://ua-energy.org/en/post/14243>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- North, Douglass N. (1992): *Institutionen, institutioneller Wandel und Wirtschaftsleistung*. Tübingen.
- Nuriyev, Elkhan (2008): *Azerbaijan and the European Union: New Landmarks of Strategic Partnership in the South Caucasus–Caspian Basin*. In: Southeast European and Black Sea Studies, 8(2). S. 155–167.
- O'Donnell, Guillermo (1996): *Illusions about Consolidation*. In: Journal of Democracy, 7(2). S. 34–51.

- Omelčenko, Volodymyr (2011): *Dlya energetyčnoji nezaležnosti potribna polityčna volya*. Razumkov Centre. Online verfügbar unter http://www.uceps.org/ukr/article.php?news_id=923, zuletzt geprüft am 25.07.2012.
- Opitz, Petra (2010): *Ineffizient und intransparent. Der ukrainischer Energiesektor*. In: Osteuropa, 60(2-4). S. 217–236.
- Padgett, Stephen (2011): *Energy Co-operation in the Wider Europe: Institutionalizing Interdependence*. In: Journal of Common Market Studies, 49(5). S. 1065–1087.
- Pardo Sierra, Oscar (2012): *Life is a Dream: EU governance in the Southern Caucasus*. In: Dynamiques Internationales(6). S. 1–22.
- Partlett, William (2010): *Enforcing Oil and Gas Contracts Without Courts Reputational Constraints on Resource Nationalism in Russia and Azerbaijan*. In: DEMOKRATIZATSIYA. S. 74–93.
- Pflüger, Friedbert (2012): *The Southern Gas Corridor: Reaching the Home Stretch. Who Will Win the First Leg of the Pipeline Race in South East Europe?* In: European Energy Review, 12.01.2012. Online verfügbar unter <http://www.europeanenergyreview.eu/site/pagina.php?id=3455>, zuletzt geprüft am 21.08.2012.
- Pinto, Pablo M.; Zhu, Boliang (2008): *Fortune or Evil? The Effects of Inward Foreign Direct Investment on Corruption*. Saltzman Institute of War and Peace Studies (SIWPS). (Working Paper, 10).
- Pirani, Simon (2007): *Ukraine's Gas Sector*. Oxford Institute for Energy Studies.
- Pirani, Simon (Hg.) (2009): *Russian and CIS Gas Markets and Their Impact on Europe*. Oxford.
- Pitlik, Hans; Frank, Björn; Firchow, Mathias (2010): *The Demand for Transparency: An empirical Note*. In: Review of International Organizations, 5. S. 177–195.
- Pleines, Heiko (2009): *Der russisch-ukrainische Erdgaskonflikt vom Januar 2009*. Forschungsstelle Osteuropa Bremen. (Arbeitspapiere und Materialien, 101, Februar 2009).
- Prat, Andrea (2006): *The More Closely we are Watched, the Better we Behave?* In: Hood, C.; Heald, D. (Hg.): *Transparency. The Key to Better Governance?* New York. S. 91–103.
- Rahr, Alexander; Rieder, Sebastian (2009): *Azerbaijan's Geopolitical Role in the Black Sea-Caspian Basin Region: Challenges and Opportunities*. In: Azerbaijan Fokus: Journal of International Affairs, 1(1). S. 43–59.

- Razumkov Centre (2009): *Diversification Projects in Ukraine's Energy Sector: Progress, Problems, and Ways of Implementation*. In: National Security & Defence, 6(110).
- Razumkov Centre (2010): *Ukraine-Russia Relations in the Energy Sector: Status, Recent Development Trends, and Prospects*. In: National Security & Defence, 6(117).
- Renzio, Paolo de; Gomez, Pamela; Sheppard, James (2009): *Budget Transparency and Development in Resource-Dependent Countries*. In: Khodeli, I. (Hg.): *From Curse to Blessing? Using Natural Resources to Fuel Sustainable Development*. Chicester. S. 57–69.
- Revenue Watch Institute (2010a): *Revenue Watch Index. Central Asia/Russia and the Oil, Gas and Mining Industries*. Online verfügbar unter http://www.revenuwatch.org/rwindex2010/pdf/pc_index_report_central_asia_russia_fs_rev4.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Revenue Watch Institute (2010b): *EITI-Report: Azerbaijan*. Online verfügbar unter <http://data.revenuwatch.org/eiti/country/azerbaijan/2010/16745.php>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Revenue Watch Institute (2009): *Expanding the EITI Agenda to Transportation of Hydrocarbon Resources. A Joint Proposal by Non-Governmental Organizations from Kazakhstan, Azerbaija, Georgia and Ukraine*. Online verfügbar unter http://caspiarevenuwatch.org/news/publications/RWI_Transit_Report_ENG.pdf, zuletzt geprüft am 29.07.2012.
- Revenue Watch Institute (2012): *Azerbaijan: Transparency Snapshot*. Online verfügbar unter <http://www.revenuwatch.org/countries/eurasia/azerbaijan/transparency-snapshot>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Robinson, James A.; Torvik, Ragnar; Verdier, Thierry (2006): *Political Foundations of the Resource Curse*. In: Journal of Development Economics, 79. S. 447–468.
- Rose-Ackerman, Susan (Hg.) (2006): *International Handbook on the Economics of Corruption*. Cheltenham.
- Rosenblum, Peter; Susan, Maples (2009): *Contracts Confidential: Ending Secret Deals in the Extractive Industries*. Revenue Watch Institute. New York.
- Ross, Michael (2001): *Does Oil Hinder Democracy?* In: World Politics, 53(3). S. 325–361.
- Ross, Michael (2011): *Mineral Wealth and Budget Transparency*. International Budget Partnership. (Working Papers, 2).
- Ross, Michael (2012): *The Oil Curse: How Petroleum Wealth Shapes the Development of Nations*. Princeton.

Sachs, Jeffrey D.; Warner, Andrew M. (1995): *Natural Resource Abundance and Economic Growth*. National Bureau of Economic Research. Cambridge. (NBER Working Papers Series, No. 5398).

Sala-i-Martin, Xavier; Subramanian, Arvind (2003): *Addressing the Natural Resource Curse: An Illustration from Nigeria*. (IMF Working Papers, 03/139).

Sandholtz, Wayne; Gray Mark M. (2003): *International Integration and National Corruption*. In: International Organization, 57. S. 761–800.

Sandholtz, Wayne; Koetzle, William (2000): *Accounting for Corruption: Economic Structure, Democracy, and Trade*. In: International Studies Quarterly, 44. S. 31–50.

Schimmelfennig, Frank; Engert, Stefan; Knobel, Heiko (2003): *Costs, Commitment and Compliance: The Impact of EU Democratic Conditionality on Latvia, Slovakia and Turkey*. In: Journal of Common Market Studies, 41(3). S. 495–518.

Schimmelfennig, Frank; Scholtz, Hanno (2008): *EU Democracy Promotion in the European Neighbourhood. Political Conditionality, Economic Development and Transnational Exchange*. In: European Union Politics, 9(2). S. 187–215.

Schmid, Claudia (1991): *Das Konzept des Rentier-Staates. Ein sozialwissenschaftliches Paradigma zur Analyse von Entwicklungsgesellschaften und seine Bedeutung für den Vorderen Orient*. Münster/Hamburg.

Schmid, Claudia (1997): *Rente und Rentier-State: Ein Beitrag zur Theoriengeschichte*. In: Beck, M.; Boecksch, A.; Pawelka, P. (Hg.): *Staat, Markt und Rente in der internationalen Politik*. Opladen. S. 28–51.

Shumylo-Tapiola, Olga (21.02.2012): *Ukraine and Russia: Another Gas War?* Carnegie Endowment for International Peace. Online verfügbar unter <http://carnegieendowment.org/2012/02/21/ukraine-and-russia-another-gas-war/9roh>, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Sixth Joint EU-Ukraine Report (2012): *Implementation of the EU-Ukraine Memorandum of Understanding on Energy Cooperation during 2011*. Brussels, March 22. Online verfügbar unter http://eeas.europa.eu/delegations/ukraine/press_corner/all_news/news/2012/2012_3_30_2_en.htm, zuletzt geprüft am 02.08.2012.

Slaughter, Anne-Marie (2004): *A New World Order*. Princeton.

- SOCAR (2012): *Die Öl-Strategie Aserbaidschans*. Online verfügbar unter http://www.socar-germany.de/aserbaidshan/oel_strategie.html, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Søreide, Tina (2006): *Corruption in International Business Transactions: The Perspective of Norwegian Firms*. In: Rose-Ackerman, S. (Hg.): *International Handbook on the Economics of Corruption*. Cheltenham. S. 381–417.
- Stehr, Nico; Wallner, Cornelia (2010): *Transparenz: Einleitung*. In: Jansen, S. A.; Schröter, E.; Stehr, N. (Hg.): *Transparenz. Multidisziplinäre Durchsichten durch Phänomene und Theorien des Undurchsichtigen*. Wiesbaden. S. 9–19.
- Stiglitz, Joseph E. (2002): *Information and the Change the Paradigm in Economics*. In: *American Economic Review*, 92(3). S. 460–501.
- Stiglitz, Joseph E.; Weiss, Andrew M. (1981): *Credit Rationing in Markets with Imperfect Information*. In: *American Economic Review*(71). S. 391–410.
- Svetlova, Ekaterina (2010): *"What you see is what you get; what you don't see gets you": Transparenz in den Zeiten der Finanzkrise*. In: Jansen, S. A.; Schröter, E.; Stehr, N. (Hg.): *Transparenz. Multidisziplinäre Durchsichten durch Phänomene und Theorien des Undurchsichtigen*. Wiesbaden. S. 82–96.
- Treisman, Daniel (2000): *Causes of Corruption: A Cross-National Study*. In: *Journal of Public Economics*, 76(2). S. 399–457.
- Tsalik, Svetlana (2003): *Caspian Oil Windfalls: Who Will Profit?* Caspian Revenue Watch. New York.
- Tsantoulis, Yannis (2009): *Black Sea Synergy and Eastern Partnership: Different Centres of Gravity, Complementarity or Confusing Signals?* International Centre for Black Sea Studies (ICBSS). (Policy Brief, 12).
- Tsarenko, Anna (2007): *Overview of Gas Market in Ukraine*. Center for Social and Economic Research CASE Ukraine. Kyiv.
- Tsui, Kevin K. (2011): *More Oil, Less Democracy? Evidence from Worldwide Crude Oil Discoveries*. In: *The Economic Journal*, 121(551). S. 89–115.
- Ulfelder, Jay (2007): *Natural Resource Wealth and the Survival of Autocracies*. In: *Comparative Political Studies*, 40(8). S. 995–1018.
- United Nations General Assembly (2008): *Strengthening Transparency in Industries*. (Resolution, 62/274). Online verfügbar unter http://www.un.int/azerbaijan/pdf/N0748015_transp.pdf, zuletzt geprüft am 01.09.2012.

- Vahtra, Peeter (2005): *Russian Investments in the CIS – Scope, Motivations and Leverage*. Turku School of Economics. (Electronic Publications of Pan-European Institute, 9).
- van Daele, Patrick (2008): *Investment Climate in Ukraine's Oil and Gas Sectors: the Ways of Improvement*. In: National Security & Defence(8). S. 40–41.
- van Evera, Stephen (1997): *Guide to Methods for Students of Political Science*. Ithaca/London.
- Vishwanath, Tara; D. Kaufmann, Daniel (1999): *Towards Transparency in Finance and Governance*. World Bank.
- Wei, Shang-Jin (1997): *Why is Corruption So Much More Taxing Than Tax? Arbitrariness Kills*. National Bureau of Economic Research. (Working Paper, 6255).
- Wei, Shang-Jin (2000): *How Taxing is Corruption on International Investors?* In: Review of Economics and Statistics, 82(1). S. 1–11.
- Weißberg, Thomas (2003): *Transformation und Korruption. Eine institutionenökonomische Analyse am Beispiel der Republik Aserbaidschan*. Berlin.
- Westphal, Kirsten (2009): *Russian Gas, Ukrainian Pipelines and European Supply Security. Lessons of the 2009 Controversies*. Stiftung Wissenschaft und Politik. Berlin. (SWP Research Paper).
- Westphal, Kirsten (2012): *Europas Prestigeprojekt des Südlichen Korridors*. Online verfügbar unter <http://www.euractiv.de/ressourcen-und-umwelt/artikel/europas-prestigeprojekt-des-sdlichen-korridors-006309>, zuletzt geprüft am 01.09.2012.
- Williams, Andrew (2011): *Shining a Light on the Resource Curse. An Empirical Analysis of the Relationship Between Natural Resources, Transparency, and Economic Growth*. In: World Development, 39(4). S. 490–505.
- Youngs, Richard (2007): *Europe's External Energy Policy: Between Geopolitics and the Market*. Centre for European Policy Studies. (CEPS Working Document, 278).
- Zachmann, Georg; Kirchner, Robert (2009): *Volkswirtschaftliche Notwendigkeit einer schwierigen Reform*. Berlin. (Newsletter der Deutschen Beratergruppe, 16).

Annex

I) Öl-, Gas- und Transitrenten

Ukraine													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Pipeline-Transport (Mio USD)	1.868	1.750	1.703	1.934	1.243	1.245	1.094	845	732	596	1.499	3.358	3.565
Öl (% des BIP)	0,8	1,4	0,9	0,9	0,9	1,1	1,2	1,3	1,0	1,1	0,9	0,9	n.v.
Gas (% des BIP)	2,2	6,3	5,0	3,2	4,9	4,4	5,4	4,2	3,1	3,7	2,3	1,7	n.v.
BIP (Mrd. USD)	31,6	31,3	38,0	42,4	50,1	64,9	86,1	107,8	142,7	117,2	136,4	165,2	
Summe (% des BIP)	8,91	13,32	10,45	8,63	8,27	7,33	7,89	6,23	4,66	5,15	4,44	5,06	2,16

Quellen: National Bank of Ukraine, Worldbank

Aserbaidtschan													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Pipeline-Transport (Mio USD)	n.v.	n.v.	26,8	20,7	20,6	21,4	20,1	92,6	1349,4	1696,5	2122,1	2133,9	n.v.
Öl (% des BIP)	27	43,9	35,1	33,7	34,7	40,2	55,7	61,8	55,8	53,1	37,8	42,6	n.v.
Gas (% des BIP)	5,1	11,8	9,8	5,8	8,6	8,0	9,4	6,7	6,9	10,5	4,6	3,9	n.v.
BIP (Mrd. USD)	4,6	5,3	5,7	6,2	7,3	8,7	13,2	21,0	33,0	48,9	44,3	52,9	63,4
Summe (% des BIP)	32,1	55,78	45,31	39,82	43,66	48,42	65,17	68,91	66,74	67,01	47,2	50,56	n.v.

Quellen: State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan, Worldbank

II) Twinning- und TAEIX-Projekte

Überblick über Twinning Projekte:

Aserbaidshon	Ukraine
<p>1. Rechtsangleichung und Strukturelle Reform im Energiesektor Aserbaidshons Dauer: 2008-2010</p>	<p>1. Stärkung der Regulierungs- und Gesetzgebungskapazität der Nationalen Energieregulierungskommission (NERK) Dauer: 2007</p> <p>2. Unterstützung bei der Etablierung des Verwaltungssystems für strategische Ölvorräte Dauer: 2007</p> <p>3. Stärkung der Regulierungs- und Gesetzgebungskapazität der Erdgasregulierung in NRKE Dauer: 2009-2011</p> <p>4. Unterstützung der NERK bei der Implementierung der Gesetzgebung im Erdgassektor entsprechend der Regelungen der Energiegemeinschaft, in erster Linie Implementierung der EU Direktive 2003/55/EC 2011-2012</p>

Quellen: *Twinning, TAEIX und SIGMA in Azerbaijan.* Online: <http://www.twinning.az/content.php?lang=en&page=174>; *Twinning in Ukraine.* Online: http://twinning.com.ua/index.php?option=com_content&task=view&id=378&Itemid=156 zuletzt geprüft am 10.09.2012, *Joint EU-Ukraine Report 2009, Joint EU-Ukraine Report 2012.*

Überblick über TAEIX-Projekte:

Aserbaidshon	Ukraine
	<p>1. Die Rolle der öffentlichen und privaten Sektoren in der Verwaltung der Bodenschätzen in der EU.</p> <p>2. Workshop zur Förderung der Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien¹</p> <p>3. Seminar über Energieeffizienz</p>

Quelle: *European Commission: TAEIX-Library.* Online: http://ec.europa.eu/enlargement/taeix/dyn/taeix-events/library/index_en.jsp?EventTypes=&LibMonths=&LibCountries=75&Keywords=&Speakers=&submit=Submit, zuletzt geprüft am 10.09.2012

III) FDI und Bruttowertschöpfung

Ukraine													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
FDI- Bestand (Mio. USD)	70	110	154	191	185	174	331	433	1.054	1.071	1.050	1.208	n.v
BWS (Mrd. USD)	0,9	1,2	1,6	1,9	2,0	2,4	3,6	4,4	6,3	10,9	5,2	8,3	n.v.
FDI zu BWS (%)	7,8	9,2	9,8	10,1	9,0	7,4	9,3	9,9	16,8	9,9	20,1	14,6	-
Aserbaidtschan													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
FDI- Bestand (Mrd. USD)	2,76	3,14	3,75	5,12	7,76	11,0	14,8	18,3	22,3	25,6	28,0	31,0	34,4
BWS (Mrd. USD)	1,2	1,46	2,3	3,1	3,9	4,8	5,6	10,7	17,7	25,8	18,8	24,3	30,7
FDI zu BWS (%)	227,6	215,3	166,1	164,7	197,3	232,1	265,8	171,2	125,6	99,5	149,3	127,7	112,1

Quellen: The State Statistical Committee of the Republic of Azerbaijan, UNCTAD, State Statistics Service of Ukraine

IV) Transparenzindex

Ukraine													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Finanzberichte	0	0	0,1	0,4	0,4	0,4	0,47	0,47	0,47	0,47	0,43	0,43	0,43
GIR Staats- unternehmen	-	-	-	-	-	0,72	0,62	0,52	0,41	0,33	0,25	0,45	0,66
Summe Firmen	0	0,1	0,4	0,4	0,4	0,59	0,54	0,49	0,44	0,38	0,34	0,44	0,37
GCR	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,15	0,2	0,18	0,28
OBI	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,95	0,94	0,92	0,92
GIR Staat	-	-	-	-	-	0,74	0,69	0,64	0,63	0,52	0,47	0,49	0,53
World Bank	0,82	0,87	0,87	0,99	0,87	0,87	0,87	0,99	0,87	0,99	0,99	0,24	n.v.
Summe Staat	0,82	0,87	0,87	0,99	0,87	0,8	0,78	0,81	0,75	0,65	0,65	0,46	0,58
EITI	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamt	0,27	0,32	0,42	0,46	0,42	0,47	0,44	0,44	0,4	0,34	0,33	0,3	0,32

Aserbaidschan													
	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Finanzberichte	0	0	0	0	0	0,4	0,4	0,4	0,4	0,6	0,8	0,8	0,8
GIR Staats- unternehmen	-	-	-	-	-	-	-	0,63	0,53	0,5	0,47	0,52	0,56
Summe Firmen	0	0	0	0	0	0,4	0,4	0,51	0,47	0,55	0,63	0,66	0,68
GCR	-	-	-	-	-	-	-	-	-	0,38	0,62	0,58	0,52
OBI	-	-	-	-	-	-	-	0,5	0,51	0,53	0,55	0,58	-
GIR Staat	-	-	-	-	-	-	-	0,41	0,5	0,52	0,54	0,53	0,52
World Bank	0,44	0,46	0,46	0,58	0,46	0,46	0,58	0,46	0,58	0,95	0,58	0,11	-
Summe Staat	0,44	0,46	0,46	0,58	0,46	0,46	0,58	0,46	0,53	0,6	0,57	0,45	0,52
EITI	0	0	0	0	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	0,5	1	1	1
Gesamt	0,15	0,15	0,15	0,19	0,32	0,45	0,49	0,49	0,5	0,55	0,74	0,7	0,73

Folgende Arbeitspapiere des Osteuropa-Instituts sind bisher erschienen:

1997

Nr. 1

Klaus Segbers: Transformationen in Osteuropa. Handreichungen aus politikwissenschaftlicher Sicht (2. Auflage) (vergriffen, nur noch online erhältlich)

Nr. 2

Christoph Zürcher: Krieg und Frieden in Tschetschenien: Ursachen, Symbole, Interessen (vergriffen, nur noch online erhältlich)

Nr. 3

Simone Schwanitz: Transformationsforschung. Area Studies versus Politikwissenschaft? Plädoyer für einen akteurstheoretischen Ansatz

Nr. 4

Holger Schulze: Neo-Institutionalismus. Ein analytisches Instrumentarium zur Erklärung gesellschaftlicher Transformationsprozesse

Nr. 5

Stefanie Harter: Wirtschaftliche Transformation in Russland. Ein Netzwerkansatz

Nr. 6

Dietmar Müller: Regionalisierung des postsowjetischen Raumes

Nr. 7

Elke Fein; Sven Matzke: Zivilgesellschaft. Konzept und Bedeutung für die Transformationen in Osteuropa

Nr. 8

Gunnar Walzholz: Nationalismus in der Sowjetunion. Entstehungsbedingungen und Bedeutung nationaler Eliten

Nr. 9

Lars Jochimsen: Russifizierung von Windows 95 (incl. Programme auf 2 Disketten)

Nr. 10

Elke Siehl: Pfadabhängigkeit und Privatisierung in Osteuropa – Die institutionenökonomische Perspektive

Nr. 11

Klaus Segbers: Transformations in Russia. A neoinstitutional interpretation

Nr. 12

Sergej Medvedev: Democracy, Federalism and Representation – Russian elections in retrospect

Nr. 13

Claudia Schmedt: Die Rolle des Dritten Sektors in Russland. Eine empirische Analyse

Nr. 14

Gesa Walcher: Funktionsbestimmungen des Dritten Sektors. Theoretische Erklärungsansätze

1998

Nr. 15

Klaus Segbers: Sowjeterbe und Globalisierung. Triebkräfte des nachsowjetischen Wandels

Nr. 16

Christoph Zürcher: Aus der Ostmoderne in die Postmoderne. Zum Wandel in der früheren Sowjetunion

Nr. 17

Gerd Heaog: Schwache als Stärke? Bargaining Power im RGW

Nr. 18

Klaus Segbers (Hg.): Transformationstheorien konkret. Wandel in der Ukraine, Belarus und Russland

Nr. 19

Klaus Segbers (Hg.): Ost-West-Kompetenz als Ressource für Berlin?

1999

Nr. 20

Peter Born: Sektorale Akteure und Finanz-Industrie-Gruppen in Russland

Nr. 21

Graham Stack: Neoinstitutionalist Perspectives on Regionalisation in Russia

Nr. 22

Alexandra Goujon: Nationalism in the Soviet and Post-Soviet Space. The Cases of Belarus and Ukraine

Nr. 23

Klaus Segbers; Simon Raiser; Bjorn Warkalla (Hg.): After Kosovo. A Political Science Symposium - Perspectives from Southern Italy

Nr. 24

Klaus Segbers (Hg.): Außenpolitikberatung in Deutschland

Nr. 25

Simon Raiser: Politische Gestaltung jenseits des Nationalstaats

2000

Nr. 26

Christopher Hoffmann: Vom administrativen Markt zur virtuellen Ökonomie. Russlands scheinbare Transformation

Nr. 27

Klaus Segbers; Friedrich Brieger (Hg.): e-scapes – Dissolving concepts in the wonderland of polisci

Nr. 28

Alexandra Quiring: Organisierte Kriminalität. Die informelle Institutionalisierung von Eigentumsrechten in Russland

Nr. 29

Wenke Crudopf: Russland. Stereotypen in der deutschen

Medienberichterstattung

Nr. 30

Ansgar Baums: Normative Demokratiemodelle und Globalisierung.

2001

Nr. 31

Jürgen Bruchhaus: Runet 2000. Die politische Regulierung des russischen Internet.

Nr. 32

Katja Patzwaldt: Die russische Leidensfähigkeit – Mythos oder rationales Verhalten?

Nr. 33

Klaus Segbers; Kerstin Imbusch (Hg.): Designing Human Beings? – Politikwissenschaftliche Annäherungen an eine neue Leitwissenschaft („Life Science“)

Nr. 34

Thomas Alboth: Russifizierung von Windows 2000 (CD Rom)

Nr. 35

Klaus Segbers; Conny Beyer (Hg.): Global Risk. Eine

Bestandsaufnahme.

Nr. 36

Susanne Nies (Hg.): Political Correctness in der (inter)nationalen Politik: Genese und Verbreitung eines Konzepts.

2002

Nr. 37

Lars Banzhaf: AuRenbeziehungen russischer Regionen: Regimes am Beispiel von sechs russischen Regionen.

Nr. 38

Andrei E.Shastitko, Vitali L. Tambovtsev: Soft Budget Constraints: Political Artefact or Economic Phenomenon?

Nr. 39

Kathrin Hartmam: Die Konstruktion von Männerbildern in sowjetischen und postsowjetischen Film.

Nr. 40

Klaus Segbers, Dirk Lullies (Hg.): Designing Human Beings. Die politische Dimension der Biotechnologie

Nr. 41

Klaus Segbers, Katja Mielke (Hg.): Konkurrenzen auf dem

Deutungsmarkt: Politische und wissenschaftliche Zugriffe auf Osteuropa

Nr. 42

Sebastian Eckardt: Russia's Market. Distorting Federalism

Nr. 43

Bela Tomka: Social Security in Hungary in a comparative perspective

Nr. 44

Simon Raiser, Björn Warkalla (Hg.): Die Globalisierungskritiker. Anatomie einer heterogenen Bewegung

Nr. 45

Henriette Litta, Sebastian Litta: Arbeits- oder Kanzleramt:

Berufsvorstellungen von Studierenden des Otto-Suhr-Instituts 2002

2003

Nr. 46

Onno Hoffmeister: The Cost of Living and Real Income Differentials in Russia's Provinces Evidence from the Russia Longitudinal Monitoring Survey

Nr. 47

Klaus Segbers: Alternative Futures: Anarchy, Gated Communities, or Global Learning

Nr. 48

Simon Raiser, Krister Volkmann (Hg.): Die neue Welt der Städte: Metropolen in Zeiten der Globalisierung

Die Arbeitspapiere sind erhältlich als Printversion für 5 Euro am Osteuropa-Institut, Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin.

Tel.: +49 30 838 54058 Fax: +49 30 838 53616 eMail: sekabpol@zedat.fu-berlin.de oder kostenfrei <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen>

2005

Nr. 49.1

Yanina Pashkouskaya: Die „Geburt“ der freien Ukraine? Über die innen- und außenpolitische Hintergründe der friedlichen „Revolution in Orange“

Nr. 49.2

Claire Lauzanne: Demokratisierungsprozess in Belarus?

Nr. 49.3

Juliane Kückholz: Die Rosenrevolution in Georgien Ausdruck der Demokratie oder ein von den USA erkaufter Putsch?

Nr. 51

Mareike Göhler-Robus: Sozialkapital als Analysekonzept für Osteuropa? Eine vergleichende Untersuchung von Anwendungen des Konzeptes auf postsozialistische Gesellschaften

Nr. 52

Anne Wetzel: Das Konzept der Pfadabhängigkeit und seine Anwendungsmöglichkeiten in der Transformationsforschung

Nr. 53

Simon Raiser, Krister Volkmann (eds.): Emerging Patterns of the Global City Region: Spatial Changes in Johannesburg, Mumbai/Bombay, Shanghai and São Paulo

Nr. 54

Simon Raiser, Krister Volkmann (eds.): Bringing the Citizens in – Civil Society in Globalizing Cities of the South

Nr. 55

Andrea Friemann, Christoph Lemke, Axel Primavesi und Miriam Schröder: Zeit und Politik. Beiträge zu einer komplizierten Beziehung

Nr. 56

Segbers, Dyllick-Brenzinger, Hoffmann, Mauersberger: Global Politics: How to Use and Apply Theories of International Relations

Nr. 57

Felix Kuntzsch: Die Gewalteskalation des Konflikts um Berg-Karabach – „Tragödie“ oder „Ressource“?

Nr. 58

Susanne Schaller: Der Einfluss von Korruption auf die Einschätzung des politischen Regimes am Beispiel Estlands und Litauens

2006

Nr. 59

Kristina Klinkforth: NATO in U.S. Policymaking and Debate – An Analysis 'Drawing the Map' of the U.S. Think Tank Debate on NATO since 9/11

2007

Nr. 60

Annie Verderosa: After the Split: Slovakia, Czech Republic and the Path to Democratic Consolidation

Nr. 61

Annie Verderosa: Transitions from Postcommunism: Second Transitions, Second Chances?

2008

Nr. 62

Adam Busuleanu: Internationale Wahlüberwachung in Wahlprozessen: Die Fallbeispiele Ukraine und Belarus

Nr. 63

Annette Damert: Party Systems in Eastern Europe – What Determines the Chances of Newcomers?

Nr. 64

Gunnar Federspiel: Warum es Bürgerkriegsparteien so schwer fällt, Frieden zu schließen: die Beilegung gewaltsamer innerstaatlicher Konflikte in Osteuropa

Nr. 65

Arlett Stojanović: Beyond the call of duty – Is there a difference in motivation of staff in profit and nonprofit organizations in Bosnia and Herzegovina?

Nr. 66

Franziska Smolnik: Zwischen Anspruch und Wirklichkeit: Die EU-Konditionalität als Demokratisierungsinstrument – Eine Studie zur externen Demokratieförderung an den Beispielen Georgien und Mazedonien

Nr. 67

Inna Melnykovska, Rainer Schweickert: Who you gonna call? – Oligarchic Clans as a Bottom-up Force of Neighborhood Europeanization in Ukraine

2009

Nr. 68

Inna Melnykovska und Rainer Schweickert: NATO als ein potentieller Katalysator der institutionellen Konvergenz – der Fall Ukraine

Nr. 69

Margret Thieme: Regionale Kooperation um Wasser in den Entwicklungsländern – ein Ding der Unmöglichkeit? Syrdarja und Mekong im Vergleich

Die Arbeitspapiere sind erhältlich als Printversion für 5 Euro am Osteuropa-Institut, Arbeitsschwerpunkt Politik, Garystr. 55, 14195 Berlin.

Tel.: +49 30 838 54058 Fax: +49 30 838 53616 eMail: sekabpol@zedat.fu-berlin.de oder kostenfrei <http://www.oei.fu-berlin.de/politik/publikationen>

2010

Nr. 70

Julia Binder: „Taxation without Representation“ – Politische Integration von Zuwanderern in Migrationsgesellschaften

Nr. 71

Sofja Klokotova: Die EU in Bewegung – Migration aus den neuen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in die Bundesrepublik Deutschland

Nr. 72

Franziska Weller: Securing Peace – The Role for Guarantees in Post Conflict Situations

2011

Nr. 73

Luise Rex: Regimes Ltd. – Die Effektivität internationaler Umweltregime im Vergleich

Nr. 74

Lena Strunk: Extrakonstitutionelle Regierungswechsel in postsowjetischen Staaten

2012

Nr. 75

Julia Simon: Political Protest during Economic Crises: Protest against the Crisis or the Crisis of Protests?

2013

Nr. 76

Olena Ponomarenko: Transparenting Transparency: Transparenz in den Energiesektoren postsowjetischer Staaten an den Beispielen Aserbaidschan und Ukraine